DIE BESTEN KRÄFTE FÜR HESSEN.

SPD

UNSER ZUKUNFTS-PROGRAMM

www.spd-hessen.de

INHALT

VORWORT VON NANCY FAESER 3

1. **ZUKUNFT DER WIRTSCHAFT, ARBEIT UND AUSBILDUNG** 6
2. **SCHULE UND LEBENSLANGES LERNEN** 15
3. **GESUNDHEIT, KRANKENHÄUSER UND PFLEGE** 24
4. **BAUEN UND WOHNEN, STADT UND LAND, MOBILITÄT** 30
5. **FAMILIE, SENIOREN, JUGEND UND SOZIALES** 36
6. **INNENPOLITIK, DEMOKRATIE, EHRENAMT, SPORT UND RELIGION** 44
7. **JUSTIZ UND DATENSCHUTZ** 50
8. **FINANZEN** 53
9. **GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT UND VIELFALT** 57
10. **HESSEN VORN BEI DER SOZIALEN ENERGIEWENDE** 61
11. **KLIMASCHUTZ FÜR EIN ZUKUNFTSFÄHIGES HESSEN** 65
12. **UMWELT, LAND-, FORST- UND WALDWIRTSCHAFT, NATURSCHUTZ, VERBRAUCHERSCHUTZ, NACHHALTIGKEIT** 69
13. **KUNST, KULTUR UND MEDIEN** 75
14. **WISSENSCHAFT UND INNOVATION** 80
15. **EUROPA, INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN UND ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT** 85

Liebe Hessinnen, liebe Hessen,

am 8. Oktober ist Landtagswahl. Hessen hat die Chance auf eine neue Politik. Dafür möchten die SPD und ich Ihnen ein Angebot machen. Wir kämpfen dafür, dass alle Menschen in Hessen ein gutes und sicheres Leben führen können, ganz egal wie viel Geld sie haben, wo ihre Familie einmal herkam, wie sie aussehen, wen sie lieben oder wie sie heißen. Und wir kämpfen dafür, dass Hessen wieder vorn ist.

Hessen ist ein starkes Bundesland. Aber wir müssen deutlich mehr dafür tun, dass unser Land auch in fünf, zehn, zwanzig Jahren erfolgreich ist. Denn wir stehen vor gewaltigen Herausforderung. Unserem Land fehlen die besten Kräfte – 180.000 Fachkräfte allein in den kommenden fünf Jahren. Überall fehlen helfende Hände und Talente – in Handwerksbetrieben, in Pflegeheimen, in der Schule, in der Kita. Die CDU-Landesregierungen in Hessen haben es in den vergangenen 25 Jahren verpasst, gegenzusteuern. Wir werden das ändern. Mein Anspruch ist es, als Ministerpräsidentin dafür zu sorgen, dass wir die besten Kräfte für Hessen gewinnen.

Deshalb sichern wir Ausbildungsstandorte und Berufsschulen. Wir stärken die berufliche Bildung und die Berufsorientierung. Wir ermöglichen berufsbegleitende Qualifizierung und Weiterbildung für alle. Wer in Hessen seinen Meister macht, soll das in Zukunft kostenfrei können. Wir holen Fach- und Arbeitskräfte nach Hessen – Menschen, die mit uns anpacken und dieses Land voranbringen. Und wir stellen mit einem Transformationsfonds mehr Geld bereit, damit Hessen ein starker Industrie- und Dienstleistungsstandort bleibt, damit es auch in Zukunft sichere Arbeitsplätze und gute Löhne gibt.

Jedes Kind muss die gleichen Chancen haben. In Hessen entscheidet noch immer der Geldbeutel der Eltern viel zu oft darüber, wie erfolgreich der Sohn oder die Tochter in der Schule ist. Das muss endlich aufhören. Ich will als Ministerpräsidentin jedem Kind in die Augen sehen und mit gutem Gewissen sagen können, dass es eine faire Chance auf Erfolg im Leben hat. Deshalb heißt meine erste Priorität: Vorfahrt für Bildung. Nur so wird es uns gelingen, dass alle Kinder ihre Talente entfalten können.

Wenn es um unsere Gesundheit geht, darf nicht der Profit im Mittelpunkt stehen, sondern Patientinnen und Patienten und Beschäftigte. Wir müssen Anreize dafür schaffen, dass Ärztinnen und Ärzte sich auch im ländlichen Raum ansiedeln. Denn es kommt darauf an, dass Sie überall in Hessen medizinisch gut versorgt sind.

Damit alle Menschen in Hessen ein gutes Zuhause haben, das sie sich leisten können, werden wir Leerstand bekämpfen, Sanierungen fördern und die Grunderwerbsteuer reformieren. Mieten und Bauen muss bezahlbar werden.

Ich will mit Ihnen gemeinsam Hessen gerechter, moderner und nachhaltiger machen. Das ist unser starkes Angebot an Sie. Dafür trete ich an – dafür will ich Ihre erste Ministerpräsidentin unseres Bundeslandes werden. Ich würde mich freuen, Sie für diesen Weg gewinnen zu können. Deswegen bitte ich Sie um beide Stimmen für die SPD am 8. Oktober.

Ihre

NANCY FAESER

1.

ZUKUNFT DER WIRTSCHAFT, ARBEIT UND AUSBILDUNG

1. ZUKUNFT DER WIRTSCHAFT, ARBEIT UND AUSBILDUNG

Unsere Wirtschaft ist im Wandel. Aufgabe der Politik ist, den Wandel zu begleiten und zu gestalten. Die SPD möchte die Arbeit und den Wohlstand von morgen sichern. Mit klugen Investitionen und einer mutigen Strategie wird die SPD die Herausforderungen unserer Zeit meistern: Dem Fachkräftemangel werden wir mit Anreizen entgegenwirken, Digitalisierung und Transformation begreifen wir als Chance. Dabei steht die SPD fest an der Seite von Arbeitnehmer*innen.

EIN TARIFTREUE- UND VERGABEGESETZ FÜR HESSEN

Starke Wirtschaft und gute Arbeit sind für uns zwei Seiten derselben Medaille. Sozialpartnerschaft, Mitbestimmung und Teilhabe sind dabei für uns untrennbar miteinander verbunden. Dabei muss das Land mit gutem Beispiel und als Vorbild vorangehen. Die Kriterien für die Vergabe von Wirtschaftsförderung müssen sich stärker an Tarifbindung und innerbetrieblicher Mitbestimmung orientieren. Deshalb wollen wir die hessische Wirtschaftsförderung danach ausrichten, dass Unternehmen, die die Kriterien guter Arbeit einhalten, mit einem Zuschlag belohnt werden.

Der Staat als Auftraggeber hat eine besondere Verantwortung. Deshalb werden wir das Tariftreue- und Vergabegesetz ändern und echte Kontrollen ermöglichen, um mit Steuergeldern gute Arbeit zu fördern. Ehrliche Unternehmen dürfen nicht das Nachsehen haben. Wir werden zudem einen vergabespezifischen Mindestlohn einführen. Dieser sollte sich an der untersten Tarifgruppe des Tarifvertrags des Landes orientieren, in der Beschäftigte tatsächlich eingruppiert sind. Damit unsere Vorgaben auch eingehalten werden, müssen wir die Kontrollmechanismen wirkungsvoll ausgestalten, Subunternehmerketten begrenzen und Verstöße gegen die Kriterien hart sanktionieren. Alle Wirtschaftsförderprodukte werden konsequent an den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen ausgerichtet. Tarifbindung, eine funktionierende Sozialpartnerschaft, sowie die Übernahme gesellschaftlicher und ökologischer Verantwortung in Form von Ausbildung und Inklusion sind bei allen Ausschreibungen des Landes und der hessischen Kommunen Voraussetzung für die Bewerbung um einen öffentlichen Auftrag. Zudem sind betriebliche Mitbestimmung und tariflich geregelte Arbeit sowie die Übernahme von gesellschaftlicher Verantwortung in Form von Qualifizierung, Aus- und Weiterbildung sowie Gleichstellung zentrale Entscheidungsfaktoren.

DIE ZUKUNFT UNSERER WIRTSCHAFT UNTERSTÜTZEN UND STEUERN

Wir wollen Hessens Wirtschaft zukunftsfähig und nachhaltig machen. Dazu werden wir das „Zukunftsbündnis Wirtschaft Hessen“ etablieren, welches Zukunftsmärkte erschließt sowie den Innovationstransfer zwischen Wirtschaft und Wissenschaft verbessert. Durch die enge Zusammenarbeit von Unternehmen, Gewerkschaften, Politik und Wissenschaft, wollen wir bestehende regionale Netzwerke und Kooperationen mit regional wirkenden Wissensträgern stärken. Nur gemeinsam können wir den komplexen Wandel gestalten!

Der hessische Wirtschafts- und Industriestandort steht vor enormen Herausforderungen. Gemeinsam mit Unternehmen, Arbeitnehmer*innen sowie dem Staat wollen wir den Standort Hessen zukunftsfähig machen. Dafür stellen wir einen Transformationsfonds zur Verfügung, um den Wandel unserer Wirtschaft aktiv zu unterstützen. Die Einbeziehung privaten Kapitals wollen wir ermöglichen. Aus dem Fonds werden wir u. a. regionale Transformationscluster fördern sowie Zukunftstechnologien und deren Industrialisierung, Qualifizierungsmaßnahmen und Investitionen in Standortfaktoren finanzieren. Auch gezielte Investitionen in das Eigenkapital kleiner und mittelständischer Unternehmen, die ihr Geschäftsmodell nachhaltig und zukunftsfähig aufstellen, sollen so ermöglicht werden. Wir bringen alle Akteure an einen Tisch, indem wir einen Transformationsrat implementieren, der langfristig zu einer hessischen Transformationsagentur nach rheinland-pfälzischem Vorbild weiterentwickelt werden soll.

Die Praxis der hessischen Wirtschaftsförderung ist unübersichtlich und ineffizient. Die Instrumente der Wirtschafts- und Strukturförderung müssen dringend auf ihre Transformationseignung hin analysiert sowie unter Berücksichtigung der regionalen Bedürfnisse weiterentwickelt werden. Es gibt keine Bestandsgarantien. Im Dialog mit den betroffenen Akteuren und der Kommunalpolitik überprüfen wir die bestehenden Strukturen der Wirtschaftsförderung des Landes und richten diese anschließend neu und zielgerichtet aus. Hierbei berücksichtigen wir insbesondere soziale, innovative und nachhaltige Kriterien. Gerade unsere mittelständischen Unternehmen brauchen Unterstützung, wenn sie ihre Geschäftsmodelle an den Anforderungen des „Green Deals“ und des nachhaltigen Wirtschaftens ausrichten sollen.

In unserem Wirtschaftsprofil für ein Hessen von 2030 stehen Neugründungen und Betriebsübernahmen im Fokus. Die Gründer*innen von heute stellen die Arbeitsplätze von morgen. Betriebsübernahmen sichern Beschäftigung und Wertschöpfung in der mittelständischen Wirtschaft. Wirtschaftsförderinstrumente für Gründungen und Betriebsübernahmen müssen daher unbürokratisch, niedrigschwellig und technisch einfach ausgestaltet sein. Die Gründung eines Start-ups soll in Hessen zum Ende der Wahlperiode innerhalb von 48 Stunden vollständig durchgeführt werden können.

Das vom Bund geförderte Projekt European Data Trustee („EuroDaT“), das einen neutralen und nicht profitorientiert Datentreuhänder aufbauen will, leistet einen wichtigen Beitrag zur europäischen Datensouveränität und soll weiter gefördert werden. Auch wollen wir weitere relevante Finanzmarktakteureals Konsortialteilnehmer gewinnen. Auf dieser Basis wollen wir das bestehende FinTech-Ökosystem stärken.

DEN RICHTIGEN RAHMEN SCHAFFEN

Nur etwa jede siebte Gründung in der EU erfolgt laut EU-Start-up-Monitor durch eine Frau. Und wenn Frauen gründen, dann, erhalten sie weniger Risikokapital. Diesem Umstand wollen wir durch gezielte Gründerinnen-Förderung und die Stärkung regionaler Beratungsstellen für Gründerinnen entgegentreten.

Wir wollen für passgenaue Wirtschaftsförderung Förderlotsen installieren, um Unternehmen im Förder-Dschungel besser helfen zu können. Die Lotsen sollen professionelle Beratung und Qualifizierungsmaßnahmen für Betriebs- und Personalräte, Beschäftigte sowie das Management anbieten, um die Transformation in den Betrieben besser bewältigen zu können.

In vielen hessischen Betrieben besteht ein erhebliches Potenzial etwa bei der klimaneutralen Gestaltung der Produkte und Herstellungsverfahren sowie bei der Steigerung der Energie- und Ressourceneffizienz. Dies gilt auch für den Einsatz von Industrie 4.0 und von Anwendungen künstlicher Intelligenz.

Wir werden mit einer aktiven Ansiedlungspolitik zusätzliche Wertschöpfung und Beschäftigung nach Hessen holen und uns dabei auf Zukunftstechnologien und -industrien konzentrieren. Zu einer umfassenden Ansiedlungsstrategie gehören für uns die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren, die Ausweisung entsprechender Flächen und passgenaue Angebote zur Investitionsförderung.

Wir werden eine besondere Förderung für Maßnahmen auflegen, die den effizienten Umgang mit sämtlichen Ressourcen der Wertschöpfungskette verbessert. Damit werden wir gerade kleine und mittelständische Unternehmen durch Beratung und Zuwendung unterstützen, wenn sie ressourceneffizientere Fertigungsverfahren einführen wollen.

FACHKRÄFTE SICHERN: DAS HANDWERK UNTERSTÜTZEN

Wir wollen kleinen und mittelständischen Unternehmen eine Perspektive im Wandel bieten. Dafür machen wir die Meister-, Fachwirt- und Technikerprüfungen kostenfrei. Dadurch wollen wir das Handwerk und die hessische Wirtschaft bei der Sicherung des Fachkräftenachwuchses unterstützen und die Bereitschaft zu Aufstiegsfortbildungen und -abschlüssen – durch den Wegfall aufzunehmender hoher Kredite – bei den Gesell*innen fördern. Die Ausbildung von Führungspersonen im Betrieb, die die Betriebe weiterführen und Nachwuchs ausbilden können, muss eine zentrale Aufgabe sein. Gleiches gilt bei den jeweiligen Prüfungen und diesen gleichgestellten Abschlüssen. Deshalb wollen wir auch die berufsbegleitende Qualifizierung zur/zum Fachwirt*in, Meister*in oder Techniker*in fördern. Das Aufstiegs-BAföG soll in Hessen noch stärker ausgebaut und besser nutzbar gemacht werden.

EINE MODERNE INDUSTRIEPOLITIK FÜR HESSEN

Wir werden einen echten Industrietrialog als leitendes Prinzip unserer Wirtschaftspolitik in Hessen etablieren und mit Arbeitgeberorganisationen und Gewerkschaften gemeinsam Antworten für den Industriestandort Hessen entwickeln. Hessen braucht eine moderne Industriestrategie. Wir werden die rudimentären Ansätze in Hessen evaluieren und eine echte landesweite Industriestrategie vorlegen.

In einigen Regionen haben sich bereits regionale Transformationsnetzwerke gebildet, um regionale Transformationsstrategien zu erarbeiten und umzusetzen. Die Transformation muss nach dem Bottom-up-Prinzip vor Ort gestaltet werden. Bereits bestehende Netzwerke sollen daher mit Unterstützung des Landes langfristig verstetigt werden. In den Regionen, in denen es noch keine Netzwerke gibt, werden wir bei der Gründung unterstützen und diese vorantreiben.

Hessen ist ein starkes Industrieland. Unzählige Industriearbeitsplätze schaffen Wertschöpfung und Wohlstand vor Ort. In jeder Region Hessens haben wir viele stark aufgestellte Produktionsstandorte der unterschiedlichen Industriebereiche in Hessen. Um die Stärken unseres Landes in der Automobilindustrie sowie der Pharma- und Chemieindustrie und der Sozialwirtschaft im Trialog weiterentwickeln zu können, bedarf es nach dem Beispiel Thüringens und Rheinland-Pfalz einer vertieften Strukturanalyse.

Wir wollen auch in Zukunft ein wichtiger Standort für diese Branchen sein. Hessen ist ein wichtiger Automobilstandort in Deutschland. Wir werden die Automobilindustrie und deren Zulieferer beim Transformationsprozess in enger Abstimmung mit den Beschäftigten und ihrer Gewerkschaft unterstützen.

Damit Hessen ein starkes und lebenswertes Industrieland bleibt, wollen wir ein Hessentempo für Planungen und Genehmigungen einführen. Zum Abbau von Aktenbergen braucht es gute Ausstattung von Verwaltung und Gerichten mit Fachkräften und einen Digitalisierungsschub für das staatliche Antragswesen. Bei der Beschleunigung von Infrastrukturvorhaben wollen wir gemeinsam mit dem Bund alle Potenziale ausschöpfen, um unser Bundesland fit für die Zukunft zu machen. Standardisierung von Prüfungen, Genehmigungsfiktionen und schlanke behördliche Verfahren braucht es endlich auch in Hessen. Tempo bei der Modernisierung von Infrastruktur und industriellen Anlagen ist der Schlüssel für den Erhalt unseres Wohlstandes und unserer natürlichen Lebensgrundlagen.

LEBENDIGE INNENSTÄDTE MACHEN HESSEN LEBENSWERT

Lebendige, attraktive Innenstädte sind ein unverzichtbarer Bestandteil eines lebenswerten Landes. Sie benötigen attraktive Bedingungen für Handel, Gastronomie, Kultur und Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum. Daher werden wir Projekte anstoßen und fördern, die den Erhalt und die Neugründung von Geschäften vor Ort fördern. Insbesondere werden wir nachhaltigkeitsorientierte Angebote, lokale Wirtschaftskreisläufe und inhabergeführte Betriebe unterstützen. Das umfasst insbesondere die Förderung von lokalen Genossenschaften und Initiativen für Einkäufe und Dienstleistungen im Dorf oder Stadtviertel.

Tourismus ist für uns nicht nur eine Frage von Wirtschaftspolitik, sondern Lebensraumgestaltung. Eine verlässliche Mitfinanzierung der Destinationen Hessens werden wir institutionalisiert verstetigen. Die Kompetenzen im Bereich Tourismus werden wir bündeln und einen kompetenten Ansprechpartner für den Tourismussektor etablieren. Unser Ziel ist die qualitative Stärkung des Tourismus im ländlichen Raum. Neben der Erholung wollen wir die Themen Gesundheit, Ernährung, Regionalität und Heimat in den Mittelpunkt stellen.

DEN FINANZPLATZ FRANKFURT STÄRKEN

FrankfurtRheinMain ist der wichtigste Finanzstandort Kontinentaleuropas. Wir werden die Bemühungen verstärken, Frankfurt als weltweites Zentrum für nachhaltige Finanzierungen zu etablieren. Hierfür werden wir Finanzwirtschaft, Unternehmen, Wissenschaft und staatliche Akteure an einen Tisch bringen, um praktische Umsetzungsvorschläge für nachhaltigere Finanzlösungen zu erarbeiten und eine Agentur für Sustainable Finance in Frankfurt zu schaffen. Die Schaffung einer europäischen Anti-Geldwäschebehörde wollen wir aktiv unterstützen und werden für ihre Ansiedlung in Frankfurt eintreten.

In Hessen gibt es großes Potenzial für die Finanzierung über den Kapitalmarkt. Damit der hessische Mittelstand und insbesondere Start-ups sich leichter am Kapitalmarkt finanzieren können, müssen Intermediäre (Banken und Sparkassen) eine zentrale Rolle einnehmen. Es braucht Angebote, die einen leichten Zugang zum Kapitalmarkt ermöglichen, die Risiken breit streuen und die Abwicklung zentralisieren. Die Politik muss dafür den entsprechenden Rahmen liefern.

FLUGHAFENPOLITIK AUF DER HÖHE DER ZEIT

Der Flughafen Frankfurt am Main ist das zentrale Drehkreuz und mit seiner Innovationskraft einer der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren in Hessen. Über 100.000 Menschen hängen mit ihren Arbeitsplätzen direkt oder indirekt von seiner wirtschaftlichen Stärke als Arbeitgeber ab. Wir werden dafür Sorge tragen, dass der Frankfurter Flughafen weiterhin zentraler Wirtschaftsmotor bleibt. Dazu wollen wir den wirtschaftlichen Erfolg, hochwertige Arbeitsplätze für die Beschäftigten, den Schutz der Bevölkerung vor Lärm und den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen miteinander in Einklang bringen. Die Politik von CDU und Grünen, darunter die PR-Flops zum Lärmschutz oder die bewusste Ansiedlung von Billigairlines ohne Arbeitnehmer*innenrechte zulasten von Unternehmen, Beschäftigten und Anwohnern, werden wir beenden. Wir werden alle Möglichkeiten nutzen, um ein Maximum an Lärmschutz für die Region zu erreichen, ohne den Standort einseitig zu benachteiligen. Dazu gehören rechtssichere Lärmobergrenzen und ein Nachtflugverbot plus am Frankfurter Flughafen. Im Rahmen des rechtlich Möglichen soll geprüft werden, welche Flugverbindungen in den Tagzeitraum verlagert werden können, um in den Randzeiten der Lärmpausen zu entlasten. Systematische Verstöße gegen das Nachtflugverbot wollen wir stärker ahnden. Unter SPD-Führung wird sich die Flughafenpolitik stärker an Tarifbindung, Mitbestimmung, Anwohner- und Umweltschutz orientieren. Die Luftverkehrswirtschaft ist eine der Branchen, die von der Corona-Pandemie am stärksten getroffen wurde. Nach der Krise gilt es, die rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen zu setzen, damit der Standort gestärkt aus dieser Krise hervorkommen kann. Auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene werden wir uns dafür einsetzen, dass der Flughafen ein Garant für gute Arbeitsplätze ist. Auch um Fachkräfte an den Standort zu binden, wird sich die Flughafenpolitik unter SPD-Führung stärker an Tarifbindung, Mitbestimmung und Arbeitsbedingungen ausrichten. Der Flughafen bietet aufgrund seiner hervorragenden Vernetzung mit der Bahn und seinen Fortschritten bei Antriebstechnologien und Energieeffizienz gute Voraussetzungen, um beispielgebend für eine nachhaltige Luftverkehrswirtschaft zu werden. Dieses Potenzial werden wir steigern.

Der Kassel Airport bietet schon jetzt für die Region nicht nur die Möglichkeit wohnortnaher Urlaubsflüge, sondern zudem auch Arbeitsplätze, Infrastruktur und Perspektiven für den Luftverkehr. Wer beim Kassel Airport nur auf Flugbewegungen und Passagierzahlen schaut, wird dem Infrastrukturprojekt Flughafen nicht gerecht. Er ist eine wichtige Infrastruktureinrichtung für die Region Nordhessen, die wir weiter stärken wollen. Unser Ziel dabei ist, durch die Ansiedelung flugbetriebsaffiner Betriebe und Dienstleistungen am Gewerbepark Kassel Airport den Standort zukunftssicher zu machen. Wir sind uns sicher, dass der Kassel Airport viel Entwicklungspotenzial bietet.

DIE SPD IST PARTNER DER KREATIVWIRTSCHAFT

Wir wollen als verlässlicher Partner der Kultur- und Kreativwirtschaft die Unterstützungsleistungen des Landes weiterentwickeln und verstetigen. Für die Games-Branche werden wir eine echte eigene Förderlinie Games etablieren. Den Mediencampus Dieburg der Hochschule Darmstadt werden wir hierzu gezielt ausbauen. Auf Landesebene werden wir Maßnahmen zur Förderung der Medienkompetenz im Videospielbereich auch für Eltern ergreifen.

HESSEN WIRD WEITERBILDUNGSLAND NUMMER 1

In der Transformation der Arbeitswelt verändern sich die Rahmenbedingungen und technischen Möglichkeiten in Berufsbildern rasant. Wir wollen, dass Arbeitnehmer*innen von heute eine Chance auf dem Arbeitsmarkt von morgen haben. Dafür wollen wir Weiterbildung und Qualifizierung bereits während der Erwerbstätigkeit fördern und einen Rechtsanspruch auf Qualifizierung und Weiterbildung unterstützen. Veränderung wollen wir gemeinsam auch als Chance für den Wirtschaftsstandort Hessen begreifen. Hessen soll das Weiterbildungsland in Deutschland werden. Dabei werden wir den Arbeitnehmer*innen, den Arbeitsuchenden und den Unternehmen zur Seite stehen.

Arbeitsplätze und ganze Berufsfelder werden durch die Transformation verändert. Die von Veränderung betroffenen Arbeitnehmer*innen lassen wir nicht allein. Wer sich in späteren Phasen der Erwerbstätigkeit für eine neue Berufsausbildung entscheidet, hat unsere volle Unterstützung. Die Mindestschüler*innenzahl für Berufsschulen muss gesenkt werden, um den Bestand im ländlichen Raum weiter garantieren zu können. Berufsschul- und Ausbildungsstandorte wollen wir flächendeckend sichern. Das von der Landesregierung in Gang gesetzte Konzept eines Ampelsystems zur sogenannten zukunftsfähigen Berufsschule wird die Berufsbildung in der Fläche stattdessen jedoch gefährden. Wir wollen die duale Ausbildung stärken und werden einen Modellversuch „virtuelle Berufsschule“ durchführen. Die Berufsschulen werden von uns umfangreich gefördert, damit sie als verlässlicher dualer Partner unserer hessischen Ausbildungsbetriebe für die Fachkräfte von Morgen auftreten können.

Ebenso werden wir eine Lehrkräfteoffensive für die beruflichen Schulen starten, um dem prognostizierten Mangel an Lehrkräften an beruflichen Schulen frühzeitig entgegenzuwirken. Neben der zeitgemäßen digitalen Ausstattung der Schulen allgemein, aber auch hinsichtlich der Digitalisierung der Arbeitswelt, werden wir eine qualitativ hochwertige und zeitgemäße Aus- und Weiterbildung des Lehrpersonals gewährleisten. Nur so kann sichergestellt werden, dass der Erfolg der beruflichen Bildung nicht gefährdet wird. Die hessische Landesregierung wird sich maßgeblich in die Ausgestaltung des im Koalitionsvertrag des Bundes vorgesehenen Paktes für berufsbildende Schulen einbringen. Wir wollen Studienabbrecher*innen den Weg in die berufliche Bildung erleichtern.

Wir wollen den Bildungsurlaub in Hessen stärken und ausbauen, sowie ihn im Transformationsprozess unserer Arbeitswelt nutzen. Bildungsurlaub ist eine wertvolle Bildungsmaßnahme zur persönlichen Weiterbildung der Arbeitnehmer*innen. Gleichzeitig profitieren die Arbeitgeber enorm, denn ohne qualifizierte Mitarbeitende kann kein Unternehmen die Herausforderungen der Zukunft überstehen. Wir wollen dafür den Bildungsurlaub in eine Bildungszeit mit Rechtsanspruch für alle weiterentwickeln, die berufliche Qualifizierungen ermöglicht. Die Angebote für Bildungszeiten müssen ausgeweitet werden. Ziel hessischer Politik muss es sein, auch insgesamt die Anzahl der Menschen zu erhöhen, die Bildungsurlaub in Anspruch nehmen. Deshalb muss die arbeitgeberseitige Akzeptanz für Bildungsurlaub gestärkt werden und Arbeitnehmer*innen vermehrt in die Lage versetzt werden, ihren gesetzlichen Bildungsurlaub zu nutzen. Dafür braucht es eine finanzielle Förderung der Träger, damit diese auch inklusive Angebote entwickeln oder Kinderbetreuung anbieten können. Neben der Freistellung zur beruflichen Weiterbildung kommt der politischen Weiterbildung eine immer größere Bedeutung zu. Politischer Bildungsurlaub muss daher gleichermaßen gestärkt werden.

ALLE TALENTE FÖRDERN: BERUFLICHE QUALIFIZIERUNG IN DEN FOKUS NEHMEN

Mit einer umlagefinanzierten Ausbildungsgarantie eröffnen wir allen Bürger*innen einen Anspruch auf berufliche Qualifizierung. Dazu werden wir einen Ausbildungsfond Hessen auflegen, der insbesondere junge Menschen bis 35 Jahren unterstützen soll. Unsere präferierte Ausbildungsform ist die duale, betriebliche Ausbildung, die wir stärken werden. Aus diesem Grund wird der Fond auch kleine Unternehmen, die Ausbildungsplätze anbieten, fördern und entlasten. Doch auch die über- und außerbetriebliche Ausbildung soll zur Erfüllung der Ausbildungsgarantie genutzt werden. Mit einem Landesprogramm „Jugend in Arbeit" soll jungen Menschen der Übergang von der Schule in das Erwerbsleben vereinfacht und ein praxisorientierter Berufseinstieg ermöglicht werden. Wir wollen die Berufsorientierung in der Schule früher ansetzen. In allen Schulformen soll berufliche Bildung stattfinden.

Junge Menschen ohne Schul- und ohne Berufsabschluss werden wir individueller fördern, um sie zu qualifizierten Abschlüssen zu führen. Berufseinstiegsbegleitung wollen wir als Land fördern und unterstützen. Wichtig ist dabei der Erhalt der beruflichen Schulen im ländlichen Raum. Denn für uns haben die duale Ausbildung und das Studium den gleichen Stellenwert. Wir müssen dafür sorgen, dass alle Bildungswege untereinander durchlässig werden und dass wir in der Gesellschaft ein Bewusstsein für die Gleichwertigkeit aller Bildungswege haben. Ein wichtiger Baustein dabei ist auch das duale Studium, das eine wissenschaftlich fundierte und zugleich praxisnahe Ausbildung ermöglicht, indem sich Theoriephasen an den Hochschulen und Berufsakademien mit Praxisphasen in Unternehmen abwechseln. Vom dualen Studium profitieren sowohl Studierende als auch Unternehmen.

Dem Umfang und der bedeutenden Leistung beruflicher Schulen werden wir dadurch Rechnung tragen, dass wir eine eigene, mit anderen Abteilungen gleichberechtigte, Abteilung „Berufliche Schulen" im Kultusministerium schaffen

Dual Studierende befinden sich in einer Grauzone, ohne verbindliche Regelungen, die die Qualität ihrer Ausbildung sichern. Daher setzen wir uns als Land Hessen auf Bundesebene für eine gesetzliche Gleichstellung von dual Studierenden und Auszubildenden während der betrieblichen Praxisphasen ein. Bis das erreicht ist, setzen wir hessenweit verbindliche Regelungen fest, die die Ausbildungsqualität dual Studierender, auch hinsichtlich der Mindestausbildungsvergütung, regeln.

Um junge Menschen beim Übergang von der Schule in den Beruf engmaschig zu betreuen, und individuell beraten zu können, brauchen wir einen flächendeckenden Ausbau der Jugendberufsagenturen, die bereits jetzt dort, wo sie existieren, eine rechtskreisübergreifende Beratung und Integration der jungen Menschen in den Arbeitsmarkt sicherstellen. Den Ausbau der Jugendberufsagenturen, auch im ländlichen Raum, werden wir als Land fördern und unterstützen.

Wir werden dem Wandel der Arbeitswelt mit Weitsicht begegnen und Ausbildungen attraktiver gestalten. Flexiblere Ausbildungsmöglichkeiten müssen etabliert werden, um der Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Freizeit gerecht zu werden.

Um einen stärkeren Anreiz für die Ausbildung von Fachkräften zu schaffen, stärken wir gebührenfreie Ausbildungen.

In Anlehnung an die existierenden Studierendenwerke sollen Auszubildendenwerke gegründet werden. Diese sollen flächendeckend vertreten sein, und somit auch den Bedarfen der Auszubildenden des ländlichen Raums gerecht werden. Eine zentrale Aufgabe der Auszubildendenwerke soll sein, bezahlbaren Wohnraum für Auszubildende in der Nähe ihres Ausbildungsbetriebs zu schaffen, eventuell auch in Zusammenarbeit mit den Studierendenwerken. Dies kann zudem auch einen positiven Einfluss auf die Ausbildungsmobilität der jungen Menschen haben und die Motivation steigern, an einem neuen Ort in Hessen einen Ausbildungsplatz anzunehmen. Wir setzen uns für ein vergünstigtes Deutschlandticket für Auszubildende ein.

An allen Schulformen sollen berufliche Bildung und Berufsorientierung stattfinden, die die Jugendlichen tatsächlich in ihrer Berufswahl unterstützt. Schon in der Schulzeit sollen Schüler*innen Themen wie „betriebliche Ausbildung“, „Demokratie im Betrieb“ und „die Geschichte und Rolle der Gewerkschaften“ diskutieren. Wir wollen dies in das Curriculum der allgemeinbildenden Schulen aufnehmen. Gleichzeitig brauchen die Schüler*innen aller Schulformen eine Berufsberatung, die ihre Interessen und Fähigkeiten berücksichtigt, und ihnen Perspektiven für ihr Berufsleben eröffnet. Dafür muss die bisherige Form der Berufsberatung evaluiert und gegebenenfalls neu aufgestellt werden.

2.

SCHULE UND LEBENSLANGES LERNEN

2. SCHULE UND LEBENSLANGES LERNEN

Unsere Gesellschaft lebt von Menschen, die sich beteiligen. Gute Bildung ist die Grundlage dafür, dass alle Menschen sich an unserer Gesellschaft gleichberechtigt beteiligen können. Von der Krabbelgruppe bis zum Meister oder Master muss Bildung für alle kostenfrei zur Verfügung stehen. Jeder Mensch, der sich qualifizieren möchte, wird optimal gefördert. Und jedem Menschen versprechen wir, dass es möglich ist, durch Qualifikation sozialen Aufstieg zu erreichen. Wir schaffen Kitas, Schulen, Hochschulen, Volkshochschulen und Weiterbildungseinrichtungen, reformpädagogische Schulen sowie Musik- und Kunstschulen, die die Fähigkeiten und Begabungen jedes Menschen fördern. So schaffen wir eine Bildungslandschaft, die sich an den Bedürfnissen der Menschen ausrichtet. Wir sorgen dafür, dass alle bestmöglich gefördert und gefordert werden und werden dafür den Lehrer*innenmangel in Hessen beenden.

Wir wollen, dass Bildungserfolg nicht vom Einkommen der Eltern oder überhaupt von äußeren Rahmenbedingungen abhängt. Kinder sollen unabhängig von Herkunft, Geschlecht, sozialem und kulturellem Hintergrund, sonderpädagogischem Förderbedarf oder Behinderung, diskriminierungsfreie und gleiche Bildungschancen und damit gute Startchancen für ihr Leben und ihre Zukunft haben. Gleiche Bildungschancen für alle Menschen erreichen wir, indem Chancen nicht vom Wohnort abhängen. Um lange Schulwege zu vermeiden, können im Grundschulbereich altersgemischte Klassen und im weiterführenden Bereich gemeinsame Sekundarschulen dazu beitragen, möglichst wohnort- und betriebsnah alle Kinder und Jugendlichen zu fördern. In den Berufsschulen wollen wir erreichen, dass Erwachsene Zugang zu allen Bildungsangeboten erhalten. Wir wollen gleiche Lehr- und Lernbedingungen in ganz Hessen. Regionale Unterschiede werden wir beseitigen, indem wir unsere Schulträger bei der Modernisierung ihrer Schulen gezielt unterstützen.

Wir wollen eine Schule, die allen Kindern und Jugendlichen gerecht wird, in der sie zu überzeugten Demokrat*innen heranwachsen, indem sie Demokratie selbst praktizieren. Wir schaffen Schulen, die Chancen eröffnen und dabei helfen, eigene Stärken und Talente zu erkennen und mit fachlicher Unterstützung zu entwickeln. Wir müssen Frustrationserlebnisse in der Schule verhindern und stellen deshalb nicht die vermeintlichen Defizite von Schüler*innen in den Mittelpunkt, sondern die individuellen Stärken, Interessen und Bedürfnisse der Lernenden. Damit stellen wir sicher, dass sie die Erfahrung von Selbstwirksamkeit machen. Eine Aufteilung von Kindern vor dem Hintergrund einer vermeintlichen Effizienzsteigerung lehnen wir im Grundsatz ab. Möglichst homogene Gruppen in Kategorien wie Geschlecht, Fachwissen, Behinderung und Alter halten wir für nicht förderlich. Schüler*innen sollen möglichst früh für sich und andere Verantwortung übernehmen. Vielfalt sehen wir auch deshalb nicht als Hindernis, sondern als Chance für gemeinsames Leben und Lernen.

MEHR ECHTE GANZTAGSSCHULEN

Ganztagsschulen leisten einen wesentlichen Beitrag zu mehr Chancengleichheit. Unterrichtsangebote am Nachmittag bieten zusätzliche Möglichkeiten für selbstbestimmtes Lernen und chancengleiche Förderung. Wir werden einen konkreten Ausbauplan für unsere Schulen zu Ganztagsschulen entwickeln. Der Ausbau darf nicht nur quantitativ, sondern muss auch qualitativ durch eine neue Rhythmisierung von Unterricht, Freiarbeit und Freizeit während der Schulzeit stattfinden. Dies gelingt am besten in gebundenen und teil-

gebundenen Ganztagsschulen unter Beteiligung von Vereinen und weiteren externen Partnern.

Dafür wird mehr und vor allem gut qualifiziertes Personal gebraucht. Bei der Planung und Sanierung von Schulbauten setzen wir auf vielfältig nutzbare Räume, Lern- und Bewegungslandschaften sowie die wechselseitige Nutzung zentraler Bereiche. Der Rechtsanspruch auf ganztägige Bildung und Betreuung im Grundschulalter muss in jedem Dorf und in jedem Stadtteil erfüllt werden, vor allem durch die Grundschulen. Wir werden dies im Schulgesetz absichern und Standards in Qualifikation und Personalschlüssel, sowie im Bereich Gebäude und Ausstattung, setzen.

DIGITAL GESTÜTZTER UNTERRICHT FÜR BESSERE FÖRDERUNG

Digitalisierung beeinflusst oder berührt alle Bereiche unseres Lebens. Es ist Aufgabe des Bildungssystems, alle Menschen auf die gravierenden Veränderungen unserer Lebensrealitäten vorzubereiten. In den Schulen sind hybride Unterrichtssituationen Realität. Schüler*innen lernen mit Büchern und auf ihnen basierenden Onlineangeboten. Dieser digital gestützte Unterricht wird unter unserer Verantwortung vorangetrieben und wir werden die Schulen gemeinsam mit den Schulträgern so ausgestalten, dass diese moderne Form des Unterrichts in jedem Klassenraum möglich wird. Alle Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen werden die Möglichkeit haben, zwischen stationären Medien und Onlineangeboten zu wechseln, um bestmögliche Angebote ihrer Bildung vorzuhalten. Hierzu gehören der IT-Support sowie eine Fortbildungsoffensive für alle Lehrkräfte bezüglich der Möglichkeiten digitalen Lernens. In der Lehrkräftefortbildung werden wir Landesfachschaften einrichten, die eine inhaltliche Unterstützung für die Lehrkräfte leisten. Es braucht einen Masterplan Digitalisierung, um den Transformationsprozess im Bildungsbereich zu gestalten. Dazu zählt auch eine Anpassung der Curricula und Didaktik. Bisher fehlt auf Landesebene eine zentrale Einrichtung, die den digitalen Wandel analysiert, Erkenntnisse, etwa aus anderen Ländern, aus Wissenschaft und Forschung, sowie fachliche, technische und pädagogische Kompetenzen vermittelt. Wir wollen daher ein „Zentrum für Bildung in der Digitalen Welt“ (ZBDW) in Hessen einrichten.

Wir weiten die Lernmittelfreiheit auf den digitalen Bereich aus. Lernende und Lehrende erhalten die notwendigen Geräte und Plattformen. Medienerziehung bedeutet aber nicht nur, Schüler*innen mit Hardware auszustatten und für WLAN an den Schulen zu sorgen. Die verbindliche Bearbeitung verschiedener Module des Jugendmedienschutzes und die Vorbeugung von Mediensucht sorgen für Sicherheit unserer Kinder und Jugendlichen in einer digitalen Welt. Digital gestütztes Lernen bietet in Kooperation mit anderen Institutionen eine massive Verbesserung der Möglichkeiten individueller Förderung. Kooperatives und selbstgestaltetes Lernen können ebenfalls auf einem neuen Niveau profitieren. Diagnostik und Bewertung sowie Förderplanung und Benotung können so leichter durchgeführt werden.

SCHUL- UND UNTERRICHTSENTWICKLUNG

Die Bildungsverwaltung nimmt eine zentrale Steuerung für die Weiterentwicklung der Schulentwicklung ein. Im Mittelpunkt der Bildungsverwaltung muss die bestmögliche Unterstützung der Schulen und Lehrkräfte in der Entwicklung und Sicherung von Unterrichts- und Schulqualität stehen, um die Schüler*innen optimal zu fördern.

Wir unterstützen die Selbstständigkeit von Schulen in pädagogischen und organisatorischen Fragen. Wir geben Schulen Vertrauen und Spielräume für ihre pädagogische Freiheit. Schulversuche und Modellversuche sind für uns wichtig, um neue Wege zu beschreiten. Dafür schaffen wir Zeit- und Finanzbudgets für Schulentwicklung. Evaluation und Qualitätssicherung sind unverzichtbar. Wir werden neben einem eigenen hessischen Bildungsbericht eine regelmäßige und verbindliche Fortschreibung des hessischen Referenzrahmens Schulqualität unter Einbeziehung unterschiedlicher Perspektiven der Schulgemeinde etablieren.

Wir werden die aktuellen Herausforderungen unserer Gesellschaft angemessen in den Lehrplänen verankern und diese gleichzeitig auf Kohärenz, Konsistenz und Redundanzen überprüfen. Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Antislawismus, Sexismus, Homophobie und jeder Form der Diskriminierung und Benachteiligung wirken wir entgegen. Das erreichen wir unter anderem dadurch, dass wir niedrigschwellige Beratungs- und Beschwerdeangebote sowie Diversitätsbeauftragte von und durch Betroffene etablieren. Unsere Bildungseinrichtungen stehen für eine Gesellschaft ein, die sich für nachhaltige Entwicklung, Klimaschutz, Diversität und Inklusion einsetzt. Wir wirken der Einschätzung, dass Menschen sich ihrem zugeschriebenen Geschlecht gemäß verhalten müssen, entgegen. Wir setzen dabei auf die Weiterentwicklung von fächerübergreifendem Projektunterricht und ganzheitlichen Lernarrangements über den starren 45-Minuten-Takt und getrennte Fächer hinaus.

Noten sind nur bedingt aussagekräftig. Deshalb werden wir die Entwicklung von kompetenzorientierten Lernleistungsbeschreibungen fördern, und als gleichwertige Möglichkeit statt der Notengebung für die Schulen etablieren. Wir wollen, dass es der Regelfall wird, dass Menschen gemäß ihren Kompetenzen eine Rückmeldung über ihren Lernfortschritt bekommen. Der Fokus von Rückmeldungen an Schüler*innen muss darauf liegen, die nächsten Lernschritte zu definieren und Hilfestellungen zu geben. Dabei ist uns Transparenz gegenüber den Lernenden, aber auch ihren Eltern wichtig.

Wir sichern die religiöse und weltanschauliche Vielfalt des Angebots durch freie Schulträger ab. Die Einhaltung des Sonderungsverbots werden wir regelmäßig konsequent überprüfen.

Wir bekennen uns zu einem religiösen Unterricht, der in der gemeinsamen Verantwortung des Landes Hessen und der Kirchen und Religionsgemeinschaften für möglichst viele Konfessionen erteilt und von gegenseitigem Wissen und Verständnis geprägt wird.

INKLUSION UND INDIVIDUELLE FÖRDERUNG – LÄNGERES GEMEINSAMES LERNEN STÄRKEN

Wir sehen Vielfalt an unseren Schulen als Bereicherung und unterstützen unsere Lehrkräfte beim Umgang mit Leistungsheterogenität durch multiprofessionelle Teams und kleinere Klassen. Wir werden den inklusiven Unterricht in allen Schulformen stärken, strukturelle Hindernisse abbauen und sicherstellen, dass ausnahmslos alle Lehrkräfte über inklusive Grundkompetenzen verfügen. Inklusion ist die Aufgabe der gesamten Gesellschaft und aller Schulen – vormittags und nachmittags. Deshalb wollen wir alle Schulen baulich, sächlich und personell in die Lage versetzen, inklusiv zu unterrichten. Das Recht auf inklusive Beschulung darf nicht nur auf dem Papier bestehen, sondern muss überall gelebt werden.

Wir sehen die sonderpädagogische Ressource als Unterstützungsleistung für alle Schüler*innen einer Schule, schaffen mehr Stellen für die Inklusion und werden in diesem Sinn an jeder Schule eine auskömmliche Grundversorgung zur besonderen Förderung sicherstellen. Dabei ist die Professionalität der Förderlehrkräfte und deren Vernetzung untereinander zu sichern. Beratungs- und Förderzentren werden wir zusammen mit dem schulpsychologischen Dienst zu Unterstützungsagenturen für alle Schüler*innen aller Schulen weiterentwickeln. Dabei werden ihre jeweiligen Kompetenzen und Zuständigkeiten so beschrieben, dass Doppelarbeit vermieden wird.

Entsprechend wollen wir die individuelle Förderung und längeres gemeinsames Lernen fördern. Dabei setzen wir auf Binnendifferenzierung in integrierten Gesamtschulen und vielfältige Bildungsangebote unter einem Dach, möglichst ohne Querversetzungen. Wir werden verstärkt individuelle Bildungswege ermöglichen. Dabei sind flexible Eingangsstufen und altersgemischte Klassen hilfreich. Zudem werden wir einen Modellversuch zur flexiblen, modularisierten Oberstufe initiieren und die Einrichtung neuer Oberstufen erleichtern. Wir werden Schulen, die längeres gemeinsames Lernen ermöglichen mit den für ihre wichtige Aufgabe notwendigen Ressourcen ausstatten.

Auf der Basis eines schulscharfen Sozialindexes werden wir Klassengrößen reduzieren und Schulen in besonders herausfordernden Lagen viel stärker unterstützen, damit sie kompensatorisch arbeiten können. Zudem werden wir die Vertretungsreserven aufstocken, damit Unterricht künftig durch qualifizierte Kräfte vertreten wird.

FIT FÜR LEBEN UND BERUF

Berufliche Schulen und Berufsschulen passen ihre Strukturen den Bedingungen des 21. Jahrhunderts an. Der Versuch der Landesregierung, Berufsschulen unter dem Begriff „zukunftsfähige Berufsschulen“ zu entwickeln, ist gescheitert. Wir werden ein Moratorium für den Prozess verhängen. Wir setzen auf einen Prozess, der auf Partizipation und Transparenz aufbaut.

Wir werden gemeinsam mit Schulen, Gewerkschaften, dem Hauptpersonalrat Schule, Schulträgern, Kammern, Arbeitgeberverbänden und Hochschulen Wege zu modernen Berufsschulen entwickeln, die wirklich zukunftsfähig sind und den realen Anforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht werden.

Investitionen in Berufliche Schulen und berufliche Bildung sind ein wichtiger Beitrag zu Chancengleichheit und guter Bildung für alle. Gleichzeitig sind sie Wirtschaftsförderung und Standortpolitik. Wir stehen zu starken regionalen Ausbildungsstandorten. Unsere Maxime ist, dass junge Leute möglichst wohnortsnah ihre Ausbildung durchführen können. Investitionen in Berufliche Schulen sind Grundlage für die Ausbildung von Fachkräften und für die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsraumes. Eine qualifizierte berufliche Erstausbildung befähigt Menschen zu einer kontinuierlichen und existenzsichernden Erwerbsbiografie mit vielfältigen Entwicklungsmöglichkeiten in ihrer beruflichen Karriere. Wir stärken berufliche Bildung und sehen berufliche und akademische Bildung als gleichwertig an.

Unter dem Stichwort „Arbeit 4.0“ sehen wir Handlungsbedarf für alle Beruflichen Schulen und sorgen für eine geeignete digitale Infrastruktur, neue Lernumgebungen und eine angemessene technische Ausstattung. Neben einem Glasfaseranschluss, W-Lan, Präsentationstechniken und mobilen Endgeräten fördern

wir z. B. im KFZ-Bereich autonomes Fahren und Elektromobilität, im Baubereich moderne Gebäudetechnologien, die über Smart Home vernetzt werden, in den holz- und metallverarbeitenden Berufen komplexe digital gesteuerte Fertigungsmaschinen und in den kaufmännischen Berufen komplexe Prozessketten in virtuellen Firmen. Deshalb richten wir geeignete Labore, multifunktionale Werkstätten und flexible Lernumgebungen ein, in denen handlungs- und lernfeldorientierte Bildungsprozesse ermöglicht werden.

Weiterführende Vollzeitschulformen bieten Anschlussmöglichkeiten an alle allgemeinen Bildungsgänge und Abschlüsse und ermöglichen neben berufsbezogener Qualifizierung weitere Schulabschlüsse. Wir werden die Bildungsgänge so gestalten, dass allen Jugendlichen nach Abschluss der allgemeinen Schule weitere Bildungswege und Schulabschlüsse möglich sind, um ihre individuellen Bedingungen im Übergang von der Schule in die Ausbildung zu verbessern. Ein besonderer Stellenwert kommt hier dem produktionsorientierten Lernen zu, diese Ansätze werden wir stärken, indem wir die an beruflichen Schulen bestehenden Produktionsschulen sichern und weiterentwickeln. Fachoberschulen und berufliche Gymnasien bieten für Jugendliche, die frühzeitig berufsbezogene Schwerpunkte wählen, eine Alternative zu den gymnasialen Oberstufen. Die Angebote beruflicher Gymnasien werden wir ausbauen.

Eine zukunftsfähige Berufsschule im Bereich des dualen Ausbildungssystems reflektiert, dass die Trennung in praxisorientierte Ausbildungsanteile im Betrieb und theoriegebundenes Lernen in der Berufsschule künstlich ist. Dem tragen wir durch die Weiterentwicklung der Rahmenlehrpläne und Curricula Rechnung. Gleichzeitig erhalten die Berufsschulen mehr Eigenverantwortung. Wir werden für sie geeignete organisatorische und fachliche Konzepte entwickeln. Unser Modell einer zukunftsfähigen Berufsschule beinhaltet, die dualen Ausbildungsgänge so standortnah wie möglich zu sichern, und differenzierte Unterrichtsformen zu entwickeln. Schulträgerübergreifende Organisationsformen in Form von Bezirks- und Landesfachklassen werden die Ausnahme darstellen. Wir werden ein Pilotprojekt durchführen, in dem für einzelne Ausbildungsgänge Kooperationen zwischen Schulen unter Nutzung digitaler Möglichkeiten hybrider Unterrichtsprojekte erprobt werden, um für Schüler*innen einen wohnortnahen Berufsschulunterricht zu sichern.

Die Schulträger werden wir bei der Aufgabe, die Zukunftsfähigkeit Beruflicher Schulen im Hinblick auf technologische Entwicklungen unterstützen, indem wisr ein Investitionsprogramm „berufliche Bildung“ auflegen.

Es gibt einen enormen Bedarf der Fachkräftebildung für den Beruf Erzieher*in. Wir werden dieser Verantwortung gerecht, indem wir die Zahl der Ausbildungsplätze erheblich ausbauen. Wir werden in Hessen einen Studiengang für das Lehramt für berufliche Schulen mit dem Fach Sozialpädagogik einrichten. Wir werden dem Wandel der Arbeitswelt mit Weitsicht begegnen und diesen stetig in der Schule inhaltlich und technisch abbilden. Die Gleichwertigkeit von Ausbildung und Studium ist für uns dabei zentral.

Wir werden die Berufs- und Lebensweltorientierung an allen Schulformen stärken. Dafür werden wir an den Gymnasien das Fach Arbeitslehre einführen. Damit unterstützen wir die Wahlfreiheit der Schüler*innen in Hinblick auf ihren weiteren Lebensweg. Schulformübergreifend sollen die Themen Transformation, Finanzen rund um Mietverträge, Steuererklärung, Leben und Arbeiten in der digitalen Welt und vieles mehr zur selbstständigen Lebensführung behandelt werden. Wir setzen zudem einen Schwerpunkt bei politischer Bildung und Nachhaltigkeitslehre.

ERWACHSENENBILDUNG UND WEITERBILDUNG

Kommunen und gemeinnützige Träger werden unterstützt, um das breite Angebot der Volkshochschulen und überhaupt der Erwachsenen- und Weiterbildung zu erhalten und auszubauen, aber auch um neue digitale Angebote zu schaffen. Niedrigschwellige Sprachfördermaßnahmen und die Angebote der Grundbildung sollen ebenso wie die politische Bildung weiter ausgebaut werden. Schulen für Erwachsene sind ein wichtiger Bestandteil des Bildungssystems, der u. a. durch gute Arbeitsbedingungen gestärkt werden muss. Insbesondere für Menschen mit Fluchtgeschichte muss ein curriculares Angebot der Bildungssprache Deutsch geschaffen werden, um erfolgreiche Abschlüsse und damit die berufliche Teilhabe zu gewährleisten sowie gesellschaftliche Teilhabe zu stärken. Wir stellen uns gegen prekäre Arbeitsverhältnisse in der Weiterbildung und werden zu einem Dialog mit allen Trägern einladen, um die Arbeitsbedingungen zu verbessern.

GUTE ARBEITSBEDINGUNGEN SIND EINE VORAUSSETZUNG FÜR CHANCENGLEICHHEIT UND GUTE BILDUNG

Wir werden den Lehrkräftemangel beenden und Schluss machen mit Unterrichtsausfall. Um Vertretungslehrkräften eine Perspektive zu bieten und den Lehrkräftemangel kurzfristig zu reduzieren, werden wir den berufsbegleitenden qualifizierenden Quereinstieg massiv ausbauen. Lehrkräfte in arbeitstechnischen Fächern erhalten von uns eine Aufstiegsperspektive. Wir verändern die Ausbildung der Lehrkräfte so, dass diese auf ihre Aufgabe und die Arbeit in multiprofessionellen Teams vorbereitet werden. Das Praxissemester werden wir vergüten. Wir stellen sicher, dass jede Schule mindestens zwei Lehrkräfte in den Vorbereitungsdienst aufnehmen kann, ohne dass diese auf die schulischen Wochenstunden angerechnet werden. Wir werben für das Lehramtsstudium und setzen mit einem Stipendienprogramm für Mangelfächer auch finanzielle Anreize.

Die Arbeit aller Lehrkräfte ist nicht gleich, aber gleichwertig. Wir wollen Hierarchien abbauen, die Studiendauer aller Lehrämter auf 10 Semester festschreiben und alle Lehrkräfte als Einstieg nach A13 bezahlen. Darüber hinaus werden wir die Studienkapazitäten der Lehrämter steigern und ein grundständiges Studium Schulsozialpädagogik einführen.

In den vergangenen Jahren haben die Belastungen für Schulleitungen, aber auch für Lehrkräfte durch zusätzliche Aufgaben im Unterricht wie auch durch Dokumentationspflichten zugenommen. Wir werden dafür Sorge tragen, dass die tatsächlich geleistete Arbeit der Lehrkräfte stärker berücksichtigt wird. Auf diese Weise werden wir der Fürsorgepflicht des Landes als Arbeitgeber gerecht und sorgen dafür, dass Lehrkräfte mit voller Stelle und voller Gesundheit bis zum Erreichen der Altersgrenze arbeiten können. Die Notwendigkeit der Entlastung gilt insbesondere für die Vielzahl an Verwaltungsaufgaben. Deshalb werden wir Stellen für Verwaltungsfachkräfte und Bibliothekar*innen an Schulen ausbauen. Die Übernahme besonderer Aufgaben muss mit einer Entlastung bei der Unterrichtsverpflichtung einhergehen. Wir schaffen Zeit für die pädagogischen Kernaufgaben und Schulentwicklung. Der Einsatz befristeter Verträge ohne Sommerferienbezahlung muss ein Ende haben. Wir werden Stellen von Lehrkräften und Schulleitungen zügig nachbesetzen und für Aufstiegsmöglichkeiten für alle Lehrämter sorgen.

Wir schaffen ein Institut für Lehrkräftegesundheit. Für Lehrer*innen, die ihre Überlastung anzeigen, oder Gewalt erfahren, werden wir eine unabhängige Ombudsstelle einrichten. In besonderen Fällen muss für einen definierten Zeitraum eine Stundenreduzierung bei vollem Gehalt möglich sein. Gleichzeitig schaffen wir Anreize und bieten individuelle Lösungen an, um Lehrkräfte in Teilzeit zu ermutigen, ihre Stunden zu erhöhen. Wir werden gemeinsam mit den Selbstvertretungen der Lehrkräfte eine Studie zur Lehrkräftearbeitszeit initiieren und setzen uns für eine gerechtere Anerkennung von außerunterrichtlicher Arbeitszeit ein. Die Personalräte werden ihre Rechte durch die Abbildung ihrer wichtigen Arbeit in Anrechnungsstunden besser durchsetzen können. Darüber hinaus werden wir die Arbeit der Personalräte in Schulen, Schulämtern und am Kultusministerium durch eine wertschätzende und kooperative Arbeitsweise unterstützen.

SELBST- UND MITBESTIMMUNG

Wir werden die Selbst- und Mitbestimmung ausbauen, Klassenräte und die Selbstvertretung der Schüler*innen auf allen Ebenen stärken sowie in der Schulkonferenz eine Drittelparität, das heißt eine paritätische Verteilung der Sitze zwischen Lehrer-, Eltern- und Schülervertretung, einführen. Dazu braucht es eine Stärkung der Grundlagen bereits in der Schule. Schule muss ein angstfreier Ort sein, an dem demokratische Werte wie Toleranz, Solidarität und Respekt als Grundprinzipien vermittelt werden, nicht nur im Unterricht. Demokratiepädagogische Angebote als Querschnittsaufgabe sollen in den Curricula in allen Schulformen verankert sein.

MOBILITÄT UND SCHÜLERBEFÖRDERUNG

Wir schaffen gleiche Mobilität für alle – hierfür braucht es ein kostenloses Ticket für alle Schüler*innen bis zur Erlangung ihres Schul- oder Berufsabschlusses. Alle Kinder müssen spätestens nach dem Ende der Grundschule in der Lage sein, ihren Schulweg selbstständig zu bestreiten, grundlegende Fähigkeiten wie Fahrradfahren und Schwimmen müssen vermittelt werden. Die Schulbeförderung muss im Rahmen des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung gesichert werden. Die Vorgaben im hessischen Schulgesetz für Schüler*innenverkehr werden wir aus Gründen der Teilhabe aller Schülerinnen und Schüler modifizieren.

SOZIALES LERNEN UND VERNETZUNG VON SCHULE

Wir unterstützen multiprofessionelles Arbeiten an den Schulen. Wir fördern flächendeckende Schulsozialarbeit in allen Schulen. Die sozialen Kompetenzen der Schüler*innen werden wir stärken, indem die Schulgemeinschaft, aber auch der Zusammenhalt von Schule und Verein gefördert werden. Im Rahmen des schulischen Ganztags müssen Lernorte, wie Musikschulen, Vereine und karitative Organisationen aufeinander abgestimmt werden. Dabei werden wir sicherstellen, dass außerschulische Jugendarbeit nicht von der Schule vereinnahmt wird und eigenständig bleibt.

Wir werden die Vernetzung schulischer und außerschulischer Bildungsangebote auf Augenhöhe stärken und die Teilhabe aller Kinder und Jugendlichen ermöglichen. Ehrenamtliches Engagement von Schüler*innen schätzen wir wert und es soll deshalb in Zeugnissen Berücksichtigung finden.

Schulpartnerschaften wollen wir wieder mit Leben füllen und Schüleraustausche fördern. Wir setzen einen Schwerpunkt auf die Stärkung des europäischen Gedankens. Schulen sollten ebenso mit lokalen Partner*innen zusammenarbeiten, um Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) vor Ort voranzubringen. Das können interkulturelle Vereine, Seniorenheime, Jugend- und Familienzentren, Nichtregierungsorganisationen etc. sein.

MIGRATION UND SPRACHE

Für den Integrations- und Bildungserfolg wie auch für die gesellschaftliche Teilhabe ist die Beherrschung der deutschen Sprache elementar. Deshalb werden wir Sprachförderangebote stärken und Lehrkräfte zusätzlich für Deutsch als Zweit- und Fremdsprache ausbilden. Gleichzeitig werden wir herkunftssprachliches Unterrichten in Verantwortung des Landes ausbauen und Griechisch und Türkisch als versetzungsrelevante Fremdsprachen an unseren weiterführenden Schulen anbieten.

Wir werden den Klassenteiler für Intensivklassen wieder auf zwölf Schüler*innen senken, um gerade zu Beginn der Bildungsbiographie in Hessen beste Chancen und schnelles Lernen zu garantieren und um es Lehrkräften zu ermöglichen, Schüler*innen optimal zu unterstützen.

GESUNDHEIT UND SICHERHEIT VON KINDERN UND JUGENDLICHEN

Immer noch sind viele Kinder und Jugendliche in Deutschland arm. Wir ändern das über vielfältige Programme der Bundes- und Landespolitik. Das geht nicht von heute auf morgen. Da Schulen ein grundlegender Teil der Chancengleichheit und Gerechtigkeit unserer Gesellschaft sind, werden wir die Prävention von Kindern und Jugendlichen vor Armut deutlich verstärken. Wir schaffen eine echte Lernmittelfreiheit ohne zusätzliche Kosten und komplett werbefrei.

Wir wollen die Schulämter in ihrer Fachberatung gegen Missbrauch unterstützen, die Soforthilfen für Opfer sexueller Straftaten ausweiten und dafür v.a. die Kooperation der Einrichtungen mit den Behörden verbessern. Schulen brauchen Schutzkonzepte gegen sexuellen Missbrauch. Die Schulpsychologie werden wir ausbauen und präventive Ansätze fördern.

Wir fördern gesunde Ernährung und werden sicherstellen, dass Hessen endlich am EU-Schulobstprogramm teilnimmt. Wir streben ein kostenloses und qualitativ hochwertiges Mittagessen an unseren Schulen an. Wir werden Projekte zur Abfallvermeidung von Lebensmitteln fördern und eine bessere Vernetzung von Ernährungsräten und lokalen Projekten unterstützen. Wir werden den Einsatz von Schulgesundheitsfachkräften an den Schulen flächendeckend ausweiten und Gesundheitsaufklärung an allen Schulen konzeptionell absichern.

Da Gesundheitsförderung und Krankheitsprävention bei den Jüngsten beginnen, muss Schule auch gesunde Ernährung beibringen, Bewegung fördern und den Umgang mit Erkrankungen schulen. Wir wollen die Suizidprävention in Schulen stärken. Schüler*innen sollen in der Schule auch lernen mit Emotionen und Konflikten umzugehen.

3.

GESUNDHEIT, KRANKENHÄUSER UND PFLEGE

3. GESUNDHEIT, KRANKENHÄUSER UND PFLEGE

Wir wollen ein modernes Gesundheitssystem, das krisenfest und flächendeckend eine Gesundheitsversorgung für alle gewährleistet – gerecht, nachhaltig und barrierefrei. Gesundheit und medizinische Versorgung, Prävention, Pflege und Rehabilitation sind Teil der Daseinsvorsorge. Sie gehören zu den wichtigsten Staatsaufgaben, insbesondere der Länder und der Kommunen. Gesundheit ist kein Wirtschaftsgut und darf nicht nach Kassenlage gemacht werden. Das Gesundheitssystem darf nicht allein den Regeln der Marktwirtschaft überlassen werden. Wir setzen eine bedarfsgerechte, chancengleiche Prävention und Versorgung, unabhängig von Einkommen, Wohnort, Versicherungsstatus oder Alter, um.

GESUNDHEIT IST KEINE WARE, SONDERN EIN MENSCHENRECHT

Was in der Vergangenheit privatisiert und kommerzialisiert wurde, das muss nach strengen Standards überwacht werden. Seit dem Verkauf der Universitätskliniken Marburg und Gießen im Jahr 2006 an einen privaten Träger wurden sämtliche Befürchtungen Realität. Zusagen wurden gebrochen, Tricks und Täuschung der Öffentlichkeit häufen sich. Leidtragende sind vor allem Patient*innen sowie die Mitarbeitenden der Kliniken. Aber auch die Belastung des Landeshaushaltes ist inzwischen deutlich höher, als durch den seinerzeit geringen Verkaufspreis erlöst wurde. Und nicht zuletzt die wichtige Funktion als Ort der Forschung und Lehre hat erhebliche Einbußen erlitten. Wir werden uns mit allen landesgesetzlichen Mitteln und rechtlichen Interventionsmöglichkeiten für die Entprivatisierung des Uniklinikums Gießen-Marburg einsetzen. Für eine am Menschen und nicht an Profiten orientierte Gesundheitsversorgung gehören Krankenhäuser in gemeinnützige oder öffentlich-rechtliche Trägerschaft. Mit Gesundheit darf kein privatwirtschaftlicher Profit zu Lasten der Patient*innenversorgung und Beschäftigten gemacht werden.

RUNDUM GUT VERSORGT MIT BEDARFSGERECHTEN STRUKTUREN

Gute medizinische Versorgung ist für das ganze Land unverzichtbar. Dazu müssen Land und Kommunen deutlich mehr rechtliche und praktische Möglichkeiten für Planung und Steuerung bekommen. Dazu gehört eine entsprechende finanzielle Ausstattung zur Umsetzung.

Die Kassenärztliche Vereinigung hat die Aufgabe, die ambulante Versorgung mit Haus- und Fachärzt*innen, insbesondere mit Kinderärzt*innen und Psychotherapeut*innen sicherzustellen. Das fordern wir konsequent ein und erwarten, dass sie attraktive Bedingungen für die Niederlassung von Hausärzt*innen, Psychotherapeut*innen etc. in den ländlichen Regionen schafft. Zudem braucht es eine kleinräumige Bedarfsplanung. Und es müssen mehr Studienplätze für Medizin und Ausbildungsplätze in allen medizinischen Berufen geschaffen werden. Wir werden in diesem Zusammenhang für mehr Praxis im Studium, bessere Rahmen- und Arbeitsbedingungen, die Entlastung der Bürokratie/Entbürokratisierung sowie für Teilzeitmöglichkeiten zur Aus- und Weiterbildung sorgen, um Lebensrealitäten besser zu entsprechen.

Alle Menschen müssen barrierefreien Zugang zur medizinischen Versorgung, zu Pflege und zu Unterstützungsleistungen haben. Wir setzen uns für den anonymen Krankenschein und flächendeckende Clearingstellen in Hessen ein und wollen die Versorgungslücke für Nicht-Versicherte sowie für Geflüchtete schließen.

PSYCHIATRISCHE UND PSYCHOTHERAPEUTISCHE VERSORGUNG

Seelische und psychische Erkrankungen belasten Betroffene und Angehörige schwer und erzeugen großes Leid. Wir werden die therapeutische Unterversorgung bekämpfen und Beratungsstellen, Suchthilfe, den sozialpsychiatrischen Dienst, die psychosomatische Grundversorgung sowie die ambulante Psychiatrie und Psychotherapie besser vernetzen und uns für eine flächendeckende, zeitnahe Versorgung überall in Hessen einsetzen.

Daneben ist für schwere psychische Krisen ein gutes stationäres und teilstationäres Angebot erforderlich, welches innovative Konzepte, wie „Behandlung Zuhause" und tagesklinische (Intensiv-) Angebote beinhaltet.

MEDIZINISCHE VERSORGUNG VERBESSERN

Wir werden eine auskömmliche Finanzierung der Investitionskosten der Krankenhäuser sicherstellen. Die Finanzierung muss sich am Bedarf orientieren.s Darüber hinaus braucht es eine gute Krankenhausplanung, die es derzeit in Hessen nicht gibt. Nur so kann eine angemessene wohnortnahe Grundversorgung und zentrale Hochleistungsmedizin sichergestellt werden. Wir werden gute Qualität mit kurzen Wegen sicherstellen und den ambulanten mit dem stationären Sektor eng verzahnen. Dazu braucht es bessere Planung, Kooperation und intelligente Konzepte. Kommunale Medizinische Versorgungszentren, Gesundheitskioske sowie -lotsen, Gemeindepflegekräfte vor Ort und Pflegestützpunkte sichern die gute und sichere medizinische Versorgung der Menschen vor Ort. Telemedizin ergänzt ortsunabhängig die Versorgung, deshalb wollen wir in allen Landkreisen Telenotärzte und zusätzlich Gemeinde-Notfallsanitäter schaffen. Gesundheitskonferenzen, in denen alle Akteure gemeinsam aktiv sind, Gesundheitsreporte und Versorgungsatlanten wollen wir verbindlich einführen, um regionale Versorgungsstrukturen an den Bedarfen orientiert auszubauen.

NOTFALLVERSORGUNG

Im Notfall muss es schnell gehen – das geht nur mit klarer Struktur. Es braucht eine Stärkung statt Kürzung des Ärztlichen Bereitschaftsdienstes (ÄBD). Modellprojekte wie der gemeinsame Tresen für ÄBD und das Krankenhaus Frankfurt/Höchst werden wir landesweit etablieren. Landeseinheitliche Regelungen der Befugnisse im Rettungsdienst werden wir prüfen.

BESCHÄFTIGTE SIND DAS A UND O

Die Beschäftigten im Gesundheitswesen sichern ein gelingendes Gesundheitswesen. Fachkräftemangel gefährdet Menschenleben. Schon jetzt fehlen in Deutschland zu viele Pflegekräfte (in Kliniken, stationären und ambulanten Pflegeeinrichtungen). Dieser Notstand bei der Versorgung hilfsbedürftiger Menschen wird sich in unserer alternden Gesellschaft bei gleichzeitig abnehmender Attraktivität von Pflegeberufen in den nächsten zehn Jahren dramatisch zuspitzen. Deswegen schaffen wir gute Arbeitsbedingungen und ausreichende Ausbildungs- und Studienplätze mit angemessener Bezahlung. Wir stärken die Pflegehelfer*innenausbildung in Hessen, damit Pflegefachkräfte ausgebildet werden und sie durch Helferberufe qualifizierte Unterstützung erhalten, die eine spürbare Entlastung bedeuten. Wir werden zudem die Ausbildungsplätze in den nächsten Jahren erhöhen und finanzieren die

Helferkurse auskömmlich. Ferner wollen wir dem eklatanten Mangel an Lehrkräften für Pflege- und Gesundheitsberufe entgegenwirken und werden daher an hessischen Hochschulen die pädagogische Ausbildung von Lehrkräften im Gesundheitswesen fördern, Stipendien sowie Förderprogramme für Studierende der pflegepädagogischen Studiengänge auflegen. Um echte Nachqualifizierungsmöglichkeiten für Personen, die in den Lehrberuf wechseln wollen, zu schaffen, werden wir akademische Nachqualifizierungsstudiengänge sowie praxisnahe Übergangslösungen für die Pflegeschulen ermöglichen, bis ausreichend Lehrkräfte vorhanden sind. Die Anerkennung von Pflegekräften werden wir beschleunigen. Durch Personalmindeststandards, die sich am Bedarf des Patienten orientieren, sichern wir gute Arbeitsbedingungen in der Pflege und in allen medizinischen Berufen, verbessern die Versorgung, sowie die Patientensicherheit und bauen Personalmangel ab. Mit zusätzlicher Entbürokratisierung sorgen wir für Entlastung und dafür, dass alle im Gesundheitswesen Tätigen wieder mehr Zeit für Patienten haben. Klar ist: was für gute Versorgung nötig ist, das muss auch vollständig, refinanziert werden. Tarifsteigerungen sind bei den Personalkosten für alle Dienstarten sowie Entlastungstarife komplett zu finanzieren. Wir setzen uns ferner dafür ein, die Leiharbeit in der Pflege zu minimieren.

PFLEGE WERTSCHÄTZEN – PFLEGE ZU HAUSE UNTERSTÜTZEN

Pflege ist eine wichtige und wertvolle Aufgabe. Bessere Bedingungen der häuslichen Pflegeleistung, die ganz überwiegend durch Frauen erbracht wird, sind ein wichtiger Schritt, reichen jedoch nicht aus. Wir werden gemeinsam mit Praktikern, Forschung und den Kommunen mit einen Landespflegeplan gegensteuern.

Vor allem müssen sich die Arbeitsbedingungen dringend verbessern. Das Personal braucht wieder mehr Zeit, um sich der Bedürfnisse der zu Pflegenden annehmen zu können. Dabei können auch die Stärkung interprofessioneller Zusammenarbeit, die Digitalisierung in Form von Entbürokratisierung und technischer Assistenz einen wichtigen Beitrag leisten.

Enger und besser als heute müssen alle beteiligten Akteure bei dieser Herausforderung zusammenarbeiten, ihre Ressourcen und Erfahrungen bündeln und die Belange sowohl von Arbeitnehmer*innen als auch von Patienten und Pflegebedürftigen stärker einbeziehen. So wird der Bedarf für stationäre und ambulante Kranken- und Altenpflege, insbesondere in der Kurzzeitpflege und der Verhinderungspflege sowie bei Entlastungs- und Betreuungsleisten, in einer wohnortnahen Versorgung erkannt und erfüllt.

Zudem soll eine Strategie zur Pflegevermeidung gestützt und flächendeckend ausgrollt werden: die mobilisierende und rehabilitative Pflege soll befördert werden, damit es Menschen ermöglicht wird, sich zu mobilisieren, zu stabilisieren, den Pflegegrad zu verringern und weitere Pflegebedürftigkeit zu vermeiden. So rücken wir das Individuum mit seinem Hilfebedarf in den Fokus, damit die Lebensqualität bestmöglich erhalten wird und Menschen länger fit in ihrer Häuslichkeit bleiben können. Pflegebedürftige und ihre Angehörigen brauchen keine leeren Versprechungen, sondern endlich bessere Unterstützung und genügend Plätze in der ambulanten Pflege, Tages-, Kurzzeit- und Verhinderungspflege sowie mehr Betreuungs- und Entlastungsleistungen. Neben bedarfsgerechten, wohnortnahen Angeboten wollen wir die Pflegestützpunkte flächendeckend ausbauen, ihre Tätigkeitsfelder erweitern und ein Case-Management als Kostenfunktion durch den „Gesundheits- und Pflegedschungel“ etablieren.

FRAUENGESUNDHEIT

Die Gesundheit von Frauen wurde durch die Corona Pandemie besonders belastet. Deshalb werden wir umgehend bessere Beratung fördern und Eltern-Kind-Kliniken stärken. Geburtshilfestationen müssen für werdende Eltern gut erreichbar sein. Wir brauchen eine 1:1-Betreuung unter der Geburt, eine Sicherstellung einer wohnortnahen, niedrigschwelligen geburtshilflichen Versorgung, den Erhalt der Hebammenhilfe und eine Anpassung der Honorare und Gehälter auf ein Niveau entsprechend der hohen Verantwortung. Wir werden eine Studie in Auftrag geben, um die Daten- und Forschungslage rund um das Thema „Gewalt unter der Geburt in Hessen" zu verbessern. Neben einem Hebammenregister brauchen wir ein umfassendes Konzept zur Beseitigung der Unterversorgung auf dem Land, eine geeignete Versorgungsplanung und mehr Ausbildungsplätze für Hebammen und Entbindungspfleger*innen. Zu einer flächendeckenden, wohnortnahen Versorgung gehören für uns auch Möglichkeiten zum Schwangerschaftsabbruch und zur Schwangerschaftskonfliktberatung. Es ist unser Ziel, dass Frauen in Hessen innerhalb von maximal einer Stunde mit dem öffentlichen Nahverkehr eine Praxis oder Klinik erreichen können, die Schwangerschaftsabbrüche vornimmt. Dasselbe gilt für staatlich anerkannte Schwangerenkonfliktberatungsstellen, diese müssen zudem finanziell bedarfsgerecht ausgestattet werden.

Alle Medizinstudierenden müssen Methoden des Schwangerschaftsabbruchs erlernen, genauso wie Selbsthilfegruppen und psychosoziale Beratung zum Thema frühe Fehlgeburten und Stille Geburten. Die Möglichkeiten einer „vertraulichen" Geburt werden wir besser bekannt machen. Wir setzen uns dafür ein, dass es überall in Hessen Anlaufstellen für eine medizinische Soforthilfe nach Vergewaltigung gibt. Auch diese müssen schnell von den Frauen erreicht werden können.

Wir übernehmen für Menschen mit geringem Einkommen die Kosten von Verhütungsmitteln und Hygieneartikeln und organisieren die Ausgabe niedrigschwellig.

KINDERGESUNDHEIT

Neben einer wohnortnahen, niedrigschwelligen geburtshilflichen Versorgung muss die Hebammenhilfe erhalten und ausgebaut werden, damit Kinder von Geburt an aktiv, präventiv und intervenierend geschützt werden und gut ins Leben starten können. Viele Eltern finden keinen Kinderarzt. Sie werden abgewiesen, weil die Praxen überlaufen sind. Dabei sind Eltern gesetzlich verpflichtet, ihre Kinder zu den U-Untersuchungen zu bringen. Besorgniserregend ist, dass sich dieser Zustand weiter verschärfen wird, denn bis 2025 fallen etwa ein Viertel der Praxen weg, weil in etwa 150 Ärzt*innen in den Ruhestand gehen und sie keine Nachfolge finden. Ein hessischer Aktionsplan „Kindermedizin" wird eine erstklassige Versorgung für Kinder mit Hebammen, Kinderärzt*innen und Kinderkliniken sicherstellen und den Verfassungsauftrag der Kinderrechtskonvention für das Kindeswohl und das Recht auf körperliche und psychische Unversehrtheit umsetzen.

GESUNDHEITSCHANCEN: PRÄVENTION & GESUNDHEITSKOMPETENZ

Armut macht krank. Arme Menschen leben kürzer als wohlhabende Menschen. Armut, Arbeitslosigkeit, prekäre Lebensverhältnisse und Bildungsbenachteiligung sind die größten Gesundheitsrisiken. Diese Ungerechtigkeit braucht eine enge Kooperation von Medizin, Pflege, Prävention und sozialer Arbeit.

Wir machen Gesundheit zu einem Querschnittsthema in allen Politikbereichen (Health In All Policies). Wir werden die Selbstbestimmung und Gesundheitskompetenz aller Menschen stärken. Das gilt in Kita und Schule, am Arbeitsplatz durch den Arbeitsschutz genauso wie für die Selbsthilfe.

MEDIKAMENTENVERSORGUNG SICHERSTELLEN

Unsere Versorgungssicherheit mit Medikamenten ist dramatisch gefährdet – auch das hat die Corona-Pandemie deutlich gemacht. Für eine sichere Versorgung mit Arzneimitteln sind mehr Transparenz über die gesamte Länge der Lieferkette, die Produktion wichtiger Medikamente durch mehrere Anbieter, mehr Qualitätssicherung und bessere Zusammenarbeit auf EU-Ebene nötig. Wir wollen aber auch die Standortfaktoren so verbessern, damit Produktionen ins Land oder zumindest in die EU zurückgeholt werden können.

KLIMA UND GESUNDHEIT

Der Klimawandel gefährdet die Gesundheit und das Wohlbefinden der Menschen. Hochwasser und Wirbelstürme verletzen Menschen, Insekten übertragen Krankheiten, Hitzewellen belasten alle und gefährden Senior*innen, kleine Kinder und Menschen mit Beeinträchtigung. Wir werden mit einem Hitzeaktionsplan die Gesundheit schützen und Menschen durch Informationen stärken, sich selbst, insbesondere bei extremer Hitze, zu schützen.

ÖFFENTLICHER GESUNDHEITSDIENST

Die Gesundheitsämter sind die wichtigsten Einrichtungen, um die Gesundheit aller zu schützen – das hat die Pandemie mehr als deutlich gezeigt. Sie sorgen für Prävention, Umweltmedizin, Kinder- und Jugendgesundheit, Infektionsschutz sowie flächendeckende sozial-psychiatrische Hilfe. Wir werden sie finanziell und logistisch besser ausstatten. Dazu gehören auch attraktive Arbeitsbedingungen mit konkurrenzfähiger Bezahlung und endlich eine moderne digitale Ausstattung. Wir richten ein Förderprogramm „Gesundheit im Quartier“ ein.

DIGITALISIERUNG

Wir brauchen endlich flächendeckend die elektronische Patientenakte (ePA) sowie datenschutzsichere Möglichkeiten für Ärzt*innen und Therapeut*innen, Dokumente und Befunde zu verschicken und zu verwalten. Das schafft mehr Zeit und mehr Ressourcen für Patient*innen. Besonders sozial benachteiligten Menschen muss der Zugang zu digitalen Angeboten durch verständliche Gesundheitsinformationen und barrierefreie Systeme ermöglicht werden.

BÜRGERVERSICHERUNG

Wir werden uns auf allen Ebenen für die Einführung der solidarischen Bürgerversicherung einsetzen und die Zwei-Klassen-Medizin überwinden. Konkret werden wir in Hessen die Wahlfreiheit zwischen gesetzlicher und privater Krankenversicherung für Beamt*innen einführen.

4.

BAUEN UND WOHNEN, STADT UND LAND, MOBILITÄT

4. BAUEN UND WOHNEN, STADT UND LAND, MOBILITÄT

Jeder Mensch hat ein Recht auf ein Zuhause. Wir lösen die Wohnungsfrage nicht allein durch Zubau in den städtischen Zentren, sondern auch durch ein gutes Mobilitätsnetz, durch Steuerung von Behörden- und Unternehmensansiedlung und durch eine Garantie guter Daseinsvorsorge in ganz Hessen.

WOHNEN – MEHR PASSENDEN WOHNRAUM FÜR JEDEN BEDARF

Wir schaffen den passenden Wohnraum für unterschiedliche Bedarfe: Wohnungen für Studierende und Auszubildende, Wohnungen für Familien und Alleinstehende, für Menschen die hart arbeiten, aber nicht viel verdienen, sowie barriere- und altersgerechte Wohnungen. Dafür brauchen wir sowohl sozial geförderte (Miet-)Wohnungen als auch preisgedämpfte Wohnungen mit guter Anbindung. Wir unterstützen den Traum von den eigenen vier Wänden – auch als Teil der Altersvorsorge. Wohnraum schafft neben dem Neubau auch der Umbau von leeren Büros und die Renovierung von Gebäuden. In ländlichen Räumen wollen wir fehlende kleinere Wohnungen fördern, die auf die Bedürfnisse von jungen und alleinstehenden älteren Menschen zugeschnitten sind.

Für ein gutes Zuhause werden wir nicht nur Beton und Ziegelsteine verbauen, sondern gute Quartiere, intakte Nachbarschaften und Naherholung schaffen. Unser Ziel sind Mischgebiete, in denen es unterschiedliche Wohnformen, beste Einkaufsmöglichkeiten und sichere Betreuungsangebote für die Kinder gleichermaßen wie Büroflächen, Ärzte und Apotheken gibt. Hier zu wohnen, dürfen sich nicht nur Topverdienende leisten können, sondern Menschen in allen sozialen Lagen. Vielfalt muss bereits bei der Stadtplanung beginnen. Wer nur Luxuswohnungen plant, wird dieses Ziel nicht erreichen. Nach Jahren der Vernachlässigung durch CDU und Grüne werden wir den sozialen Wohnungsbau durch die öffentliche Hand ankurbeln. Wir werden die kommunalen Betätigungsmöglichkeiten auf diesen Feldern erweitern und hierfür die hessische Gemeindeordnung reformieren. Die Kommunen sollen mehr Spielräume bekommen. Hierfür werden wir auch die Bundesregierung dabei unterstützen, ein wirksames Vorkaufsrecht für Kommunen zur Vorbeugung gegen Verdrängung in angespannten Wohnlagen zu schaffen.

Der Wohnungsbau muss seinen Beitrag zum Erhalt natürlicher Lebensgrundlagen leisten. Deswegen denken wir bei der Gestaltung von Quartieren Langlebigkeit, Energieversorgung, Verkehrsanbindung und Begrünung mit. In Zeiten steigender Energiepreise muss Wohnraum bezahlbar bleiben. Energie ist am günstigsten, wenn sie gar nicht erst verbraucht wird. Deshalb wollen wir die energetische Gebäudesanierung staatlich stärker fördern. Die Förderprogramme sollen im gesamten Gebäudebestand möglichst viel Energie einsparen. Wir behalten bei den Energiestandards im Blick, dass Sanierungen bezahlbar bleiben müssen. So schützen wir gleichzeitig das Klima und gehen nachhaltig mit unseren Ressourcen um. Viele größere Objekte auf dem Land stehen leer, teilweise durch Sanierungsstau. Durch die Förderung von Modernisierung, Sanierung und Umbau sollen diese für den tatsächlichen Bedarf nutzbar gemacht werden. Wir wollen auf diese Weise die Dörfer und Städte aus ihrem Kern heraus erneuern. Wohnungsbau und Klimaschutz dürfen kein Widerspruch sein. Hessen ist ein waldreiches

Bundesland. Deswegen wollen wir den Einsatz von nachwachsenden Rohstoffen wie Holz in der Bauwirtschaft verstärken und mehr Pilotprojekte vorantreiben. Die Förderung und der Erhalt regionaler Strukturen, Produkte und Dienstleistungen, transparenter, möglichst regionaler Lieferketten und kurzer Transportwege leisten auch einen Beitrag zu Umwelt- und Klimaschutz.

Die Lebensqualität vor Ort hängt maßgeblich mit dem Angebot von sozialer Infrastruktur und einem vielfältigen Gewerbemix zusammen. Rasant steigende Mieten für Gewerbeimmobilien führen aktuell jedoch zu einer Verödung der Innenstädte. Kneipen und andere kleine Gastronomiebetriebe müssen ihr Geschäft aufgeben. Den tatsächlichen Bedarf werden wir mit einem Leerstandskataster für Gewerbeimmobilien erheben. Wir werden Kommunen dabei unterstützen, leerstehende Gewerbeimmobilien abzukaufen und zu bezahlbaren Bedingungen neu zu vermieten. Auf Bundesebene setzen wir uns ein für eine milieuschützende Regelungen für Gewerbeimmobilien. Damit es eine gesetzliche Grundlage gibt, um gegen Wuchermieten vorzugehen.

Wir senken die Kosten für den Wohnungsbau durch eine Reform des Baurechts (z. B. Entschlackung, Ermöglichung von Modulbauweise) und der Grunderwerbsteuer. Wir verbessern die Baulandbereitstellung durch Beschleunigung des Planungs- und Genehmigungsrechts. Wir reformieren die Förderprogramme des Landes, damit sie den Wohnungsbau trotz der schwierigen Rahmenbedingungen (Kostenexplosionen, Zinsen) wieder ankurbeln. Wir aktivieren alle Akteure zum Wohnungsbau, einschließlich größerer Arbeitgeber (Betriebswohnungen). Die Hess*innen wünschen sich mehr Wohnraum. Wir wollen die Kommunen bei der Planung und beim Bau neuer Wohnungen unterstützen. Wir setzen uns dafür ein, die rechtlichen Voraussetzungen für die Ausweisung neuer Wohngebiete zu verbessern. Da der Bausektor ein besonders ressourcenintensiver Bereich ist, setzen wir uns für Recycling der Baustoffe und nachhaltiges Bauen im Sinne der Erhaltung der „Grauen Energie“ ein. Wir wollen verhindern, dass sich der Fachkräftemangel aufgrund der schlechten Wohnraumsituation vergrößert. Auch wer weniger als 2.500 Euro netto verdient, soll im Ballungsraum wohnen können und nicht aufgrund zu hoher Mieten abwandern müssen. Arbeitgeber werden wir deshalb ermutigen, Mietzuschüsse an ihre Beschäftigten zu zahlen.

Gegen übermäßiges Profitstreben in der Immobilienwirtschaft gehen wir entschlossen vor. Zweckentfremdung, insbesondere spekulativen Leerstand von Wohnraum, werden wir gesetzlich verbieten. Spekulation auf Wohnraum werden wir wirtschaftlich unattraktiv machen. In angespannten Wohnungsmärkten werden wir die Kündigungssperrfrist bei der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen ausweiten. Wir wollen möglichst viel Boden in öffentlicher Hand halten (Vorrang Erbbaurecht, Aufbau Bodenfonds) und jedes Jahr Wohneinheiten zurück in öffentliches Eigentum überführen. Wohnungsbau, der nicht auf Rendite aus ist, – etwa durch Genossenschaften oder gemeinnützige Wohnungswirtschaftsunternehmen sowie gemeinschaftliche Wohnprojekte – werden wir unterstützen (z. B. durch bessere Förderprogramme und Finanzierungskonditionen), damit auch bezahlbare Wohnungen für jene entstehen, die keinen Wohnberechtigungsschein haben. Wir werden die Pläne der Bundesregierung für die Einführung einer neuen Wohngemeinnützigkeit unterstützen, damit Investitionen in bezahlbares Wohnen sich wieder lohnen. Hier setzen wir uns dafür ein, dass der Status der Gemeinnützigkeit auch Genossenschaften und anderen gemeinwohlorientierten gemeinschaftlichen Wohnprojekten zusteht, die langfristig preisstabilen Wohnraum zu Kostenmieten schaffen, um die nicht renditeorientierte Wohnraumversorgung weiter auszubauen.

In den letzten Jahren sind die Mieten schneller gestiegen als die Gehälter. Den Schutz von Mieter*innen werden wir deshalb effektiv verbessern. Sie sollen leichter in den Genuss der besonders mieterschützenden Regelungen kommen (Mietpreisbremse, Kappung von Mieterhöhungen, Deckelungen von Modernisierungsumlagen), welche die SPD-geführte Bundesregierung aktuell weiter verbessert. Wir werden daher weitere Kommunen als angespannte Wohnungsmärkte einstufen. Damit Mieter*innen ihre Rechte einfach durchsetzen können, wollen wir gemeinsam mit den Kommunen Mietspiegel in Hessen schrittweise ausweiten.

MOBILITÄT – VORAUSSETZUNG FÜR AKTIVE TEILHABE

Mobilität ist nicht nur eine Frage des Ortswechsels, des Bundeslandes oder der Art der Fortbewegung. Sie ist Voraussetzung für aktive Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Wir geben allen Hess*innen eine Mobilitätsgarantie. Die Verkehrsverbünde sollen bei einem Mobilitätswunsch innerhalb der nächsten 60 Minuten ein öffentliches Angebot in das nächste Mittelzentrum anbieten. Alle Mittelzentren sollen untereinander in einem Hessen-Takt mit einem 30-Minuten-Takt erreichbar sein. Im ÖPNV-Gesetz sollen durch Qualitätskriterien klare Vorgaben für den Ausbau und den Betrieb des öffentlichen Verkehrs formuliert werden. Der Umweltverbund aus Wegen zu Fuß, per Rad und mit Bus & Bahn soll bis 2030 um 50 % in Hessen gesteigert werden. Dazu werden wir die Chancen des Deutschlandtickets nutzen. Wir geben jedem Menschen in Hessen eine Mobilitätsgarantie. Auf Landesseite gehört dazu, dass wir, anders als CDU und Grüne, die ÖPNV-Finanzierung auskömmlich gestalten werden. In ländlichen Räumen sollte der Ausbau des ÖPNV in Randzeiten zusätzlich durch flexible Mobilitätskonzepte, den sogenannten „On-Demand-Verkehren“, verbessert werden.

Hessen als Bundesland in der Mitte Europas lebt wie kaum ein anderes von der Mobilität. Wir wollen den Weg für eine klimaverträgliche Mobilität der Zukunft gemeinsam mit Verbänden, Gewerkschaften und Umweltschutzorganisationen gestalten und hierfür notwendige Infrastrukturvoraussetzungen schaffen. Arbeitsbedingungen in der Verkehrsbranche nehmen wir besonders in den Fokus. Dazu gehören für uns in einer konzertierten Aktion verbesserte und auch zusätzliche Flächen für Rast- und Ruhezeiten der Fahrer*innen. Hierbei sind auch die Unternehmen in der Verantwortung. Die Verlagerung von Gütern auf Schiene und Wasser ist für uns Richtschnur. Digitale Baustellenplanungen, effiziente Genehmigungsverfahren für Großraum- und Schwertransporte sowie landesplanerische Absicherung von Umschlagepunkten für den kombinierten Verkehr sind für uns wichtige Aufgaben in Hessen.

Wir schaffen eine moderne Infrastruktur für ein bedarfsgerechtes Mobilitätsangebot. Dafür erhöhen wir die Förderung durch das Mobilitätsfördergesetz und führen eine echte Fahrzeugförderung ein. Die Reaktivierung von Bahnstrecken soll zusammen mit einem Sonderetat für Schiene-Rad-Verknüpfung forciert werden. Mit jeder Reaktivierung wird das Land vertraglich zusichern, auf der Strecke für die nächstens 25 Jahre Schienenverkehr zu finanzieren. Im ländlichen Raum wird das Auto weiterhin das Fortbewegungsmittel sein. Den Landesstraßenbau wollen wir nachhaltig dahingehend aufstellen, dass wir die Investitionen in Sanierung und Erneuerung auf die Höhe der Abschreibungen steigern werden. Den notwendigen Wandel bei den Antriebstechnologien hin zur u. a. Elektromobilität wird das Land durch Förderung der Infrastruktur stärken, insbesondere gilt dies auch an den Umsteigepunkten zum ÖPNV. Wir wollen im ländlichen Raum Bus und Bahn sowie Nahmobilität mit dem Rad und dem Pedelec fördern. Das Radwege-Netz soll konsequent ausgebaut werden. Es wird ein 5-Jahres-Landes-

programm aufgelegt, das jede Landesstraße mit einem parallelen separaten Radweg ergänzt. In jedem Landkreis soll ein Pilot-Radschnellweg (Rad-Autobahn) gebaut werden, um deren Machbarkeit in die Fläche zu bringen.

Wir werden angefangene Straßenbauprojekte, wie beispielsweise den Ausbau der A44 und A49, abschließen und keine weiteren Verzögerungen dulden. Wir wollen hierbei den Anwohner*innen- und Lärmschutz deutlich verbessern. Konkrete Verkehrswende bedeutet für uns, keine neuen Autobahnprojekte anzustoßen. Durch eine Stärkung der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur und attraktiven Beförderungsangeboten wollen wir den Umstieg vom Auto fördern – für gute Mobilität ohne Staus, mehr Lebensqualität und aktiven Klimaschutz. Um öffentliche Mobilität für Alle zu ermöglichen, werden wir landesseitig die regionalen Verkehrsverbünde mit einem extra Hessen-Tarif-Budget ausstatten sowie ein echtes Sozialticket auf den Weg bringen. Die Digitalisierung des Verkehrssektors sehen wir als Chance. Für die Verknüpfung aller relevanten Verkehrsträger wollen wir eine landesweite App. Als Landesregierung werden wir die Konzepte eines verpflichtenden Jobtickets und einer Arbeitsplatzabgabe im Bundesrat einbringen, um die dafür notwendige gesetzliche Grundlage auf Bundesebene zu schaffen Damit machen wir Hessen zum Vorreiterland bei der Verkehrswende.

GLEICHWERTIGE LEBENSVERHÄLTNISSE IN STADT UND LAND

Wir verpflichten uns zu gleichwertigen Lebensverhältnissen in Stadt und Land. Dem Auseinanderdriften von städtischen Räumen und ländlichen Gebieten muss entgegengewirkt werden. Wir wollen politische Stabilität gewährleisten, indem wir allen Menschen, unabhängig davon, ob sie in der Stadt oder auf dem Land wohnen, eine Perspektive geben, und sie am gesellschaftlichen Leben teilhaben lassen. Den Kommunalen Finanzausgleich (KFA) werden wir reformieren. Die Kommunen als Keimzelle unserer Demokratie brauchen mehr finanzielle Handlungsspielräume. Zukunftsweisende Kooperationen zwischen Kommunen werden wir besonders fördern. Landesmittel wird die SPD zu fairen Teilen auf Stadt und Land verteilen. Beim KFA werden wir dazu einen Faktor initiieren, der insbesondere strukturschwache und ländliche Räume berücksichtigt.

Wir sorgen für den Aufbruch in den ländlichen Räumen. Wir werden die Kommunen auf ihrem Weg zu einer aufeinander abgestimmten Planung in den Bereichen der Siedlungs-, Verkehrs- und Gewerbeentwicklung unterstützen. Die Landesentwicklungsplanung wird mit der Handschrift der SPD dezentrale Entwicklungspotenziale insbesondere in den nord- und mittelhessischen Landkreisen betonen und gemeinsam mit den Partnern in den Regionen attraktive Rahmenbedingungen für Unternehmensansiedlungen schaffen. Wir unterstützen alle Kommunen strategisch und finanziell, um die öffentliche Daseinsvorsorge langfristig zu sichern.

Wir werden als Teil einer Dezentralisierungsstrategie gemeinsam mit den Mitarbeiter*innenvertretungen alle öffentlichen Institutionen des Landes daraufhin überprüfen, welche ganz oder teilweise in derzeit unterrepräsentierte Gebiete verlagert werden können. Die Ansiedlung neu zu schaffender Einrichtungen des Landes werden schwerpunktmäßig abseits der derzeitigen Gravitationszentren Wiesbaden, Frankfurt und Darmstadt angesiedelt. Wir werden ein Ministerium in Nordhessen ansiedeln.

Eine lebendige kommunale Demokratie braucht Orte der Begegnung und des Austauschs. Die Idee von von Georg August Zinn, Bürgerhäuser in jedem Ort als Keimzelle der Dorfgemeinschaft zu etablieren, werden wir zu Dorfgemeinschaftshäusern 2.0 (DGH 2.0) weiterentwickeln. New Work, Home-Office-Strategie, Co-Working-Spaces, dezentrale Bildungsorte, gewerbliche, kulturelle und soziale Treffpunkte, zukunftsfähige Wohnprojekte – wir machen die Dörfer fit für die Zukunft und forcieren damit eine Strategie hin zur „Region der kurzen Wege".

Um gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land zu schaffen, wollen wir die Angebote zur Fördermittelberatung für die Kommunen im ländlichen Raum verbessern. Erreichen werden wir dies durch zusätzliches Personal und die Einrichtung von Beratungsstätten bei den Kreisverwaltungen.

INFRASTRUKTUR (BREITBAND, MOBILFUNK, DATENZENTREN)

Unser Ziel ist es, Hessen flächendecken mit Glasfaser zu versorgen. Dazu werden wir Gemeinden, Städte und Landkreise bei der Planung und Umsetzung des Ausbaus organisatorisch unterstützen. In finanzschwachen Kommunen soll ein geförderter Ausbau nicht an fehlenden Mitteln scheitern. Zur Beschleunigung des marktgeriebenen Ausbaus werden wir in Abstimmung mit den relevanten Akteuren Vereinfachungen bei Planungs- und Genehmigungsverfahren auf den Weg bringen. Sollten diese Maßnahmen keine Wirkung zeigen, werden wir die Gründung einer Glasfaserinfrastrukturgesellschaft prüfen. Auch auf dem Land wird so ermöglicht, im Home-Office oder in Co-Working-Spaces zu arbeiten. Zudem lassen sich digitale Lösungen für die Gesundheitsversorgung und die Pflege umzusetzen.

Wir werden für ein funklochfreies Hessen sorgen! Zum beschleunigten Ausbau noch fehlender Mobilfunkstandorte, werden wir eine Genehmigungsfiktion für 24 Monate einführen. Um zusätzliche Standorte schnellstmöglich zur Verfügung zu stellen, wird eine Task-Force mit kommunal erfahrenen Mitarbeitenden eingerichtet, um Akteure vor Ort gezielt zusammenzubringen und den Bau von Funkmasten zu beschleunigen. Die Kontrolle der Einhaltung von Versorgungsauflagen des Bundes, sowie die Umsetzung bereits unterzeichneter Mobilfunkpakte des Landes werden wir systematisch überprüfen. So soll neben der flächendecken Verfügbarkeit von LTE auch der schnellstmögliche Ausbau von 5G sichergestellt werden.

Der größte Internetknoten der Welt befindet sich in Hessen. Diesen Standortvorteil wollen wir nutzen, um weitere Unternehmen der Digitalbranche anzusiedeln. Eingebettet in diesem Ökosystem sollen KI und Quantencomputing als Zukunftstechnologien wesentliche Innovationstreiber sein. Dabei werden innovative Konzepte, insbesondere im Bereich der Energieeffizienz und Abwärmenutzung bei Rechenzentren und Investitionen in Zukunftstechnologien gefördert.

5.

FAMILIE, SENIOREN, JUGEND UND SOZIALES

5. FAMILIE, SENIOREN, JUGEND UND SOZIALES

Wir sichern den sozialen Zusammenhalt und fördern die gegenseitige Unterstützung aller Generationen. Nur in einer solidarischen, gerechten Gesellschaft ist der soziale Frieden gewährleistet. Leitgedanke unserer Sozialpolitik ist die Inklusion. Inklusion bedeutet für uns, dass jeder Mensch von Anfang an die gleiche Chance auf ein selbstbestimmtes und erfülltes Leben sowie ein Recht auf Teilhabe hat. Nachteile müssen ausgeglichen werden. Dazu benötigen wir einen aktiven und vorbeugenden Sozialstaat, der unterstützt und fördert, ohne zu bevormunden.

SOZIALEN ZUSAMMENHALT STÄRKEN

Nur wenn wir den Flickenteppich von kurzfristigen Projekten durch verlässliche Unterstützung ersetzen, wird es uns gelingen, in einem Flächenland wie Hessen überall für gleichwertige Lebensverhältnisse und eine gute soziale Infrastruktur zu sorgen. Die zahlreichen Projektförderungen im sozialen Bereich durch die CDU-geführten Landesregierungen greifen zu kurz. Sie müssen die Ausnahme bleiben, gesetzliche Lösungen die Regel werden. Wir werden Maßnahmen langfristig anlegen und unsere Kommunen mit den dafür notwendigen finanziellen Mitteln ausstatten. Mit einem konzeptionell von Grund auf erneuerten sowie auskömmlich und nachhaltig finanzierten dynamisierten Sozialbudget werden wir die soziale Infrastruktur krisenfest machen.

Unser Grundsatz für gute Arbeit muss auch im Bereich der sozialen Arbeit gelten. Wir werden öffentliche Zuschüsse so gestalten, dass sie die Tarifentwicklungen bei den Trägern berücksichtigen, Kostensteigerungen auffangen und gute Arbeitsbedingungen sicherstellen.

Wir werden uns dem Thema Einsamkeit stärker annehmen und ein einheitliches Konzept zur Bekämpfung der Folgen von Einsamkeit auflegen, das Aspekte der Wohnungspolitik, des Städtebaus und der Gemeinwesenarbeit genauso berücksichtigt wie Gesundheitsfragen.

ARMUTSBEKÄMPFUNG

Die Armutsquote liegt in Hessen über dem Bundesdurchschnitt. Allein 45 Prozent der Alleinerziehenden sind von Armut betroffen. Armut ist ein gesellschaftlicher Skandal, den wir nicht länger hinnehmen werden. Kein Kind darf in Deutschland in Armut aufwachsen. Jedes Kind soll die besten Chancen für sein späteres Leben bekommen, unabhängig von seiner Herkunft. Wir werden den Armuts- und Reichtumsbericht wieder einführen, um die besondere Ungleichheit in Hessen sichtbar zu machen und notwendige Maßnahmen abzuleiten.

Wir werden Armut altersübergreifend bekämpfen und innerhalb der nächsten fünf Jahre gemeinsam mit Bund und Kommunen zunächst halbieren. Wir müssen dafür frühzeitig und präventiv ansetzen. Mit einem ressortübergreifenden Aktionsplan gegen Armut werden wir vorbeugende Maßnahmen ergreifen. Ziel ist es, Strukturen und Angebote zu gewährleisten, die Armut, Armutsfolgen und Armuts-

wirkungen beseitigen und soziale Teilhabe für alle ermöglichen. In der hessischen Landesregierung werden wir die Einführung einer Kindergrundsicherung unterstützen.

Voraussetzung dafür ist, dass Menschen eine Wohnung haben. Für Menschen in besonderen Lebenslagen setzen wir auf soziale Wohnraumhilfen. Da es davon bisher nur zwei in Hessen gibt, werden wir ein Landesförderprogramm „Wohnraumhilfen" auflegen. Um Wohnungs- und Obdachlosigkeit zu verhindern, brauchen wir zudem kommunale Fachstellen zur Prävention von Wohnungsverlusten.

Soziale Teilhabe bedeutet für uns auch digitale Teilhabe. Da nicht alle Menschen elektronische Wege nutzen können, bedarf es auch weiterhin analoger, barrierefreier sowie mehrsprachiger Zugänge zu Verwaltungsdienstleistungen. Um allen Menschen den Zugang zur Digitalisierung zu ermöglichen, müssen Konzepte für digitale Zentren ohne Hürden entwickelt werden, in denen kostenloser Zugang zu Computern, Druckern und WLAN geboten wird und es Unterstützungsangebote für die Nutzung gibt.

Menschen in Armut sind in besonderem Maße von hohen Energiekosten betroffen. Trotz der vielen bereits ergriffenen Maßnahmen auf Bundesebene zur Senkung der Energiekosten, wird es Menschen geben, die von Energie- und Stromversorgungssperren betroffen sind. Für sie brauchen wir zusätzliche Maßnahmen auf Landesebene wie einen „Notfallfonds Energiesperren". Soziale Träger und Einrichtungen dürfen mit steigenden Kosten nicht alleine gelassen werden. Sie müssen durch Landesmittel so unterstützt werden, dass das soziale Hilfesystem aufrechterhalten werden kann.

FAMILIE UND FRÜHKINDLICHE BILDUNG

Familie ist für uns dort, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen – hierbei wollen wir sie unterstützen. Beim gemeinsamen Bewältigen des Alltags sind Familien in ihren verschiedenen Formen unterschiedlich gefordert. Ob eine alleinerziehende Person oder ein Mensch, der seine Angehörigen pflegt, ob Patchwork-, Pflege- oder Adoptivfamilie – auf vielfältige Fragestellungen brauchen wir passgenaue politische Antworten.

Präventive Strukturen für Familien wie Familienzentren, Beratungsangebote z. B. für Eltern-Kind-Kuren, Familienhebammen, Jugendhilfe oder frühe Hilfen müssen weiter ausgebaut und nachhaltig finanziert werden.

Gute Familienpolitik bedeutet für uns, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Hessen konsequent zu verbessern. Dabei wird die SPD allen Kindern die beste Bildung von Anfang an ermöglich – kostenfrei! Krippen und Kitas sind die allererste Bildungseinrichtung für unsere Kinder. In den Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege wird der Grundstein für den Bildungserfolg und damit für die gesellschaftliche Teilhabe und die individuellen Lebenschancen gelegt. Wichtig ist uns dabei, dass die sprachliche Bildung und Förderung im frühkindlichen Bereich auskömmlich finanziert wird, die Kinderrechte in den Einrichtungen gestärkt werden und auch das digitale Lernen ermöglicht wird. Für eine altersgerechte Medienbildung in den Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe werden wir Konzepte erarbeiten und finanzieren.

Jedes Kind hat ein Recht auf Bildung – von Anfang an. Auch deshalb muss Bildung beitragsfrei werden. Von der Krippe bis zum Meister oder Master. Elternbeiträge für die Kitas schaffen wir komplett ab. Die

SPD macht Schluss mit den halben Sachen von Schwarzgrün. Damit sorgen wir für die größte Nettoentlastung für Familien in Hessen.

Gute Bildung von Anfang an geht nur mit mehr und gut qualifiziertem Personal! Knapp ein Vierteljahrhundert haben CDU-geführte Landesregierungen die Entwicklungen verschlafen. Heute besteht ein massiver Fachkräftemangel in allen sozialen Berufen. Wir wollen Kitas für multiprofessionelle Teams öffnen, die im Personalschlüssel angerechnet werden. Wir setzen uns grundsätzlich für eine Ausbildungsvergütung, auch im Bereich der stationären Jugendhilfe, ein – neben der praxisintegrierten Ausbildung auch in der Vollzeit- und Teilzeitausbildung – und schaffen das Schulgeld ab. Wir bauen die Ausbildungskapazitäten aus, erleichtern den Quereinstieg in soziale Berufe und beschleunigen die Anerkennung ausländischer Ausbildungs- und Studienabschlüsse. Die Beschäftigten müssen mehr Anerkennung erfahren und die Arbeitsbedingungen müssen besser und attraktiver werden. Eine höhere Eingruppierung im Tarifsystem, die Freistellung des Personals für wichtige Leitungsaufgaben, mehr Zeit für Vor- und Nachbereitungen, für Elternarbeit sowie für Weiterbildung schaffen mehr Zufriedenheit und mehr Qualität. Wir streben eine Verbesserung des Fachkraft-Kind-Schlüssels an.

Damit das alles – Gebührenfreiheit, Ausbau der Kitaplätze, flexiblere Öffnungszeiten und ergänzende Angebote zu Randzeiten, mehr Personal, bessere Bezahlung und mehr Qualität – gelingt, müssen wir die Kommunen finanziell stärker unterstützen. Durch eine Finanzierung der Kita-Betriebskosten zu zwei Drittel durch den Landeshaushalt wollen wir die Träger der Kitas finanziell entlasten. Die Kita- und Krippenplätze müssen weiter ausgebaut werden. Gemeinsam mit den Kommunen werden wir den Ausbau vorantreiben und das Landesinvestitionsprogramm ausbauen.

Frühkindliche Bildung braucht in Hessen einen höheren Stellenwert! Dazu streben wir die Schaffung eines Instituts für frühkindliche Bildung an. Die Herausforderungen müssen endlich systematisch analysiert und es muss kontinuierlich an Vorschlägen zur Weiterentwicklung gearbeitet werden.

Eltern sind wichtige Bildungs- und Erziehungspartner*innen. Ihre Beteiligung an der Gestaltung und Entwicklung der frühkindlichen Bildung ist wichtig. Sie brauchen eine starke Stimme. Mit der Landeselternvertretung für Kindertageseinrichtungen und -pflege ist ein wichtiger erster Meilenstein erreicht, für den wir lange gemeinsam mit vielen Eltern gekämpft haben. Wir wollen Eltern unterstützen, hessenweit auf Gemeinde-, Stadt- sowie Kreisebene Elternvertretungen zu gründen, auszubauen und weiterzuentwickeln.

KINDERN UND JUGENDLICHEN EINE STIMME GEBEN

Ein Viertel aller Menschen in Hessen ist jünger als 25. Trotzdem wurde ihre Stimme in der Vergangenheit zu wenig gehört! Das wollen wir ändern. Wir wollen ihre Beteiligungsmöglichkeiten verbessern, damit sie stärker mitbestimmen können. Wir wollen Freiräume für junge Menschen schaffen, damit sie sich in der Jugendphase entfalten und ausprobieren können. Wir wollen, dass alle jungen Menschen die gleichen Chancen haben, ein gutes und glückliches Leben zu führen.

Dazu werden wir eine eigenständige Jugendpolitik für Hessen entwickeln. Uns leitet dabei das Verständnis von Kinder- und Jugendpolitik als Querschnittsaufgabe, die in allen Politikbereichen immer ausge-

hend von den Interessen und Bedürfnissen junger Menschen gestaltet werden muss. Der Hessische Jugendring, die Kinder- und Jugendverbände, die Freie Wohlfahrt, aber auch gemeinnützige Träger, und die offene Kinder- und Jugendarbeit sind uns dabei wichtige Partner.

Eigenständige Jugendpolitik in Hessen bedeutet auch ein Landesjugendamt, das seinen Namen verdient. Um die Interessen junger Menschen bei der Gesetzgebung stärker zu berücksichtigen, führen wir einen Jugendcheck bei Gesetzesvorhaben ein. Durch einen Fonds für junge Ideen werden wir die Partizipation junger Menschen unterstützen. Seit dem 28. Oktober 2018 sind Kinderrechte in der hessischen Verfassung verankert. Die SPD-geführte Bundesregierung werden wir dabei unterstützen, dass Kinderrechte auch endlich ins Grundgesetz aufgenommen werden.

Wir werden die Beteiligungsmöglichkeiten junger Menschen in Hessen verbessern und setzen auf einen Methodenmix aus Landesjugendrat, Jugendkongress, digitalem Jugendportal und einer Landesfachstelle zur Jugendbeteiligung. Wir werden die verpflichtende Kinder- und Jugendbeteiligung auf kommunaler Ebene einführen. Die Senkung des Wahlalters ist längst überfällig: Wir setzen uns für das aktive Wahlrecht in Hessen bei allen Wahlen ab 16 Jahren ein.

Wir wollen mehr politische Jugendbildung ermöglichen. Dazu erhöhen wir die Umsatzbeteiligung der Jugendarbeit an den Lotto-Mitteln, um damit neue Stellen für Jugendbildungsreferent*innen in Jugendverbänden, Jugendbildungsstätten, den kommunalen Jugendbildungswerken und kommunalen Jugendringen zu schaffen. Wir wollen die Landesförderung der Jugendverbände und der politischen Jugendbildungsarbeit dynamisieren. Die Fördermittel sollen automatisch an die Lohn- und Preissteigerung und regelmäßig an neue Arbeits- und Aufgabenbereiche angepasst werden.

KINDER- UND JUGENDSCHUTZ FLÄCHENDECKEND AUSBAUEN

Kinder und Jugendliche müssen besser geschützt werden. Die Zahl der Kinder, die körperlicher und seelischer Gewalt ausgesetzt sind, steigt. Der Kinderschutz muss flächendeckend ausgebaut und die Fachberatungs- sowie Präventionsangebote auskömmlich finanziert werden. Neue Herausforderungen im digitalen Raum erfordern neue Antworten und passende Angebote. Durch eine Landeskoordinierungsstelle soll der Kinderschutz langfristig auf allen Ebenen miteinander koordiniert und vernetzt werden. Den Landesaktionsplan zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexualisierter Gewalt werden wir konsequent umsetzen. Besondere Anstrengungen werden wir auch bei der Bekämpfung von Kinderpornografie durch die Polizei und Justiz unternehmen. Der Herstellung solcher fotorealistischer Darstellungen liegen oftmals schwerer sexueller Missbrauch zugrunde. Die globale Verbreitung und Verfügbarkeit machen die betroffenen Kinder und Jugendlichen dauerhaft zu Opfern. Auch sie müssen sich auf flächendeckende Hilfsstrukturen verlassen können.

Die Therapieplätze für Kinder und Jugendliche bei Psycholog*innen und auch die Therapiekonzepte müssen ausgeweitet werden. Besonderer Bedarf besteht bei der Aufarbeitung der Auswirkungen der Corona-Pandemie, bei Traumatherapieplätzen für geflüchtete Kinder sowie für Betroffene von sexuellem Kindesmissbrauch. Wir werden dazu mit entsprechenden Kammern in Verhandlung treten. Wir fördern Vereine, die sich Kinderschutzkonzepte erarbeiten wollen. Dazu bedarf es finanzieller Mittel und fachlicher Unterstützung bei der Schutzkonzeptentwicklung.

SENIORENPOLITIK

Hessen soll ein Zuhause für Jung und Alt sein. Wir wollen den Respekt vor und die Selbstbestimmung von älteren Menschen stärken und ihre Teilhabe am sozialen Leben unterstützen. Altersdiskriminierung werden wir entschieden entgegentreten.

Durch eine enge Verknüpfung des ÖPNV mit bedarfsgesteuertem Verkehr entstehen echte Alternativen zum PKW, besonders für den ländlichen Raum. Mit passenden Förderprogrammen wollen wir diese Alternativen ausbauen. Davon werden insbesondere ältere und weniger mobile Menschen im ländlichen Raum profitieren. Dort, wo wenige Menschen leben, muss es flexible Angebote auf Nachfrage geben. Wir fördern bezahlbares Wohnen, gemeinsames Wohnen im Alter, Mehrgenerationenhäuser und neue Ansätze beim Quartiersmanagement. All das sind wichtige Bausteine, um älteren Menschen eine gute Perspektive an ihrem Wohnort zu bieten und das generationenübergreifende Miteinander zu stärken. Außerdem stärken wir die Wohnberatung für ältere Menschen, um sie dabei zu unterstützen, das eigene Zuhause barrierefrei und altersgerecht umzubauen – unabhängig von Altersgrenzen und Pflegegraden. Hierfür bedarf es zwingend einer Anpassung der Hessischen Bauordnung.

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass in zahlreichen Alten- und Pflegeheimen die Nutzung von modernen Kommunikationsmitteln kaum oder gar nicht möglich ist. Es fehlt an Geräten, schnellen Internetverbindungen sowie unterstützenden Pflegekräften. Dieser Mangel muss behoben werden. Die wachsende Nutzung des Internets, auch für Ältere und Alleinlebende, ist auch eine Chance einer Vereinsamung entgegenzuwirken. Generationsübergreifende Lerngelegenheiten zum Umgang mit digitalen Geräten und Medien werden wir fördern. Dennoch hat jeder Mensch das Recht, ein analoges Leben zu führen und muss ebenso Zugang zu z. B. zu Behörden oder öffentlichen Einrichtungen bekommen, wie andere Menschen auch.

Begegnungs-, Freizeit-, Kultur-, Bildungs- und Bewegungsangebote sowie die Tagespflege müssen kostenlos und niedrigschwellig zur Verfügung stehen. Deshalb müssen die Kommunen in ihrer Verantwortung vor Ort für diese Aufgaben ausreichend finanziell ausgestattet werden.

Um Einsamkeit im Alter entgegenzuwirken, richten wir Senior*innenbüros und lokale Netzwerke ein, unterstützen Kommunen beim Ausbau von Gemeinschaftsangeboten und verankern die Senior*innenbeiräte endlich im Gesetz, damit in jeder Kommune ein solcher Beirat eingerichtet wird. Dort, wo keine Beiräte zustande kommen, sollen von den Senior*innen ehrenamtliche Beauftragte gewählt werden. Gewalt gegenüber älteren und pflegebedürftigen Menschen in Hessen wollen wir entgegentreten. Dazu werden wir einen runden Tisch zur Prävention solcher Gewalt zwischen Politik, Behörden, Gesundheitsversorgern sowie Betroffenen einrichten.

FÜR EIN SELBSTBESTIMMTES LEBEN: BARRIEREN ABBAUEN!

Zahlreiche Menschen in Hessen leben mit lebenslanger Beeinträchtigung oder Behinderung. Sie haben ein Recht und damit einen Anspruch auf ein selbstbestimmtes Leben in unserer Gesellschaft. Wer ein Recht auf Leistungen hat, darf nicht als Bittsteller*in angesehen werden.

Die Umsetzung der UN-Behindertenkonvention ist in Hessen noch lange nicht erreicht. Wir wollen damit vorankommen und dafür sorgen, dass Inklusion eine Selbstverständlichkeit in Hessen wird. Dafür werden wir den Landeswohlfahrtsverband (LWV) in die Lage versetzen, seine Aufgaben zu erfüllen. Die Expertise von Menschen mit Behinderung ist in allen Bereichen der Landespolitik stärker zu berücksichtigen. Die Umsetzung des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes in Hessen werden wir konsequent mit einem eigenen Aktionsprogramm verfolgen.

Die Inklusion in Hessen muss in der Landesregierung von einem oder einer Verantwortlichen koordiniert und gleichzeitig ressortübergreifend umgesetzt werden. Wir werden dafür sorgen, dass das Land und seine Behörden als Vorreiter vorangehen. Dazu gehört für uns auch, dass sämtliche Antragsstellungen in leichter Sprache möglich sein müssen und Inklusion bei jeglicher Digitalisierung mitgedacht wird.

Die hessische Bauordnung ist mit Blick auf die Quote barrierefreier Wohnungen und Leistungen für Menschen mit Behinderungen zu ändern. Auch im Bereich sicherer und barrierefreier Mobilität wollen wir entsprechende Regelungen einführen und umsetzen.

Das Taubblinden- und Blindengeld muss gerecht gestaltet werden ebenso wie das Gehörlosengeld. Es darf nicht sein, dass Menschen, die aus anderen Bundesländern in eine stationäre Einrichtung in Hessen ziehen, von Blinden- und Taubblindengeld ausgeschlossen werden. Das Gehörlosengeld, das in Hessen auf langen Druck der SPD später als in vielen anderen Bundesländern endlich eingeführt wurde, enthält eine Reihe von Ungerechtigkeiten, die wir beheben werden: Wir werden dafür sorgen, dass das Gehörlosengeld bereits ab einem Grad der Behinderung von 70 gezahlt wird. Den derzeitigen Satz von 150 Euro monatlich werden wir angemessen verbessern. Die entstehenden Kosten zum Nachweis der Gehörlosigkeit sollen nicht länger von den Antragstellenden übernommen werden müssen.

Wir werden die Unterstützung für Menschen mit Behinderung verbessern. Dazu legen wir eine Ausbildungsinitiative für Teilhabe- und Taubblindenassistenzen auf und unterstützen Beratungsnetzwerke, Behindertenorganisationen und Selbsthilfe. In allen Studiengängen an allen hessischen Hochschulen sollen Angebote für und verpflichtende Anteile über Menschen mit Behinderung geschaffen werden. Wir werden dafür sorgen, dass alle Schüler*innen in Hessen – zumindest Grundlagen der – Gebärdensprache lernen können.

GEFLÜCHTETE VERDIENEN SCHUTZ UND UNTERSTÜTZUNG

Menschen, die zu uns flüchten, verdienen unseren Schutz. Wir werden dafür sorgen, dass Geflüchtete in Hessen so schnell wie möglich auf eigenen Füßen stehen können. Die Menschen sollen Erstaufnahmeeinrichtung und Gemeinschaftsunterkünfte schnellstmöglich verlassen und in eigenen Wohnungen leben können. Kinder in Erstaufnahmeeinrichtungen müssen unmittelbar beschult werden, Betreuungsplätze an Kitas bereitgestellt werden. Dafür werden wir Migrationsberatung ausweiten und bedarfsgerecht ausstatten. Wir werden dafür sorgen, dass begleitend zu Sprach- und Integrationskursen eine Kinderbetreuung angeboten wird. Wir werden uns dafür einsetzen, dass internationale Berufs- und Studienabschlüsse schneller anerkannt werden. Wir werden psychotherapeutische Angebote für geflüchtete Kinder und Erwachsene ausweiten.

Für Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünfte wollen wir landesweit verbindliche Mindest- und Gewaltschutzstandards einführen. Dazu gehören z. B. abschließbare Schlafräume. Außerdem werden wir die psychosozialen Zentren besser ausstatten und ein weiteres in Osthessen einrichten, um die Versorgungslücke dort zu schließen.

Kommunen dürfen bei der Flüchtlingsunterbringung nicht allein gelassen werden, insbesondere für die Unterbringung von Geflüchteten sollten keine öffentlichen Räumlichkeiten wie etwa Sporthallen oder Kulturhallen über einen zu großen Zeitraum in Anspruch genommen werden müssen. Wir werden landeseigene Gebäude zur Unterbringung von Geflüchteten zur Verfügung stellen und fördern Wohnraumvermittlungsstellen auch für Geflüchtete. Unser Ziel ist, dass Wohnraum für Geflüchtete fest zur Verfügung steht, anstatt immer wieder provisorische Lösungen zu finden, die nur kurzfristig angelegt sind. Die an die Kommunen gezahlten Pauschalen für die Flüchtlingsunterbringung passen wir in regelmäßigen Abständen bedarfsgerecht an.

Die SPD steht für ein Landesaufnahmeprogramm für Geflüchtete aus Krisenregionen. Wir werden auch den Aufenthalt geflüchteter Studierender, Wissenschaftler*innen sowie Auszubildender sichern.

6.

INNENPOLITIK, DEMOKRATIE, EHRENAMT, SPORT UND RELIGION

6. INNENPOLITIK, DEMOKRATIE, EHRENAMT, SPORT UND RELIGION

EIN STARKER STAAT FÜR EIN STARKES HESSEN

Um für die Sicherheit der Bevölkerung zu sorgen und diese vor Übergriffen und Kriminalität zu schützen, brauchen wir einen handlungsfähigen starken Staat, der die Sicherheit für seine Bürger*innen garantiert und erhält. Innere Sicherheit und sozialer Frieden sind zwei Seiten derselben Medaille. Sicherheit ermöglicht Freiheit und umfasst dabei immer auch die soziale Sicherheit. Für die SPD darf die Gewährleistung der eigenen Sicherheit nie eine Frage des Geldbeutels sein, sie muss durch einen starken Staat für alle Bürger*innen sichergestellt werden.

Für uns bedeutet ein starker Staat den Schutz gerade in den Bereichen, die von der aktuellen Landesregierung sträflich vernachlässigt werden. Unsere Polizei leistet für den demokratischen Rechtsstaat einen entscheidenden Beitrag.

Um das Ziel von mehr Polizeipräsenz in der Fläche zu erreichen, wollen wir einen Streifenwagen mehr für jede Polizeistation und entsprechend mehr Polizeibeamt*innen im Dienst.

POLIZEIARBEIT STÄRKEN

Die SPD steht für eine Sicherheitsarchitektur, die Sicherheit und Freiheit stets in einen guten Ausgleich bringt. Die SPD steht für eine moderne, technisch gut ausgestattete und hoch spezialisierte Polizei, die die aktuellen digitalen Herausforderungen nicht nur erfüllt, sondern die Digitalisierung, aber auch die künstliche Intelligenz zur effektiven Kriminalitätsbekämpfung nutzt. Im Zeitalter von Massendaten wird die Verarbeitung neuer digitaler Spuren immer wichtiger. Zu diesem Zweck brauchen wir neue Systeme zur Gewinnung, Strukturierung und zum Austausch von Informationen, beispielsweise in Fällen der Terrorabwehr, oder der Bekämpfung komplexer krimineller Strukturen. Dabei ist der Datenschutz insbesondere unter Berücksichtigung des Rechtes auf informationelle Selbstbestimmung zu beachten. Auch die qualitativen Anforderungen der täglichen Polizeiarbeit steigen. Dabei können zukünftig neue digitale Systeme die operativ tätigen Polizeibeamt*innen direkt in ihren Arbeitsprozessen besser unterstützen. Dies wollen wir als SPD fördern. Wir werden besonders darauf achten, heimische Anbieter zu nutzen, deren Angebot, Arbeitsbedingungen und Sicherheit den höchsten Standards entsprechen.

Wir stehen für gute Arbeitsbedingungen der Beamt*innen und eine bessere, amtsangemessene Besoldung, die die verfassungsrechtlichen Vorgaben erfüllt. Das Land Hessen ist derzeit im Vergleich zu Bund und Nachbarländern ein unattraktiver Arbeitgeber. Wir wollen in Hessen eine Erhöhung der Besoldung und wollen nach dem Vorbild des Bundes die Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage endlich wieder einführen. Die Weitergewährung der Zulage ist aus unserer Sicht auch für Ruhestandsbeamt*innen erforderlich, da die psychischen und physischen Höchstbelastungen die Betroffenen oft ein Leben lang begleiten und viele zudem aus gesundheitlichen Gründen bereits vor Erreichen der Altersgrenze in den Ruhestand treten müssen. Wir stehen für eine bessere Bezahlung der Tarifbeschäftigten. Wir wollen

die Teilzeit ermöglichen und ausbauen. Dies dient der Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Pflege. Darüber hinaus ist die Polizei in einer Weise personell und sächlich auszustatten, die eine ordentliche und umfassende Strafverfolgung ermöglicht.

FEHLER- UND FÜHRUNGSKULTUR IN DER HESSISCHEN POLIZEI

Nach diversen Rechtsextremismus-Vorwürfen und dem Entdecken rechter Chatgruppen innerhalb der hessischen Polizei brauchen wir eine echte neue offene Fehler- und Führungskultur. Die Polizei muss aufgrund ihrer verantwortungsvollen Rolle eine Vorbildfunktion wahrnehmen. Stellvertretend für uns alle ist ihre Aufgabe, grundlegende Prinzipien unserer demokratischen Gesellschaft zu vertreten. Sie steht für den Rechtsstaat und die Einhaltung der Gesetze, für gegenseitigen Respekt, Offenheit und Toleranz. Diesem Anspruch muss sie gerecht werden. Fehler müssen reflektiert, aufgearbeitet und abgestellt werden. Um dies sicherzustellen, werden wir ein Projekt „Polizeischutz für die Demokratie" einführen. Daneben werden wir die Möglichkeiten von Beschwerden an den unabhängigen Bürger- und Polizeibeauftragten erweitern. U. a. sollen auch anonyme Eingaben an den Polizeibeauftragten ermöglicht werden (Whistleblower).

STRUKTUREN REFORMIEREN

Die SPD steht bei allen Sicherheitsbedürfnissen immer für die Wahrung und den Schutz der Bürger*innenrechte. Den Verfassungsschutz des Landes Hessen werden wir umfassend reformieren und einer stärkeren parlamentarischen Kontrolle unterstellen.

PRÄVENTION AUF ALLEN EBENEN

Deshalb wollen wir die Prävention auf allen Ebenen unseres Gemeinwesens, von der Kommune, der Stadt und Kreisebene bis zum Land stärken. Präventionsprogramme zur Bekämpfung von politischem und religiösen Extremismus werden wir konsequent ausbauen. Dabei wollen wir auch die Zusammenarbeit mit Kitas und Schulen stärken. Demokratieerziehung muss bereits in den Kitas erlernt und erlebt werden und auch Schulen müssen Orte der Wertevermittlung sein. Sie sollen zur umfassenden Bildung und Werteorientierung für ein solidarisches Zusammenleben in unserer Gesellschaft beitragen. Auch das Erlernen von demokratischen Prozessen, beispielsweise durch die Stärkung von Kinder- und Jugendbeteiligung und -mitbestimmung, muss im (Schul-)Alltag stärker verankert werden. Vorhandene Ressentiments werden mittlerweile von rechtspopulistischen und rechtsextremistischen Gruppen und Parteien immer vehementer aufgegriffen, verstärkt und gezielt geschürt. Dem müssen wir entgegenwirken, indem wir Demokratiebildung und Medienkompetenz als fächerübergreifende Querschnittsthemen etablieren, damit Schüler*innen lernen, Fake News von seriösen Nachrichten zu unterscheiden und Hass und Rassismus in den sozialen Medien zu erkennen. Wichtig ist aus unserer Sicht zudem die Stärkung der Schulsozialarbeit. Aber auch außerschulisch muss die Möglichkeit, politische Bildung zu vermitteln, verbessert werden. Hier gilt es aus unserer Sicht vor allem, die Jugendverbände als Bildungsträger zu stärken. Durch diese und weitere geeignete Präventionsmaßnahmen wollen wir einen Beitrag leisten, insbesondere die Jugendkriminalität weiter abzusenken und ein demokratisches Verständnis weiter zu fördern.

Die SPD steht für eine weltoffene, pluralistische und demokratische Gesellschaft. Jeglichen Extremismus, vor allem dem Rechtsextremismus müssen wir gerade in Hessen nach dem Mord an dem ehemaligen Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke und dem Attentat von Hanau entschieden entgegentreten. Dafür legt die SPD einen umfangreichen Aktionsplan vor. Teil dieses Aktionsplanes soll eine eigene Landesstiftung für Demokratie, Aufklärung und politische Bildung sein. Ziel dieser Stiftung ist es, das Gedenken an die Opfer rechtsextremer Gewalt zu wahren, politische Bildung zu organisieren und praktische Hilfe für Opfer von rechter Gewalt zu gewährleisten. Ferner ist ein Ziel, weitere Institutionen im Bereich Rechtsextremismus als Partner für gute Projekte einzubinden oder im Rahmen von Think Tanks spezifische Fragen zu diskutieren und Lösungsvorschläge zu erarbeiten, um die Kompetenzen der Stiftung langfristig weiter auszubauen.

Mitte 2022 verfügten in Hessen noch 197 Menschen, die dem extremistischen Spektrum zugeordnet werden, oder die wegen politisch motivierter Kriminalität polizeibekannt sind, über waffenrechtliche Erlaubnisse. Für uns als SPD ist klar: Extremisten dürfen keine Waffen besitzen. Das Waffenrecht muss im Einklang von Bund und Ländern verschärft werden.

Unsere Solidarität gilt den Opfern von Gewalt und Kriminalität, daher wollen wir dem Opferschutz noch höhere Priorität einräumen. Wir bekämpfen jegliche Form von Diskriminierung und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Wir werden unsere Politik darauf ausrichten institutionellen Rassismus als Teil von Strukturen zu bekämpfen.

VERSAMMLUNGSFREIHEIT

Das Versammlungsgesetz von Schwarzgrün ist an vielen Stellen trotz nachträglicher Änderungen unkonkret und schränkt die Versammlungsfreiheit maßgeblich ein. Den Titel „VersammlungsFREIHEITsgesetz“ verdient der Entwurf schon aus diesem Grunde nicht. An vielen Stellen sind die Regelungen restriktiv, die Ausübung der Meinungsfreiheit im Zuge politischer Versammlungen wird erheblich erschwert.

VERNETZUNG DER BEHÖRDEN, IT-SICHERHEIT UND KRITISCHE INFRASTRUKTUR

Die Zusammenarbeit zwischen den Bundesländern und dem Bund, aber auch mit europäischen und internationalen Sicherheitsbehörden wollen wir verbessern.

Eine umfassende Cybersicherheitspolitik ist unser Kernanliegen. Deshalb werden wir eine grundsätzliche Erhebung des Sicherheitsniveaus öffentlicher IT-Systeme durchführen. Wir werden dauerhaft die Kapazitäten des Landes Hessen für das Monitoring von Cybersicherheitsrisiken und die schnelle Reaktion auf Cyberangriffe in den Gefahrenabwehr- und Strafverfolgungsbehörden stärken. Dies soll insbesondere auch den Kommunen zugutekommen. Aber auch Bürger*innen, besonders solche mit geringerer Digitalkompetenz, sollen durch niedrigschwellige Fortbildungsangebote und Digitallotsen bei der Teilhabe an den neuen Technologien unterstützt und für Gefahren durch Cyberangriffe sensibilisiert werden.

Um das Nationale Cybersicherheitszentrum Athene in Darmstadt hat sich ein international renommiertes Cybersicherheitscluster gebildet. Dieses wollen wir stärken und in Abstimmung mit dem Bund die Finanzierung langfristig sicherstellen und erhöhen.

Für den Katastrophenfall relevante Orte wollen wir mit W-Lan Hotspots ausstatten. Diese sollen Internetzugang über Satellit auch während Stromausfällen ermöglichen.

BRAND- UND KATASTROPHENSCHUTZ, RETTUNGSDIENST

Feuerwehr, Rettungsdienst und Katastrophenschutz sind unverzichtbare Pfeiler unserer Sicherheitsarchitektur. Das gilt für die hauptamtlichen Kräfte wie auch insbesondere für die ehrenamtlichen Kräfte der nicht-polizeilichen Gefahrenabwehr. In den Krisenjahren haben sie ihre herausragenden Kompetenzen immer wieder unter Beweis gestellt. Sie verdienen unser aller Respekt und Unterstützung. Angriffen gegen Rettungskräfte treten wir konsequent auf allen Ebenen entgegen.

Respekt zeigt sich vor allem in einer guten, bedarfsgerechten Ausstattung und Ausrüstung. Deshalb werden wir die finanziellen, technischen und logistischen Voraussetzungen deutlich verbessern. Das betrifft Fahrzeuge und Wachen, aber genauso Kommunikation und persönliche Ausrüstung. Die Kommunen werden wir konsequent unterstützen. Im Hauptamt werden wir die Absicherung des Rettungsdienstes an die der Feuerwehrbediensteten anpassen.

Insbesondere die Folgen des Klimawandels stellen Brand- und Katastrophenschutz vor große und neue Herausforderungen. Wir werden sicherstellen, dass Ausbildung und Ausstattung diesen neuen Herausforderungen entsprechend weiterentwickelt werden. Dezentrale Strukturen, vor allem im Ehrenamt, und ausreichende Redundanz sichern die Hilfeleistungen auch in Großschadenslagen ab.

Insbesondere die ehrenamtliche Gefahrenabwehr ist auf ständigen Nachwuchs angewiesen. Kinder- und Jugendliche profitieren auch persönlich stark von solchen Erfahrungen. Wir werden Feuerwehr und Rettungsdienst konsequent bei der Nachwuchsgewinnung unterstützen und prüfen, wie jugendliches Engagement auch im Rahmen von Ganztagsangeboten an Schulen gefördert werden kann. Wir führen die Ruhegehaltsfähigkeit der Feuerwehrzulage ein.

EHRENAMTLICHES ENGAGEMENT STÄRKEN UND FÖRDERN

Unsere Demokratie ist ohne zivilgesellschaftliches Engagement nicht vorstellbar. Jeder der ehrenamtlich engagierten Menschen in unserem Land leistet für den Zusammenhalt tagtäglich seinen Beitrag in einer Vielzahl von Vereinen oder Initiativen, die unseren Zusammenhalt prägen.

Unser Ziel ist es sein, das bürgerschaftliche Engagement auch weiterhin zu stärken und zu fördern. Dazu bedarf es eines deutlich höheren Einsatzes des Landes in partnerschaftlicher Abstimmung mit den Förderinstitutionen. In vielen Bereichen gibt es seit Jahren Sorgen um die Nachwuchsgewinnung im Ehrenamt, sei es bei den Aktiven der Jugendfeuerwehren, Übungsleitern im Vereinssport oder in sozialen Initiativen. Die Corona-Pandemie hat besonders bei den älteren Ehrenamtlern die Fluktuation dramatisch erhöht. Um hier entgegenzuwirken, muss das Land die Attraktivität des Ehrenamts deutlich stärker fördern, als es Schwarzgrün getan hat.

SPORTFÖRDERUNG – UNTERSTÜTZUNG DES BREITEN- UND SPITZENSPORTES

Sport ist die größte Bürgerbewegung Deutschlands. Wir sind uns der Verantwortung für den Sport bewusst. Die Sportförderung benötigt eine Verstetigung der Verantwortlichkeit des Landes. Dabei geht es uns um die Unterstützung des Breiten- und Spitzensportes. Sport verbindet alle Menschen. Die Barrierefreiheit und auch die Gesundheitsförderung im Sport muss auch stärker gefördert werden. Besonders eklatant ist die Situation im Bereich des Schwimmunterrichtes. Es macht sich bemerkbar, dass es zu wenig Möglichkeiten für Schwimmunterricht gibt und daher können heute viele Menschen leider nicht mehr ausreichend gut schwimmen. Auch hier muss das Land sich stärker engagieren. Den Aufbau eines hessischen eSports-Leistungszentrum werden wir fördern und Ehrenamtliche bei der Ausübung ihres Sports unterstützen.

EIN RELIGIÖS UND WELTANSCHAULICH VIELFÄLTIGES HESSEN SOLIDARISCH GESTALTEN

Der interreligiöse Dialog ist für uns von unschätzbarem Wert. Die Kooperation zwischen Staat und Religionsgemeinschaften in unserem weltanschaulich neutralen Staat wird auch in Zukunft von großer Bedeutung für unsere Gesellschaft sein. Wir wollen sie auf der Basis des Religionsverfassungsrechts weiterentwickeln und auf breiter Basis zukunftsweisend gestalten. Wir werden Hessen als offenes und vielfältiges Bundesland stärken, in dem verschiedene Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften zum kulturellen und religiösen Reichtum beitragen.

Dafür werden wir Fachkräfte in den Kindertageseinrichtungen beim Umgang mit religiöser und weltanschaulicher Pluralität unterstützen. Wir ermöglichen Religionsunterricht für alle Glaubensrichtungen. Insbesondere bedarf es eines islamischen Religionsunterrichts, der im Einklang mit GG 7 (3) nach den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt wird. Insgesamt kommt es darauf an, das verbindende Potenzial der gemeinsamen Werte zu stärken und für ein gleichberechtigtes Miteinander von religiösen und nichtreligiösen Weltanschauungen einzutreten. Wir begrüßen auch den Ethikunterricht als eine Möglichkeit, dieses Miteinander zu stärken. An den hessischen Hochschulen braucht es vor diesem Hintergrund ausreichend Lehrstühle, die die wissenschaftliche Reflexion von Glauben und Weltanschauungen gewährleisten. Wir wollen insbesondere den Ausbau der islamischen Theologie an den Hochschulen erleichtern.

Religionsgemeinschaften und Kirchen leisten sozial, diakonisch und karitativ einen großen Beitrag für unser Land. Wir werden dieses Engagement auch in Zukunft unterstützen.

Wir schützen das Recht auf Religionsfreiheit und freie Ausübung der eigenen Religion. Religionen und Weltanschauungen sind gefordert und auch bereit, im Kampf gegen Diskriminierung und Fundamentalismus proaktiv und präventiv mitzuwirken.

7.

JUSTIZ UND DATENSCHUTZ

7. JUSTIZ UND DATENSCHUTZ

Im Bereich der Justiz gibt es nach 19 Jahren CDU-geführter Regierungen Missstände zu beseitigen. Verfahren dauern in Hessen länger als anderswo, die Gefängnisse sind in einem schlechten Zustand. Das werden wir ändern, denn Prävention und Resozialisierung leiden unter diesen Bedingungen. Die von der CDU betriebene Privatisierung des Justizvollzugs lehnen wir strikt ab. Der Vollzug von Freiheitsstrafe ist für uns eine unveräußerliche staatlich-hoheitliche Aufgabe. Eine schnelle und handlungsfähige Justiz ist ein wichtiger Standortfaktor für Unternehmen und ein wichtiges Element des sozialen Friedens.

EINSTELLUNGS- UND AUSBILDUNGSOFFENSIVE IN DER JUSTIZ

Nach knapp einem Vierteljahrhundert CDU-geführter Landesregierung und personellem Kahlschlag (von 2010 bis 2016 wurden in der hessischen Justiz über 650 Stellen abgebaut), brauchen wir eine Einstellungs- und Ausbildungsoffensive, die unter anderem die Rechtspflege mitdenkt. Auf sachgrundlose Befristungen wollen wir verzichten.

Die Justiz muss insgesamt als Arbeitgeberin wieder attraktiver und konkurrenzfähig werden, u. a. durch eine bessere Besoldung und eine höhere Flexibilität bei der Arbeitszeit und deren Gestaltung.

Bei Richter*innen sowie Staatsanwält*innen soll der Berufsstart durch Mentoringprogramme sowie durch reduzierte Dezernate erleichtert werden.

Der Stellenwert der Ausbildung in der Justiz soll dadurch gestärkt werden, dass Ausbilder*innen für die Ausbildungsaufgaben angemessen entlastet werden, Anreize zur Übernahme von Ausbildungsaufgaben geschaffen sowie die Ausbildungstätigkeit zu einem wesentlichen Kriterium bei der Beförderung werden. Zudem muss die Qualität der Ausbildung generell verbessert werden. Wir wollen für beide Staatsexamina das E-Examen einführen.

ENDLICH UMSETZEN: DIGITALISIERUNG DER JUSTIZ UND OPFERSCHUTZ

Bei der elektronischen Akte hat die schwarzgrüne Landesregierung einen Scherbenhaufen hinterlassen. Wir werden die Umsetzung der elektronischen Akte forcieren und dafür sorgen, dass alle notwendigen technischen, personellen und finanziellen Voraussetzungen gegeben sind.

Justizielle Entscheidungen müssen besser vermittelt und in die Breite der Gesellschaft transportiert werden, u. a. durch Medienübertragung von Urteilsverkündungen bei Obergerichten und flächendeckende Auskunftsservices (z. B. durch digitale Info-Portale) über die Arbeit der Justiz.

Alternative Formen der Streitbeilegung wie z. B. die Mediation oder das Schiedsamt wollen wir stärken.

Wir werden einen hessischen Opferfonds nach rheinland-pfälzischem Modell einführen.

DIE BEDIENSTETEN SCHÜTZEN

Bedienstete der Justiz wollen wir besser vor Übergriffen schützen. Für betroffene Bedienstete werden wir die Stelle einer Ombudsperson schaffen. Betroffene brauchen entsprechende Hilfsangebote.

WIR BRAUCHEN EINEN MODERNEN STRAFVOLLZUG

Sicherheit und Resozialisierung sind für uns gleichgewichtige Aufgaben des Strafvollzugs und zwei Seiten derselben Medaille. Ziel des Strafvollzugs muss es sein, dass Strafgefangene nach ihrer Haft nicht mehr straffällig werden. Für unsere Haftanstalten, die größtenteils marode sind, brauchen wir eine Sanierungsoffensive. Strafvollzug ist eine hoheitliche Aufgabe. Deshalb werden wir die Teilprivatisierung der JVA Hünfeld auslaufen lassen. Wir werden die Vollzugszulage ruhegehaltsfähig machen.

DATENSCHUTZ

Der Datenschutz dient dem Schutz vor der missbräuchlichen Verarbeitung personenbezogener Daten sowie dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung. Dies ist in den Zeiten der Digitalisierung wichtiger denn je – insbesondere da mit diesen Daten (Big Data) digitale Großkonzerne überproportionale Gewinne einfahren, teils mit kriminellen Mitteln, und über diese Datenmacht mittlerweile einen gefährlichen Einfluss auf den Medienkonsum und damit Möglichkeiten der Zensur beziehungsweise der Beeinflussung haben.

Gleichzeitig stellen die Anforderungen des Datenschutzes sowohl den Bürger, den Staat, insbesondere aber kleinere und mittlere Unternehmen sowie Vereine und das Ehrenamt insgesamt vor große Herausforderungen. Diesbezüglich bedarf es nicht nur fachkundiger Beratung, sondern auch konkreter Hilfestellungen bei der Umsetzung für gute und sichere Alternativen.

Wir wollen die digitale Souveränität der Bürger*innen über ihre Daten. Das heißt, dass alle Nutzer*innen den Überblick und die Kontrolle über ihre personenbezogenen Daten haben müssen.. Hessen braucht eine Open-Data-Offensive, d. h. der Zugang zu Daten muss möglichst für jeden barrierefrei und einfach zugänglich sein.

OFFENE DATEN FÜR MEHR VERTRAUEN

Offene Daten führen zu mehr Vertrauen in Verwaltungen, sie wirken Falschmeldungen entgegen und bieten insbesondere der Wissenschaft und Start-ups eine wichtige kostenlose Quelle. So stehen Daten nicht mehr nur wenigen Daten-Monopolisten zur Verfügung. Wir werden eine Open-Data-Strategie schnell und konsequent umsetzen. Da 70 Prozent der Daten in den Kommunen liegen, werden wir diese intensiv darin unterstützen, ihre Daten ebenfalls zu veröffentlichen und/oder Informationsfreiheitssatzungen zu entwickeln. Persönliche Daten und Daten der kritischen Infrastruktur bleiben selbstverständlich geschützt. Rückschlüsse auf einzelne Personen dürfen nicht möglich sein.

Wir werden die Behörde des hessischen Datenschutzbeauftragten personell so ausstatten, dass sie verstärkt und ohne große Wartezeiten kleine Unternehmen, Selbstständige, Kitas, Schulen, Vereine, Initiativen und Gruppierungen wie Elternbeiräte theoretisch und praktisch beraten kann. Diese verfügen meist nicht über eigene Datenschutzbeauftragte.

8.

FINANZEN

8. FINANZEN

Die Finanzlage von Hessen hat sich unter der Regierung von CDU und Grünen dramatisch verschärft. Durch finanzpolitisch schlechtes Wirtschaften sind die Rücklagen aufgebraucht und die jährlich nötige Tilgung für das kreditfinanzierte Sondervermögen, welches der Staatsgerichtshof als verfassungswidrig beurteilt hat, in Höhe von 12 Milliarden, wird uns in den nächsten 30 Jahren erheblich belasten. Gleichzeitig stehen wir finanzpolitisch vor großen Herausforderungen in der nächsten Legislaturperiode: Zahlreiche neue Aufgaben und Schwerpunkte müssen solide finanziert werden. Die SPD wird die Finanzierung so umgestalten, dass in Zukunft die Landesaufgaben auch vom Land bezahlt werden. Dies ist gerade vor dem Hintergrund der finanziellen Folgen durch die Corona-Krise und den Krieg in der Ukraine dringend nötig. Wir stehen für soziale Gerechtigkeit und solide Finanzpolitik.

KASSENSTURZ UND AUFGABENKRITIK

Zuerst ist ein Kassensturz notwendig. Dazu gehört die Überprüfung der aktuellen Ausgaben. Gleichzeitig werden auch die aktuellen Aufgaben überprüft. Der Fachkräftemangel nimmt zu und auch der öffentliche Dienst bleibt davon nicht verschont. Wir müssen also genau überprüfen, welche Aufgaben Priorität haben und wie wir das vorhandene Personal sinnvoll einsetzen können. Hier ist eine enge Zusammenarbeit mit der kommunalen Familie nötig. Wir benötigen also Verwaltungsvereinfachungen. So entstehen neue finanzpolitische Spielräume. Mit einem modernen Personalvertretungsgesetz wollen wir die echte Mitbestimmung für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst erreichen.

INVESTITIONSSTRATEGIE – EINE STRATEGIE FÜR EINE VORSORGENDE BILDUNGS- UND SOZIALPOLITIK, FÜR INVESTITIONEN IN EINE GUTE ZUKUNFT.

Hessen braucht endlich eine nachhaltige und verlässliche gute Infrastruktur, eine bessere Gesundheitsversorgung, ausreichend bezahlbaren Wohnraum, sowie guten und verlässlichen ÖPNV, echten Klimaschutz, mehr Nachhaltigkeit und tatsächliche Digitalisierungsprojekte – für lebenswerte Städte und Gemeinden und für eine starke zukunftssichere Wirtschaft. Nur so schaffen wir ein zukunftssicheres Hessen für alle Menschen.

Notwendige Zukunftsinvestitionen müssen auch sicher finanziert werden können, insbesondere bei Klimaschutz, Digitalisierung, Bildung und Infrastruktur. Wir brauchen ein vom Parlament kontrolliertes langfristig angelegtes Instrument für notwendige Zukunftsinvestitionen. Den haushaltspolitischen Rahmen dafür geben die Schuldenbremse des Grundgesetzes sowie deren Ausnahmen in der hessischen Verfassung. Wir begrüßen, dass die Ampel im Bund im Koalitionsvertrag vereinbart hat, das Konjunkturbereinigungsverfahren basierend auf den in den letzten zehn Jahren gewonnenen Erkenntnissen zu evaluieren und die sich daraus ergebenden Bedarfe entsprechend anzupassen. Eine Anpassung der Konjunkturkomponente der Schuldenbremse würde auch den Spielraum zukünftiger Landeshaushalte vergrößern. Nachhaltige Schuldenregeln müssen die notwendige Investitionsbedarfe abdecken und dürfen diesen nicht entgegenstehen.

DAS LAND LEBT AUF KOSTEN DER KOMMUNALEN FAMILIE! SCHLUSS DAMIT!

Die Kommunen sind Keimzellen unserer Demokratie. Die Handlungsfähigkeit der Kommunen steht und fällt mit den finanziellen Rahmenbedingungen, die ihnen von der Landesebene vorgegeben werden. Das Land lässt seine Städte, Gemeinden und Landkreise zunehmend im Regen stehen, entzieht sich somit seiner verfassungsrechtlich übertragenen Verantwortung und fordert zur Haushaltskonsolidierung die Erhöhung der kommunalen Gebühren und Steuern. Das belastet die hessischen Bürger*innen immer mehr.

Egal, ob es sich um die Kita-Plätze handelt, Schwimmbäder, die Unterfinanzierung des LWV oder der Krankenhäuser – das Land Hessen entzieht sich derzeit seiner Verantwortung und die kommunale Familie bezahlt – entweder direkt über Bürger-Umlagen oder aus dem kommunalen Finanzausgleich (KFA), den ebenfalls die Bürger*innen bedienen. Deshalb werden wir den KFA überarbeiten.

Ziel der SPD ist es, die Straßenausbaubeiträge abzuschaffen. Die Kommunen brauchen dafür einen finanziellen Ausgleich, den das Land tragen muss. Denn auch ohne die Erhebung von Beiträgen müssen die Kommunen den Erhalt und Ausbau der kommunalen Infrastruktur leisten können. Hier besteht erheblicher Investitionsbedarf. Wir wollen deshalb den Kommunen eine Investitionspauschale zur Verfügung stellen, die den Verlust der Einnahmen aus den Straßenausbaubeiträgen ausgleichen soll.

KOMMUNALES WIRTSCHAFTEN

Die Kommunen müssen stärker als bisher Einnahmen erwirtschaften können. Darunter fällt aus unserer Sicht die Erweiterung des gesetzlichen Rahmens, in dem sich die Kommunen optimal und ideal wirtschaftlich betätigen können. Insbesondere gilt dies für die Betätigungsfelder im Bereich Erneuerbare Energien, die Kommunen vielfältige Einnahmemöglichkeiten verschaffen können und den öffentlich geförderten Wohnungsraum. Wir werden die Städte und Gemeinden unterstützen und auf ihrem autarken Weg der Erneuerbaren Energien und modernen lokalen Heizmethoden fördern. Dabei gilt es Energiegenossenschaften vor Ort zu etablieren.

DIGITALE VERWALTUNG VORANTREIBEN UND UNTERSTÜTZEN

Bis zum Ende der Wahlperiode werden alle Verwaltungsleistungen online verfügbar sein. Der persönliche Gang zum Amt wird zwar weiterhin für alle Bürger*innen möglich, aber nicht mehr notwendig sein. Dazu werden wir die Digitalisierung der Landesverwaltung konsequent vorantreiben und die hessischen Kommunen stärker bei der Umsetzung unterstützen.

Jede mit dem Vollzug von Verwaltungsleistungen betraute Stelle soll zudem alle internen Verwaltungsabläufe mit Blick auf die Digitalisierung evaluieren und optimieren. Zur Vereinfachung der Verfahren wird bei elektronischen Anträgen künftig eine elektronische Signatur oder eine sonstige Form der Unterschrift nur vorgesehen, wenn eine gesetzliche Regelung dies ausdrücklich anordnet. Das Schriftformerfordernis werden wir nur in Fällen beibehalten, wo dies einem ausdrücklichen Schutzziel dient.

Wichtig ist dabei auch, dass der öffentliche Dienst flexibler wird und zunehmend agile Methoden verwendet: dies ist notwendig für einen Kulturwandel, der die Digitalisierung als Chance begreift und um in unserer schnelllebigen Zeit auf Änderungen flexibel reagieren zu können. Ein attraktiver öffentlicher

Dienst ist familienfreundlich mit angemessenen Möglichkeiten für Homeoffice und bietet regelmäßig Fortbildungen zum Erlernen neuer Methoden.

STEUERGERECHTIGKEIT

Um diese Ziele zu erreichen, werden wir sowohl in Hessen als auch über den Bundesrat im Bund für mehr Steuergerechtigkeit sorgen. Im Bund setzen wir uns ebenso für Mindeststandards bei Betriebs- und Steuerprüfungen ein. Dies gilt es personell so zu unterstützen, dass vor allem in der Metropolregion sämtliche prüfungsrelevanten Unternehmen auch tatsächlich geprüft werden können. Gleichzeitig machen wir uns im Bundesrat für die Abschaffung der Abgeltungsteuer und für die Einführung einer Finanztransaktionsteuer stark. Außerdem unterstützen wir die Einführung einer Übergewinnsteuer auf Krisengewinne großer Unternehmen.

Wir werden die Bestrebung der Bundes-SPD für die Einführung einer Vermögensteuer und Reformierung einer Erbschaftssteuer unterstützen.

Wir werden jegliche Form von Steuerhinterziehung sowie aggressiver Steuergestaltung, die auf Vermeidung angelegt ist, konsequent bekämpfen. Die hessische Sozialdemokratie wird umfassend für Steuerehrlichkeit und Steuergerechtigkeit eintreten, da das auch für soziale Gerechtigkeit sorgt.

STÄRKUNG DER MITARBEITER*INNEN IM ÖFFENTLICHEN DIENST

Auch muss der Fachkräftemangel proaktiv mit fortschrittlichen und mitarbeiterorientierten Konzepten gestaltet werden. Eine gute Bezahlung mit verbesserten Entwicklungschancen der Mitarbeiter*innen des Öffentlichen Dienstes und eine Rückkehr in die Tarifgemeinschaft – unter Beibehaltung der Hessenspezifika – ist eine wichtige Voraussetzung für eine gute und fortschrittliche Verwaltung für alle Ebenen.

9.

GESCHLECHTER-GERECHTIGKEIT UND VIELFALT

9. GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT UND VIELFALT

Unsere Gesellschaft ist vielfältig und bunt. In einer demokratischen Gesellschaft müssen alle Menschen unabhängig von ihrer sexuellen und geschlechtlichen Identität oder ihrer Herkunft ihr Leben gleichberechtigt und selbstbestimmt gestalten können. Von Geschlechtergerechtigkeit profitieren alle. Die Themen betreffen alle Gesellschaftsbereiche, unsere Vorhaben finden sich deshalb an vielen Stellen in diesem Programm wieder. Um die Grundlage für eine nachhaltige Antidiskriminierungsarbeit zu schaffen, werden wir ein Gesetz zum Schutz vor Diskriminierung schaffen. Außerdem werden wir eine zuständige Landesbeauftragte berufen. Menschen mit Migrationsgeschichte sind fester Bestandteil unserer Gesellschaft. Wir wollen der Vielfalt der Gesellschaft gerecht werden. Deswegen werden wir das Integrationsgesetz des Landes grundlegend überarbeiten.

GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT

Wir müssen entschieden vorangehen, um die Gleichstellung zwischen den Geschlechtern endlich zu erreichen. Hessen braucht eine echte Gleichstellungsstrategie. Ziel muss es unter anderem sein, den Geschlechtern finanzielle Ressourcen gleichermaßen zugutekommen zu lassen.

Wir wollen die Repräsentanz von Frauen auch in der Politik stärken und ein paritätisch besetztes Landesparlament erreichen. Dazu werden wir einen entsprechenden Gesetzesentwurf einbringen. In allen hessischen Ministerien müssen mehr Leitungspositionen mit Frauen besetzt werden. Dazu werden wir Maßnahmen ergreifen. Wir führen eine Frauenquote für Aufsichtsräte und Vorstände der Unternehmen mit Mehrheitsbeteiligung des Landes ein.

Frauen leisten noch immer einen Großteil der Sorgearbeit in unserer Gesellschaft. Das geht nicht selten mit beruflichen Nachteilen und gesundheitlichen Überbelastungen einher. Wir wollen erreichen, dass Hessens Männer wesentlich mehr Sorgearbeit leisten als bisher. Väter, die 50 Prozent der Sorgearbeit rund um ihre Kinder leisten, Söhne, die ihre Eltern pflegen: Es gibt sie schon, aber von ihnen brauchen wir dringend noch mehr. Es ist an der Zeit, gesellschaftliche Strukturen aufzubrechen.

Wir wollen Initiativen und Programme in Kommunen und Kreisen fördern, die sich zum Ziel setzen, alleinerziehende Elternteile (aktuell überwiegend Frauen) bei der Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Freizeit zu unterstützen und die soziale Teilhabe zu garantieren.

Gleichstellung muss in Hessen flächendeckend stattfinden. Dazu muss das Hessische Gleichberechtigungsgesetz kernsaniert werden. Die Bildungs- und Vernetzungsangebote für Frauen werden wir ausweiten.

Wir werden in den Teilen, in denen das Land Hessen Entscheidungsbefugnisse hat, die Istanbul Konvention vollumfänglich umsetzen. Die Kommunen unterstützen wir ebenfalls bei der Umsetzung. Schutz vor Gewalt muss bedarfsgerecht finanziert und flächendeckend in Hessen garantiert werden. Unser

Augenmerk liegt insbesondere auf der bedarfsgerechten Bereitstellung von barrierefreien Frauenhausplätzen und die Prävention von häuslicher und sexualisierter Gewalt. Wir gehen verstärkt auch gegen die sexuelle Belästigung im öffentlichen Raum und geschlechtsspezifische Gewalt im Internet vor.

Wir werden dazu beitragen, dass geschlechterbasierte Diskriminierungen im Gesundheitswesen beendet werden und möchten Krankheiten und gesundheitliche Themen, die besonders Frauen betreffen, enttabuisieren.

Frauen, die aus ihren Ländern fliehen mussten, brauchen nach der Flucht besondere Unterstützungsangebote. Dazu gehören Zugangsmöglichkeiten zu Informationen über eigene Rechte und psychosoziale Angebote.

DIVERSITÄT – LEBEN GLEICHBERECHTIGT UND SELBSTBESTIMMT GESTALTEN

In einer demokratischen Gesellschaft müssen alle Menschen unabhängig von ihrer sexuellen und geschlechtlichen Identität ihr Leben gleichberechtigt und selbstbestimmt gestalten können.

Um queere Diskriminierung bekämpfen zu können, bedarf es einer guten Aufklärungsarbeit von Beginn an. Gleichzeitig muss der Abbau von Stereotypen fokussiert werden. Mehr Sicherheit wollen wir durch hauptamtliche Stellen für Ansprechpersonen von LSBTIQ*-Themen bei der Polizei sicherstellen.

Wir verurteilen Hasskriminalität auf die LSBTIQ*-Community aufs Schärfste und werden eine Strategie gegen homo- und transfeindliche Hasskriminalität entwickeln und geschlechtsspezifische Schutzräume ausweiten.

Wir werden den hessischen Aktionsplan für Akzeptanz und Vielfalt weiter ausbauen und finanziell besser ausstatten. Dabei werden wir die queere Community mit einbeziehen.

Wir möchten, dass in der Ausbildung von Jugendleiter*innen und beim Erhalt der Jugendleitercard (Juleica) das Thema der Diversität und Vielfalt behandelt werden muss. In queeren Jugendtreffs und -gruppen sollen Jugendliche ohne Sorge vor Queerfeindlichkeit ihre Freizeit verbringen können. Deswegen werden wir queere Jugendangebote fördern. Das bedeutet für uns, dass wir die Finanzierung von Projekten verstärken, das vorgesehene Budget erhöhen und die Projektlaufzeiten verlängern. Ebenso setzen wir uns dafür ein, dass die queere Kinder- und Jugendarbeit in die Jugendförderprogramme mitaufgenommen wird.

Um generationenübergreifend ein Angebot leisten zu können, begrüßen wir Initiativen, die queere Wohnprojekte, bspw. in Mehrgenerationenhäusern ermöglichen. Queere Pflegeeinrichtungen werden wir unterstützen. Die Pflegekräfteausbildung muss die speziellen Bedürfnisse queerer Menschen in der Kranken- und Altenpflege berücksichtigen. Dabei dürfen insbesondere Transmenschen nicht vernachlässigt werden.

Wir werden dafür sorgen, dass queere Paare einfacher eine Pflege-Elternschaft übernehmen können. Im Bereich der Kinderwunschbehandlung werden wir vielfältige Familienformen berücksichtigen und endlich eine Gleichstellung schaffen. Zusätzlich werden wir die Finanzierungsmöglichkeiten ausweiten.

Hessen soll eine bevorzugte Destination der LSBTIQ*-Community werden. Dies erreichen wir durch ein vielschichtiges und diverses Kulturangebot.

VIELFALT – RASSISMUS UND DISKRIMINIERUNG IN ALLEN BEREICHEN BEKÄMPFEN

Rassismen, Antisemitismus, Antiziganismus, Antislawismus und Diskriminierung sind nicht nur Teil von extremen Splittergruppen in der Gesellschaft. Sie sind ein gesamtgesellschaftliches Problem und damit Alltag für viele Menschen in Hessen und müssen durch strukturelle Maßnahmen angegangen werden. Wir wollen Rassismus und Diskriminierung in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens bekämpfen.

Dazu bedarf es einer gezielten Auseinandersetzung mit Rassismen, Antisemitismus und Diskriminierung. Wir werden Institutionen und Organisationen verstärkt und regelhaft fördern, die zu diesem gesellschaftlichen Prozess beitragen. Gleichzeitig bedarf es stärkerer Kontrollmechanismen in (staatlichen) Institutionen.

Zentral ist auch die Stärkung der Bildungsarbeit gegen Extremismus und jegliche Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. Wir brauchen eine massive Stärkung der politischen Bildung und einen Ausbau der Möglichkeiten zu Dialog und Begegnung.

Wir wollen die Vielfalt in der Gesellschaft auch in der Landesverwaltung widerspiegeln. Menschen mit Migrationsgeschichte sollen sich in staatlichen Strukturen wiederfinden: Deshalb führen wir eine Diversitäts-Quote in der Landesverwaltung ein.

Staatliche Behörden und öffentliche Verwaltungen müssen diversitätssensibel sein und in allen Bereichen über hohe interkulturelle Kompetenz verfügen. Dafür werden wir die entsprechenden Maßnahmen einleiten.

Die kostenlose Teilnahme an Integrations- und Sprachkursen ist eine Grundvoraussetzung für erfolgreiche Teilhabe. Auch EU-Ausländer*innen sowie Menschen mit Migrationsgeschichte, sollen ein Recht auf die kostenlose Teilnahme an Integrations- und Sprachkursen haben. Wichtig ist, dass hier eine Kinderbetreuung sichergestellt wird.

Auch wenn Menschen, die zu uns nach Hessen kommen, die deutsche Sprache erlernen: Häufig fällt es ihnen schwer, Behördensprache zu verstehen. Auch für sie werden wir uns für eine einfache Behördensprache einsetzen und mehrsprachige einfache Ausfüllhilfen bereitstellen.

Wir werden die Migrationsberatung ausweiten und die Beratungsstellen bedarfsgerecht ausstatten.

Wir wollen uns auf Bundesebene und im Bundesrat mit Nachdruck dafür einsetzen, dass alle Menschen, die länger als 6 Jahre* in hessischen Kommunen leben, ein kommunales Wahlrecht erhalten, sofern ein unbefristeter Aufenthaltstitel vorliegt.

Solange es das kommunale Wahlrecht für alle nicht gibt, muss es in jeder Kommune verpflichtend einen Ausländerbeirat geben.

* ***Redaktioneller Hinweis:*** *In der ursprünglichen Fassung dieses Wahlprogramms stand an dieser Stelle irrtümlicherweise „sechs Monate" anstatt „sechs Jahre". Hier ist der Redaktion ein Fehler bei der Übertragung der Passage aus unserem Positionspapier „Vielfalt und Integration in Hessen: Staatliche Verantwortung und gesellschaftlicher Zusammenhalt" ins Wahlprogramm unterlaufen. Außerdem fehlte der Hinweis, dass ein unbefristeter Aufenthaltstitel vorliegen muss. Die entsprechende Passage findet der interessierte Leser auf Seite 21 des Positionspapiers, welches unsere Landtagsfraktion im Vorjahr veröffentlicht : https://www.spd-fraktion-hessen.de/wp-content/uploads/sites/265/2022/05/Integrationspapier_FINAL.pdf.*
Wir bitten den Fehler zu entschuldigen.

10.

HESSEN VORN BEI DER SOZIALEN ENERGIEWENDE

10. HESSEN VORN BEI DER SOZIALEN ENERGIEWENDE

Hessen hinkt beim Ausbau der Erneuerbaren Energien anderen deutschen Ländern hinterher. Dabei hat der russische Angriffskrieg auf die Ukraine anschaulich gezeigt, wie wichtig die Unabhängigkeit von fossilen und auch nuklearen Energieträgern ist. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass die kostengünstigen Erneuerbaren Energien die Energiekosten wirksam dämpfen. Dies ist ein wichtiger sozialer Effekt der Energiewende, denn Energie muss für die Menschen in Hessen auch bezahlbar sein.

ERNEUERBARES HESSEN

Am wichtigsten auf Landesebene ist die Flächenbereitstellung für Erneuerbare Energien, vor allem für Windenergieanlagen und Solarparks. Ebenso wichtig ist aber auch ein unbürokratischer und gut koordinierter Vollzug der Gesetze, z. B. zur zügigen Genehmigung von Anlagen zur Nutzung von Wind, Sonne und Wasser zur Energiegewinnung. Wir werden dafür sorgen, dass Hessen zu den deutschen Ländern mit den schnellsten Genehmigungsverfahren für Erneuerbare Energien wird.

Wir werden dafür sorgen, dass in Hessen ausreichend geeignete Flächen für den Ausbau Erneuerbarer Energien zur Verfügung gestellt werden. Unser Ziel ist die reale Nutzung von 2 % der Landesfläche für die Windstromerzeugung, wie es beim hessischen Energiegipfel 2011 vereinbart, aber bisher nicht umgesetzt wurde. Dafür werden wir auch die aktuelle schwarzgrüne Verhinderungspolitik gegen Repowering (die Ersetzung alter durch moderne Windkraftanlagen) beenden.

Wir wollen einen deutlichen Ausbau der Solarenergie. Dabei gilt, dass die Nutzung von bereits versiegelten Flächen wie Dächern, Fassaden, Balkonen, Lärmschutzwänden, Parkplätzen etc. Vorrang vor der Nutzung von Freiflächen haben muss. Das Land muss dabei mit gutem Beispiel vorangehen: Auf allen geeigneten Dachflächen von landeseigenen Gebäuden werden bis 2030 Photovoltaik-Anlagen (PV) eingerichtet. Wir werden die Nutzung von Photovoltaik und Solarthermie auf allen Dachflächen und Verkehrsstraßen, auf denen das technisch möglich und wirtschaftlich vertretbar ist, ermöglichen und fördern. Die Bedingungen für die Nutzung von Photovoltaik auf denkmalgeschützten Gebäuden werden wir im hessischen Denkmalschutzgesetz festschreiben, um allen Beteiligten Planungssicherheit zu geben.

Ganz ohne die Nutzung von Freiflächen für Photovoltaik werden wir unsere Ausbauziele in Hessen nicht erreichen. Um schneller Flächen bereitzustellen, werden wir eine generelle Öffnung der Standortkulisse für benachteiligte Gebiete mittels Landesverordnung ermöglichen. Bei der Freifläche legen wir den Schwerpunkt auf Schienen- und Bahntrassen sowie auf die Doppelnutzung von landwirtschaftlichen Flächen (Agri-PV) und bereits versiegelten Flächen.

Auch die sogenannte kleine Wasserkraft leistet einen wichtigen Beitrag zur Energiewende in Hessen und gleichzeitig zur Verhinderung der Austrocknung.

WÄRMEVERSORGUNG IN HESSEN

Während die Stromversorgung heute bereits annähernd zur Hälfte aus Erneuerbaren Energien erzeugt wird, gilt das nur für einen geringen Teil der Wärmeversorgung. Dabei benötigen wir für Wärme mehr als die Hälfte unseres Endenergiebedarfs in Deutschland. Erneuerbare Energien müssen daher auch bei der Wärmeversorgung in Hessen eine deutlich größere Rolle spielen, um das Ziel von 100 Prozent Erneuerbare Energien bis spätestens 2045 erreichen zu können. Wichtig sind verschiedene Ansätze zur Nutzung von Erneuerbaren Energien für Gebäudewärme aber auch im Bestand: hier steckt großes Potenzial in der Nutzung von Wärmepumpen, aber auch von Fernwärme und dem möglichen Einsatz von Wasserstoff als Energieträger für Prozesswärme. Das dafür notwendige Gasverteilnetz liegt mit dem bereits bestehenden Erdgasnetz großflächig im Boden und kann für den Transport von Wasserstoff umgenutzt werden.

Wir werden daher in Hessen Erneuerbare Energien zur Wärmebereitstellung bis 2030 verdoppeln. Ein wichtiges Instrument dafür sind kommunale Wärmepläne.

Die Beratung, Förderung und Unterstützung des Landes von Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz für Haushalte und Unternehmen werden wir fortsetzen.

Um energieintensive Industrieunternehmen am Standort Hessen zu halten und Arbeitsplätze zu sichern, sind Bezahlbarkeit, Versorgungssicherheit und die Steigerung der Energieeffizienz wichtige Voraussetzungen. Daher werden wir uns dafür einsetzen, dass diese auch in Zukunft in Hessen gesichert werden.

DAS LAND ALS VORBILD

Das Land muss als Vorbild beim Ausbau der Erneuerbaren Energien und im Bereich der Energieeffizienz vorangehen. Dies gilt vor allem für die energetische Sanierung der Landesliegenschaften und den Ausbau von Photovoltaik-Anlagen auf den Gebäudedächern.

Kommunale Energieversorgungsunternehmen spielen eine entscheidende Rolle beim Ausbau der Erneuerbaren Energien. Sie tragen das Wissen und die Expertise für eine innovative und nachhaltige Energieversorgung vor Ort und bringen Bürger*innen einerseits und lokales Handwerk andererseits bei der Energiewende zusammen. Dies erhält und schafft Wertschöpfung und Arbeitsplätze vor Ort. Daher werden wir die Möglichkeiten der kommunalen Energieversorgungsunternehmen zum Ausbau der Erneuerbaren Energien deutlich verbessern und sie besser in die Lage versetzen, die Energiewende effektiv und bezahlbar für die Menschen umzusetzen. Wir werden zur Förderung der Erneuerbaren Energien auch Energiegenossenschaften und Energiegemeinschaften ggf. in Kooperation mit den kommunalen Energieversorgern stärken.

Um die konkreten Bedarfe im Bereich der erneuerbaren Energien und von Wasserstoff aus Erneuerbaren Energien zu ermitteln, werden wir Studien auf der regionalen Ebene in Auftrag geben, die diese Bedarfe ermitteln. Auf dieser Basis lässt sich eine zielgenaue Infrastruktur aufbauen. Die Aus-, Weiterbildungs- und Qualifizierungsbedarfe werden sich durch den Ausbau Erneuerbarer Energien erheblich verändern. Daher müssen diese angepasst werden.

Wir werden die Sekundärnutzung organischer Substanz in stromgeführten Kraft-Wärme-Kraftwerken (KWK) zur Abdeckung der Restlast unterstützen.

Wir setzen uns dafür ein, dass auch in den Branchen der Erneuerbaren Energien, der Elektromobilität, Wasserstoffwirtschaft und der Energieeffizienz Tarifbindung und Mitbestimmung gewährleistet sowie Aus-, Weiterbildung und Qualifizierung gesichert und gefördert werden.

11.

KLIMASCHUTZ FÜR EIN ZUKUNFTS-FÄHIGES HESSEN

11. KLIMASCHUTZ FÜR EIN ZUKUNFTSFÄHIGES HESSEN

Der Schutz der Menschen vor den großen Veränderungen des Klimas ist eine der zentralen Aufgaben der Politik der nächsten Jahrzehnte. Dazu sind Veränderungen in vielen Lebensbereichen nötig. Diese wollen wir so gestalten, dass unser Wohlstandsniveau erhalten und gleichzeitig die soziale Ungleichheit reduziert wird. Diese Aufgabe betrifft alle Ebenen und alle Politikbereiche. Wir wollen, dass das Land Hessen seinen eigenen Beitrag leistet, um den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf unter 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Hessen soll als eines der ersten Bundeländer klimaneutral werden. Dafür tragen alle Ressorts Verantwortung.

GESETZE NACH KLIMAWIRKUNG PRÜFEN

Neben guter Arbeit werden Nachhaltigkeit und Klimaschutz zentraler Maßstab für Landespolitik. Jedes Gesetz, jede größere Haushaltsposition wird im Vorfeld auf die Klimawirkungen geprüft. Dabei werden alle Klimawirkungen mit einem CO_2-Schattenpreis in der Höhe der CO_2-Schadenskosten versehen. Vorschläge, die nicht klimaneutral umsetzbar sind, bedürfen einer besonderen Begründung. Ebenfalls auf Klimawirkung geprüft werden Verordnungen und der Landesentwicklungsplan. Bestehende Regelungen und Subventionstatbestände werden bis 2025 ebenfalls geprüft und gegebenenfalls geändert. Dazu werden wir das gerade beschlossene Klimaschutzgesetz verbessern.

KLIMANEUTRALE LANDESVERWALTUNG

Wir werden bis zum Jahr 2030 die Landesverwaltung klimaneutral organisieren. Kompensationsmaßnahmen sind auf unabwendbare Ausnahmen zu beschränken. Das gilt auch bei allen unter der Aufsicht des Landes stehenden Körperschaften und Unternehmen. Alle Fahrzeuge im Landesbesitz sind spätestens 2030 mit klimaneutralen Antrieben versehen. Die IT des Landes wird so klimaneutral wie möglich betrieben.

KLIMASCHUTZPLAN FÜR HESSEN

Für das Land Hessen wird ein integrierter Klimaschutzplan erstellt. Hier werden die Klimaziele festgehalten und die notwendigen Maßnahmen zusammengefasst. Diese decken dabei alle relevanten Handlungsfelder ab. Sektorkopplung wird genutzt, um die Ziele schneller und effizienter zu erreichen. Der Klimaschutzplan wird darauf ausgelegt, die Entwicklung hin zur Klimaneutralität deutlich zu beschleunigen. Er enthält insbesondere konkrete Minderungsziele für die Bereiche Energie, Gewerbe, Verkehr, Wärme, Landwirtschaft und Abfallwirtschaft. Die Folgen aller Maßnahmen auf Beschäftigung und Einkommen werden regelmäßig auf der Ebene von Regionen und Branchen analysiert, um negativen Effekten entgegenzuwirken.

In einem Klimabericht alle zwei Jahre legt die Landesregierung Rechenschaft ab, inwieweit die Klimaziele erreicht wurden. Fehlentwicklungen wird durch neue Maßnahmen begegnet.

Das Land schließt Klimaschutzvereinbarungen mit Unternehmen, um Emissionen und Energieverbrauch zu reduzieren und fördert Umstellungsmaßnahmen, dazu gehören auch Zahlungen für eine Übergangszeit, um Nachteile aus klimaneutraler Produktion auszugleichen. Diese können aus dem von der SPD vorgeschlagenen Transformationsfonds gefördert werden. Dieser unterstützt auch Beschäftigte beim Erwerb einer neuen Qualifikation. Einbezogen werden Maßnahmen, die negativen sozialen und ökonomischen Folgen von Klimaschutzmaßnahmen entgegenwirken. Dazu gehört insbesondere die Sicherung von Arbeit, Einkommen und Wirtschaftskraft. Die Entwicklungen hin zu Maßnahmen für den Schutz der Menschen vor dem Klimawandel werden ergänzt um Maßnahmen für die Anpassung an den Klimawandel.

KOMMUNEN BEIM KLIMASCHUTZ UNTERSTÜTZEN

Wir unterstützen und fördern Kommunen, die im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung die eigenen Gestaltungsmöglichkeiten zur Reduzierung von Treibhausgasen und zum Schutz der Bevölkerung nutzen. Deshalb unterstützen wir die Kommunen bei ihren Anstrengungen zur Energiewende vor Ort. Klimaschutz wird Pflichtaufgabe. Das Land stellt die notwendigen Mittel zu Verfügung.

Jede Kommune erstellt einen Energiebericht. Aus den Ergebnissen werden – unter Nutzung von ggf. bestehenden Transformationsplänen von Unternehmen – verbindliche kommunale Energiepläne erstellt. Diese enthalten Zeitpläne zur klimaneutralen Transformation der Energieversorgung, zur Sanierung und für ein Energiemanagement. Die Kommunen verbinden eine klimaneutrale Versorgung mit den allgemeinen Planungszielen. Sie erstellen eine integrierte Netzplanung für Strom, Wärme, Kälte und Wasser. Sie werden ermächtigt, per Satzung Erneuerbare Energieerzeugung und den Anschluss an Wärmenetze vorzuschreiben und Infrastrukturausgaben für den Ausbau des ÖPNV zu erheben.

UNTERNEHMEN IN DIE PFLICHT NEHMEN

Wärmeversorgungsunternehmen werden verpflichtet, einen Dekarbonisierungsplan, also einen Plan zur schrittweisen Reduktion von CO_2-Emmissionen mit dem langfristigen Ziel der gänzlichen Vermeidung von Treibhausgasemissionen, vorzulegen. Für Rechenzentren werden Konzepte zur Reduzierung des Verbrauchs gefördert. Sie werden verpflichtet, Pläne zur Nutzung der Abwärme zu erstellen. Das Land fördert parallel den Aufbau von Beratungsstellen für Energie und Klimaschutz.

Wir berücksichtigen auch die bereits absehbaren Auswirkungen des Klimawandels auf Hessen, für die Bevölkerung und ihren Gesundheitsschutz, auf Land- und Forstwirtschaft, Boden, Natur und Biodiversität sowie Wasser und Infrastruktur. Mit geeigneten Maßnahmen werden wir den negativen Folgen des Klimawandels möglichst begegnen sowie notwendige Anpassungen vornehmen.

Auch bei der Begrenzung der Folgen des Klimawandels spielen die Kommunen eine wichtige Rolle. Sie sorgen für eine Entsiegelung von Böden, damit mehr Wasser gespeichert wird, für die Begrünung von Flächen und Gebäuden und zusätzlichen Schatten, um hohe Sommertemperaturen erträglicher zu machen.

Zur Beratung der Landesregierung bei der Klimaschutzpolitik wird ein Klimaschutzbeirat eingerichtet mit der Beteiligung von Wissenschaft, Kommunen, Unternehmern, Gewerkschaften und Umweltorganisationen.

Eine andere Energiepolitik, gute Ausbildung für dringend benötigte Arbeitskräfte, Bildung für Nachhaltigkeit, Verbesserung des ÖPNV, Speicherung von CO_2 bei der Landnutzung – all das zeigt, dass viele Politikbereiche zu einer guten Klimaschutzpolitik beitragen.

Wir fördern Kommunen, die Programme mit geeigneten Maßnahmen zur Senkung der örtlichen Temperaturen erstellen. Eine besondere Förderung erhalten diejenigen, die die im Klimaschutzplan angestrebten Ziele früher erreichen wollen.

Die Sicherung von guten Arbeitsplätzen ist nur in einer Wirtschaft mit sozialen und ökologischen Leitplanken zukünftig möglich. Wir verstehen Hessen als modernen Wirtschaftsstandort, indem technologieorientierte und innovative Gründer*innen mit neuen Ideen für den Klimaschutz Fuß fassen können. Wir unterstützen hessenweit die Schaffung von nachhaltigen Gründer*innen-Zentren für neue und nachhaltige Geschäftsmodelle.

12.

UMWELT, LAND-, FORST- UND WALD-WIRTSCHAFT, NATURSCHUTZ, VERBRAUCHER-SCHUTZ, NACH-HALTIGKEIT

12. UMWELT, LAND-, FORST- UND WALDWIRTSCHAFT, NATURSCHUTZ, VERBRAUCHERSCHUTZ, NACHHALTIGKEIT

Wir wollen Landwirtschaft in die Lage versetzen, in ökologisch verträglichen Stoffkreisläufen innerhalb der Grenzen der natürlichen Ressourcen leistungsfähig auf hohem Niveau sichere und gesunde Lebensmittel zu produzieren. Damit leistet sie auch ihren Beitrag zum Klimaschutz. Wir wollen den Menschen in der Landwirtschaft ein gutes und verlässliches Einkommen sichern. Nachhaltigkeit, Tierwohl und der Schutz von Natur und Biodiversität ergänzen sich. Wir orientieren uns an den Vorschlägen der Zukunftskommission Landwirtschaft.

LANDWIRTSCHAFT UND TIERSCHUTZ

Wir wollen, dass auf der gesamten Landwirtschaftsfläche nachhaltiger gewirtschaftet wird. Die notwendigen Förderprogramme wollen wir vereinfachen und entbürokratisieren. Aber wir unterstützen auch weiterhin die Umstellung von Betrieben zum ökologischen Landbau.

Die SPD unterstützt den Erhalt einer leistungsfähigen, den Zielen der Nachhaltigkeit und des Tierwohls verpflichteten, wettbewerbsfähigen Landwirtschaft, die auf hohem Niveau sichere Lebensmittel produziert. Dies liegt in unser aller Interesse und ist eine gesamtgesellschaftliche Verpflichtung.

Unser erklärtes Ziel ist es, die Kulturpflanzenvielfalt durch die Erweiterung der Fruchtfolgen sowie die Artenvielfalt durch gezielte Vernetzung der Biotope in der Fläche zu erhöhen. Wir fördern Humusaufbau und humusmehrende Fruchtfolgen, um die Fruchtbarkeit und eine lebendige Bodenstruktur langfristig zu stabilisieren, CO_2 zu binden und Wasser zu speichern. Wir schützen Böden und Wasser durch Maßnahmen zur weiteren Reduzierung von Stickstoffüberschüssen und Pflanzenschutzmitteln. Nur die gezielte, sparsame Anwendung entsprechender Mittel wird die Belastung unseres Grundwassers und Oberflächenwassers verhindern.

Wir werden die Versiegelung von Flächen durch Entsiegelungen oder andere Maßnahmen ausgleichen. Wir wollen eine sparsame Versiegelung neuer Flächen. Perspektivisch wollen wir einen Nettonullverbrauch erreichen.

Wir wollen die in Hessen üblichen familiengeführten Betriebe stärken, auch bei Existenzsicherung und Betriebsübernahme. Den Vorrang von selbstständigen Landwirten gegenüber Investoren, die nicht aus der Landwirtschaft sind, bei Kauf und Pacht wollen wir stärken. Den Aufbau neuer Betriebe unterstützen wir. Dem immer stärkeren Rückgang der landwirtschaftlichen Betriebe, muss entgegengewirkt werden.

Gerade die aktuellen Entwicklungen in Zusammenhang mit der Pandemie, dem Krieg in der Ukraine und den unsicheren weltweiten Lieferketten für Agrarprodukte haben die Nachfrage der hessischen Verbraucher*innen nach guten Lebensmitteln mit regionaler Herkunft verstärkt und die Notwendigkeit einer regionalen Erzeugung gezeigt. Die SPD erkennt mit Sorge, dass Einrichtungen der Marktstruktur wie Mühlen, Molkereien und insbesondere Schlachthöfe immer weniger werden. Die SPD setzt sich daher vorrangig dafür ein, dass das regionale Ernährungshandwerk, wie lokale Bäckereien, Metzgereien und ländliche Gastronomie erhalten bleiben. Sie machen insbesondere den ländlichen Raum attraktiv und lebenswert.

Wir unterstützen weiterhin die in Hessen übliche flächengebundene Tierhaltung und setzen hierbei nicht nur die Vorschläge des Kompetenznetzwerks Nutztierhaltung zur Verbesserung des Tierwohls und zur Beendigung der Missstände in der Massentierhaltung um, sondern werden die Einhaltung dieser Vorschläge regelmäßigen Prüfungen unterziehen. Mit der Förderung von dezentralen Molkerei- und Schlachtbetrieben wollen wir regionale Wertschöpfung und Kreisläufe stärken und lange Transportwege vermeiden. Insbesondere bei Schlachtbetrieben jeder Größe sind gute Arbeitsbedingungen einzuhalten.

Wir wollen bei der Beschaffung von Lebensmitteln durch öffentliche Einrichtungen durch Qualitätsstandards für Gemeinschaftsverpflegung auskömmlichere Preise ermöglichen. Dabei sind wir für Vielfalt auf dem Teller – regional und saisonal. Vegetarische und vegane Angebote sind selbstverständlich. Auch wollen wir die Verschwendung von Lebensmitteln deutlich reduzieren.

Wir unterstützen die regionalen Fairtrade-Initiativen, die Zusammenarbeit von Produzenten und Konsumenten bei der solidarischen Landwirtschaft, sowie andere Initiativen zur Gemeinschaftsökonomie.

SMART FARMING

Smart Farming kann dazu beitragen, die Herausforderungen von Preisdruck, Qualität und Ressourcenschutz zu bewältigen. Mit dem Einsatz digitaler Technologien in der Landwirtschaft können die Ressourceneffizienz erhöht, die Qualität verbessert, das Tierwohl gefördert und die Produktion umweltschonender gestaltet werden. Wir wollen unsere Betriebe durch Beratungsangebote hierbei unterstützen und weiterhin fit für die Zukunft machen. Wir wollen ein praxisorientiertes Netzwerk zur Unterstützung unserer Betriebe neu errichten.

Für den Erhalt der Artenvielfalt und Biotope ist die Bewirtschaftung und Beweidung unserer Kulturlandschaft unerlässlich. Insbesondere die Mähwiesen und Weideflächen in in Gebieten der Fauna-Flora-Habitatrichtlinie und Biosphärenreservaten sind zu schützen. Daher setzen wir auf ein zukunftsorientiertes Wolfsmanagement mit einer auskömmlichen Finanzierung von Weideschutzmaßnahmen und klare Entschädigungsregelungen.

Zur zeitnahen Versorgung verletzter Wildtiere sollen möglichst in jedem Landkreis Wildtierauffangstationen eingerichtet werden. Tierheime erhalten zur Erfüllung ihrer Aufgaben eine Basisfinanzierung.

WALD – NACHHALTIG FÜR WIRTSCHAFT UND NATURERLEBNISSE NUTZEN

Hessen ist das waldreichste Land Deutschlands. Der Erhalt der biologischen Vielfalt, der Schutz von Klima, Wasser und Boden, sowie die Möglichkeit zu Erholung und zu Naturerlebnissen für den Menschen sehen wir als festen Bestandteil der Waldbewirtschaftung.

Wir wollen alle Kraft darauf verwenden, dass der Wald auch in Zukunft nachhaltig bewirtschaftet werden kann. Holz ist ein wertvoller nachwachsender Rohstoff. Die nachhaltige Erzeugung dieses Rohstoffes hat sowohl eine ökologisch wie auch ökonomisch hohe Bedeutung. Gerade im ländlichen Raum hängen viele Arbeitsplätze mit dem „Cluster Holz" zusammen – von der Holzverarbeitung, über die Forstwirtschaft bis zum naturnahen Tourismus. Dieses Potenzial wollen wir erhalten.

Dabei wollen wir langfristig einen dem Standort und der natürlichen Waldgesellschaft angepassten, gemischten, mosaikartig strukturierten und ungleichaltrigen Wald. Erst dieser Struktur- und Artenreichtum des Dauerwaldes gibt Wäldern eine hohe Anpassungskraft an das sich verändernde Klima. Zum Artenreichtum gehören auch Varietäten, die, die längere wärmere und trockenere Klimaphasen aushalten. Deshalb gilt: Ökologie und Ökonomie müssen bei der Waldbewirtschaftung in ein Gleichgewicht gebracht werden. Wir prüfen, ob der Landesbetrieb HessenForst wieder in ein Landesamt umgewandelt werden kann.

Ökosystemleistungen des Waldes wollen wir vergüten. FSC betrachten wir als Mindeststandard. Wir wollen die Potenziale des biologischen Klimaschutzes nutzen. Wir fördern Humusbildung in Feld und Wald und verlängern die Umtriebszeit der Bäume. Wir streben strukturierte Waldränder an.

Die Bewirtschaftung unserer Wälder erfolgt behutsam und nachhaltig: Kahlschläge und ein Aufreißen des Schirms werden vermieden und es wird jährlich weniger Holz entnommen als nachwächst. Fünf bis 15 Habitatbäume pro ha wollen wir aus der Nutzung nehmen. Wo es geht, setzen wir auf Naturverjüngung und entsprechend angepasste Wilddichten.

Wir bleiben dabei, dass zehn Prozent unseres Waldes im Sinne der europäischen Biodiversitätsstrategie aus der Bewirtschaftung genommen werden. Langfristig wollen wir durch Flächenmanagement von vielen kleinen Teilflächen zu großen zusammenhängenden Gebieten kommen.

Damit dies alles gelingt, werden wir den Personalbestand bei HessenForst erhöhen und in kontinuierliche Fortbildung investieren. Auch hier achten wir auf gute Arbeitsbedingungen, z. B. kleinere Reviere.

Die Forsteinrichtung nutzen wir als Dialogforum und beziehen Gemeinden, Privatwald und Umweltverbände ein. Mit einem „Pakt für den Wald" wollen wir unsere Wälder stabilisieren und mehr Resilienz im Klimawandel.

Zur Schonung des Waldbodens wollen wir einen Rückegassenabstand nicht unter 40 Meter. Für spezielle Nutzungen wie z. B. Reiten gibt es geeignete Wege, der Rest des Waldes wird nicht beeinträchtigt.

Bei der Nutzung von Holz als nachwachsendem Rohstoff soll das Land beim Bau und bei der Beschaffung mit gutem Beispiel vorangehen im Sinne der Kaskadennutzung und damit langfristigen CO_2-Bindung.

Beim Umbau der Wälder spielt neben den forstwirtschaftlichen Grundprinzipien auch die Jagd eine entscheidende Rolle. Ziel ist es, einen angepassten artenreichen und gesunden Wildbestand in Einklang mit der Waldbewirtschaftung zu bringen und Wildschäden zu vermeiden.

NACHHALTIGER UMGANG MIT WASSER

Wir wollen eine nachhaltige und zukunftsfähige Wasserwirtschaft gewährleisten. Dabei spielen Entsiegelung und Renaturierung eine wichtige Rolle. Die letzte Frist der Wasserrahmenrichtlinie wollen wir nutzen, um endlich flächendeckend einen guten Zustand zu erreichen. Das Programm „100 Wilde Bäche“ muss auch realisiert werden.

Wir unterstützen Maßnahmen zur Reduzierung des Wasserverbrauchs. Die Schaffung neuer, geeigneter Speichermöglichkeiten von Regenwasser zur Beregnung landwirtschaftlicher Flächen wird gefördert. Wir erheben zur Finanzierung eine Wasserabgabe für Verbräuche oberhalb des durchschnittlichen Haushaltsbedarfs. Um bisherige Wasserentnahmegebiete zu entlasten, soll die Nutzung von aufbereitetem Oberflächenwasser verstärkt werden.

Wir unterstützen beim Schutz von Wasser vorrangig die Reduzierung von Schadstoffeintrag bei den Verursachern. Uferrandstreifen schützen Flüsse und Bäche. Wir fördern bei Kläranlagen ergänzende Klärstufen.

Angesichts zunehmender Starkregenereignisse brauchen wir ein Programm zur Verstärkung des Hochwasserschutzes mit zusätzlichen Zwischenspeicherungen vor Ort – hin zu Schwammstädten, neuen Retentionsräumen und einem angepassten Strömungsmanagement.

Bei der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie in Flussläufen mit Querverbauung setzen wir auf Prozesse wie das „LiLa – Living Lahn“-Projekt.

NATUR UND LANDSCHAFT – KLIMASCHUTZ UND WIRTSCHAFT VERNETZEN

Wir wollen die Flächenverwaltungen im Naturschutz, in der Landwirtschaft und im Forst so vernetzen, dass die Erhaltung natürlicher Lebensgrundlagen durch Koordination bestmöglich umgesetzt wird. Durch Aus- und Fortbildung und angemessene personelle Ausstattung sollen ihre Arbeitsfähigkeit verbessert werden. Zur Kooperation vor Ort unterstützen wir die Arbeit und die Einrichtung von Landschaftspflegeverbänden.

Wir wollen einen Biotopverbund über Wald- und Wegränder, Strukturelemente in der Landschaft, Saum- und Trittsteinbiotope auf 15 % der Landesfläche, wo notwendig ergänzt um Grünbrücken, um Wanderungsarten neue Lebensräume und genetischen Austausch zu ermöglichen. Die mit den Naturschutzverbänden abgestimmten Maßnahmenpläne zum Vogelschutz beim Windkraftausbau müssen endlich mit Personal ausgestattet und umgesetzt werden. Wir unterstützen Initiativen zum Erhalt regionaler alter Tierrassen und von Pflanzensaatgut.

Wir wollen die Daten aus dem Erdbeobachtungsprogramm der Europäischen Union „Copernicus“ nutzbringend für die Entwicklung und das Monitoring von Maßnahmen zu Klimaschutz, Verkehrsentwicklung und Landnutzung einsetzen. Deshalb werden wir für ausreichend Fachpersonal und die entsprechende digitale Ausstattung sorgen. Wir wollen mit einer Dark-Sky Initiative Bewusstsein für die Folgen von Lichtverschmutzung schaffen und gleichzeitig Energie sparen. Wir unterstützen das Hessische Netzwerk dazu.

VERBRAUCHERSCHUTZ IM WANDEL DES KONSUMVERHALTENS

Unser Konsumverhalten verändert sich immer schneller und hat erhebliche Auswirkungen. Deshalb wird eine breit aufgestellte Verbraucherberatung immer wichtiger. Die Mittel dafür wollen wir verdoppeln. Auch die Beratung zur Nachhaltigkeit, zur Ernährung, zu Wohnkosten und Schuldentilgung muss verstärkt werden.

Wir wollen die Lebensmittelkontrolle endlich ausreichend ausstatten und dem Land bei Probenentnahme und Kontrolle von größeren Betrieben mehr Verantwortung übertragen.

Auf dem Weg zur Kreislaufwirtschaft arbeiten wir an der Müll-Vermeidung. Wir fördern Repair-Cafes, Recycling-Kaufhäuser, Tauschbörsen und ähnliche Initiativen, um Waren möglichst lange in Benutzung zu halten.

13.

KUNST, KULTUR UND MEDIEN

13. KUNST, KULTUR UND MEDIEN

In Zeiten des gesellschaftlichen Umbruchs und eines krisenhaften Lebensgefühls nehmen Kunst, Kultur und Medien eine besonders wichtige Aufgabe wahr. Kunst und Kultur sind notwendig für die offene Gesellschaft, und dies umso mehr, als die Demokratie zunehmend bedroht wird. Als Gradmesser gesellschaftlicher Vielfalt und ihrer Freiheit müssen Kunst und Kultur großzügig gefördert, die Teilhabe an ihnen muss allen ermöglicht werden. Kunst und Kultur sind für die SPD Hessen mehr als eine freiwillige Leistung, sie sind Teil der Daseinsvorsorge und unabdingbar für ein gutes Leben.

Es braucht eine verlässliche Unterstützung der freien Kulturszene genauso wie die Stärkung der großen Institutionen der Theater, Konzerthäuser, Museen und auch der Kunsthochschulen. Diese Förderung versteht sich dabei nicht nur materiell, sondern sie ist eine zielgerichtete Kulturpolitik, die Kunst als Möglichkeitsraum und als Ort der Vermittlung von Erfahrung und Wissen begreift.

Für das Funktionieren der Demokratie ist zudem eine vielfältige Medienlandschaft von entscheidender Bedeutung. Es gilt, ihre Qualität und einen freien Zugang in Zeiten von Digitalisierung und gesellschaftlichen Veränderungen zu sichern. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk steht dabei besonders im Fokus der Landespolitik.

KULTURANGEBOT FÜR KINDER UND JUGENDLICHE – TEILHABE UND KULTURELLE BILDUNG

Die SPD Hessen wird in Regierungsverantwortung einen größeren Schwerpunkt auf kulturelle Bildung legen. Dazu zählen neben den schulischen die außerschulischen Angebote der kulturellen Kinder- und Jugendbildung sowie der gemeinwohlorientierten Weiterbildung. Im Besonderen zählen dazu neben Kunst- und Musikschulen, Museen, Theater, Volkshochschulen, Bibliotheken und Kinos auch Bildungsprojekte der freien Kulturszene. Wir bekennen uns zur Teilnahme an dem Bundesprogramm „Kultur macht stark“, das bereits in der dritten Förderperiode besteht. Wir wollen die institutionelle Absicherung dieses Programms mit zusätzlichen Landesmitteln unterstützen. Und wir wollen die vielfältigen Kulturinitiativen insbesondere auch außerhalb der Ballungsräume stärker miteinander vernetzen. Ziel ist es, möglichst vielen Menschen kulturelle Teilhabe nachhaltig zu ermöglichen. Chöre, Orchester und weitere Akteure aus dem Bereich der Amateurmusik wollen wir ergänzend zum Amateurmusikfonds des Bundes fördern und die hessischen Musikschulen drittelparitätisch finanzieren. Kultur muss auch auf dem Land als Teil der Daseinsvorsorge verstanden und vorgehalten werden. Um die kulturelle Teilhabe von Kindesbeinen an kostenfrei sicherzustellen, wollen wir ein landesweites Kultur-Ticket für Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre einführen.

ORTE DER VERMITTLUNG VON WISSEN, ERFAHRUNG UND UNTERHALTUNG: THEATER, MUSEEN UND ARCHIVE

Museen und Theater sind Orte der Vermittlung von Wissen und Erfahrung, des Spiels und der Unterhaltung. Sie müssen gestärkt und weiterentwickelt werden.

Theater sollen noch zugänglicher werden. Die Strukturen des Theaters selbst sollen die Realität der sich wandelnden und gewandelten Gesellschaft widerspiegeln. Das bedeutet für uns konkret, dass wir für mehr Diversität in Führungspositionen und für mehr Vermittlungsangebote eintreten. Nur so wird

das Theater für zukünftige Generationen gesichert. Denn Theater sind die Orte, an denen Tradition und Erneuerung ständig neu ausgehandelt werden. Die Finanzierung der Staatstheater ist weiterhin sicherzustellen. Außerdem benötigt die freie darstellende Szene künftig eine verlässliche Mehrjahresförderung. Die Stadt Frankfurt leistet mit den städtischen Bühnen und anderen (Produktions-)Häusern einen wesentlichen Beitrag für den hessischen Kulturbetrieb. Eine Unterstützung des Landes soll künftig gemeinsam mit den umliegenden Kommunen geprüft werden. Auch die Deutsche Akademie der Darstellenden Künste bereichert die hessische Theaterlandschaft. Wir unterstützen daher die Bemühungen der Wissenschaftsstadt Darmstadt, der Akademie Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen.

Die Profilierung der staatlichen Museen und Archive werden wir vorantreiben. Dabei stellen die Landesmuseen und -archive für uns herausragende Kultureinrichtungen dar, deren weitere Öffnung wir forcieren. Denn die Museen sehen sich wachsenden Aufgaben gegenüber: von der Internationalisierung des Publikums über die Diversifizierung kultureller Angebote bis zur Digitalisierung der Sammlungs- und Archivbestände. Die digitale Erschließung von Sammlungen ist unabdingbar, um eine zeitgemäße Darstellung und Vermittlung der Exponate zu gewährleisten, um die Öffentlichkeit wirksam zu erreichen und um die Provenienz der Objekte besser erforschen zu können. Die Museen bergen kulturelle Schätze, deren Herkunft uns die ethische Verpflichtung auferlegt, auferlegt, nachgewiesenes Raubgut zurückzugeben. Wir wollen die Museen personell und finanziell in die Lage versetzen, diese Aufträge zu erfüllen.

HESSISCHE ERINNERUNGSKULTUR SCHAFFEN – DEMOKRATIEGESCHICHTE UND POLITISCHE BILDUNG

Hessen hat unter sozialdemokratischer Führung Maßstäbe der demokratischen Aufklärung und Bildung gesetzt. Daran wollen wir anschließen. Wir werden die Landeszentrale für politische Bildung stärken, einen weiteren Standort außerhalb des Rhein-Main-Gebiets einrichten, und deren Angebote für die digitale Öffentlichkeit zeitgemäß weiterentwickeln. Wir wollen ein Demokratiefördergesetz auf den Weg bringen. Demokratieförderung ist eine Daueraufgabe, die in allen Bildungsinstitutionen verankert und verlässlich finanziert werden muss. Wir wollen nicht nur bestehende Gedenkstätten weiter fördern, sondern mit neuen Bildungs- und Gedenkorten an weitere Opfer von Nationalsozialismus und Menschenhass von heute sowie an mutige Wiederstandskämpfer*innen aus der Vergangenheit erinnern. Dabei beziehen wir auch das Kriegsfolgenschicksal, die Deportation, die Verfolgung und die Zeit der Aussöhnung deutscher Minderheiten in Mittel- und Osteuropa sowie den GUS-Staaten, insbesondere die Geschichte der Deutschen aus Russland ein. Dazu muss die gute Arbeit von zivilgesellschaftlichen Partnern vor Ort größere Anerkennung finden und der Austausch mit Forschungsinstitutionen wie dem Fritz-Bauer-Institut intensiviert werden. Wir werden unter anderem eine digitale Plattform der hessischen Erinnerungskultur schaffen, um den Austausch zu fördern und Angebote besser sichtbar zu machen. Die deutsche und europäische Demokratiegeschichte wird zukünftig in einem auch vom Land Hessen getragenen „Haus der Demokratie“ in unmittelbarer Nähe der Frankfurter Paulskirche vermittelt. Dabei sind auch die außerordentlichen Leistungen der Deutschen Revolution für das Entstehen eines demokratischen und sozialen Deutschlands herauszustellen. Nicht zuletzt können so die Herausforderungen breit diskutiert werden, denen sich die heutige Demokratie stellen muss, um echte gesellschaftliche Teilhabe für alle Bürger*innen zu garantieren. Die höchste Auszeichnung Hessens, die Wilhelm-Leuschner-Medaille, hat für uns einen besonderen Stellenwert. Künftig soll nicht mehr die Ministerpräsidentin allein, sondern eine zeitgemäße Jury über die Preisvergabe entscheiden.

VIELFALT UND QUALITÄT STÄRKEN – FREIE KULTURSZENE, SOZIOKULTUR UND CLUBKULTUR

Die freien Künstler*innen bilden ein Herzstück der sozialdemokratischen Kulturpolitik. Ihr Ansatz, unabhängig von großen Institutionen oder mit diesen in Kooperation Werke zu erarbeiten, verdient unsere volle Unterstützung. Denn die Freie Kulturszene und soziokulturelle Zentren bereichern in der Breite und mit ihren häufig experimentellen Formen die hessische Kulturlandschaft. In allen Kunstgattungen hat sich eine enorme Vielfalt und Qualität entwickelt. Nicht selten jedoch müssen diese Künstler*innen unter schwierigen, teils prekären Bedingungen arbeiten. Diese Lage hat sich während der bestehenden Krisen verschärft. Für die Sicherung und Weiterentwicklung der Szene ist es daher von erheblicher Bedeutung, dass es gute Arbeitsbedingungen gibt. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Förderungen erhöht werden, gerade in Ballungsräumen günstige Arbeitsräume gesichert werden, Mindesthonorare gezahlt und die Sichtbarkeit von freien Künstler*innen insgesamt deutlich verbessert wird.

Auch Musikclubs sind unerlässliche Orte der kulturellen und subkulturellen Begegnung. Daher sind sie nicht als reine Vergnügungsstätten zu werten, sondern als kulturelle Einrichtungen anzuerkennen. In Abstimmung mit den Interessenvertretungen von Clubs und Gastronomie sind diese Orte besser zu schützen, indem die Baunutzungsverordnungen gemeinsam mit den Kommunen überprüft und angepasst sowie eigene Landesförderungen für nichtkommerzielle Clubangebote eingerichtet werden. Auch Popkultur und Popularmusik sind Teil einer lebendigen Kulturlandschaft. In Abstimmung mit den Interessenvertretungen von Clubs und Gastronomie wollen wir weitere Fördermöglichkeiten für Clubs und Festivals erörtern. Insbesondere Nachwuchskünstler*innen müssen gezielt gefördert werden.

KULTUR FÜR ALLE REGIONEN AUF DEM LAND UND IN DER STADT

Die SPD Hessen wird die regionale Zusammenarbeit für die Kultur in den Städten ebenso wie im ländlichen Raum gezielt stärken. Dazu werden wir Kooperation noch stärker fördern, indem sie entsprechende Anreize geteilter Kulturangebote schafft. Schausteller und Marktkaufleute müssen in Hessen eine Zukunft haben, denn Volksfeste und Märkte sind ein wichtiger Bestandteil unseres gesellschaftlichen Miteinanders. Die gute Arbeit der Kulturregion FrankfurtRheinMain und des Kulturfonds Frankfurt RheinMain soll ausgebaut werden. Für Nordhessen soll eine ähnliche Form der Kooperation auf den Weg gebracht werden. Kommunen, die eine Kulturentwicklungsplanung anstrengen, sollen landesseitig gefördert werden. Kulturelle Angebote sollen bei Fragen der Begleitung von Stadtentwicklungskonzepten größere Berücksichtigung finden. Dazu zählt besonders die Schaffung von Kulturräumen, die mit ihren Angeboten für alle zugänglich sind.

MEDIEN UND FILM – KREATIVWIRTSCHAFT IN HESSEN STÄRKEN UND FÖRDERN

Medien sind heute mehr als nur Mittler von Information und Unterhaltung, sie werden in stärkerem Umfang als Arbeits-, Lehr- und Lerngegenstände genutzt. Das Internet hat die Printmedien wie Zeitung und Büchermarkt, aber auch den Rundfunk weiterentwickelt. Das eröffnet neue Chancen für eine demokratische Öffentlichkeit, birgt aber auch Risiken, wenn es nicht gelingt, qualitätsgesicherte und unabhängige Informationen für alle zu gewährleisten.

Die Nutzer*innen von Medien sind nicht mehr passive Konsumenten, sondern gehen zunehmend aktiv und selbstbestimmt mit ihnen um. Damit die Erfahrungen und das Lebensgefühl wirklich aller

Hess*innen größere Berücksichtigung finden, müssen insbesondere jüngere Menschen stärker zu Wort kommen, aber auch die spezifischen Anforderungen des ländlichen Raums nach Information und Repräsentation erfüllt werden. Die Realität der pluralen Gesellschaft muss sich künftig im Angebot wiederfinden. Als Leitmedium kommt dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk die Aufgabe zu, zur demokratischen Meinungsbildung wesentlich beizutragen. Daher sind der Markenkern des Hessischen Rundfunks (hr) mit seinen starken Informationsangeboten zu erhalten und auszubauen sowie Formate in leichter Sprache noch deutlicher einzubeziehen. Außerdem unterstützen wir die Entwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks hin zu einem echten crossmedialen Programmangebot, damit mehr Nutzer*innen erreicht werden können.

Wir bekennen uns zum hr-Symphonieorchester und zur hr-Bigband. Die Klangkörper sind in ihrer Entstehungsgeschichte untrennbar mit dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk verbunden. Der Auftrag des Rundfunks beschränkt sich nicht darauf, Kultur zu verbreiten, er soll auch selbst weiterhin Veranstalter und Produzent hochwertiger Kulturangebote sein können.

Die SPD Hessen wird die Potenziale der hiesigen Filmbranche besser unterstützen. Wichtige Akteure haben nach wie vor ihren Sitz in Hessen – unter anderem die Spitzenorganisation der Filmwirtschaft (SPIO) oder auch die Freiwillige Selbstkontrolle der Filmwirtschaft, der Bundesverband Jugend und Film oder der Bundesverband kommunale Filmarbeit, die Filmhäuser in Frankfurt und Wiesbaden, die HessenFilm und Medien, die Murnau Filmstiftung, die AG Dok und nicht zuletzt das Deutsche Filminstitut und Filmmuseum. All diesen Institutionen wollen wir in Hessen gute Standortbedingungen erhalten und sie weiter verbessern und diese starke Struktur zur Profilierung und Weiterentwicklung des Filmstandortes Hessen nutzen. Dies wollen wir im Schulterschluss mit den regionalen Branchenverbänden erreichen.

Die Arbeit der HessenFilm und Medien GmbH nimmt für uns dabei eine Schlüsselstellung ein. Wir wollen sie ausbauen. Die wirtschaftliche Filmförderung muss aufgestockt werden, um den lokalen Playern im Wettbewerb der Länder beizustehen. Hierbei ist insbesondere die strukturelle Schwächung Hessens im Vergleich zu anderen Ländern, die während der Corona-Zeit ihre Mittel erhöht haben, auszugleichen. Denn die Kreativwirtschaft – hierbei explizit neben der Film- auch die Games-Branche – gehört auch in Hessen zu den stark wachsenden Wirtschaftszweigen. Besonders günstige Entwicklungsbedingungen finden sich dort, wo Technologie, Talent und Toleranz zusammengebracht werden. Ein besonderes Augenmerk werden wir dazu auf die Nachwuchs- und Hochschulfilmförderung legen.

14.

WISSENSCHAFT UND INNOVATION

14. WISSENSCHAFT UND INNOVATION

Unsere Wissenschaftspolitik wird geleitet von den Ideen der Bildungsgerechtigkeit und der Chancengleichheit. Wir fördern Lehre und Forschung in allen Fächern in ihrer gesamten Breite und unterstützen inter- und transdisziplinäre Lehre und Forschung und eine Wissenschaft, die sich einer „third mission" immer ihrer gesellschaftlichen Verantwortung im Sinne von Frieden, Nachhaltigkeit, Wohlstand und sozialem Zusammenhalt auf allen Ebenen bewusst ist.

GERECHTERE UND BREITE ZUGÄNGE ZU AKADEMISCHER BILDUNG

Noch immer hängt der Zugang zu Hochschulbildung sehr stark vom Elternhaus ab. Wir wollen erreichen, dass der Zugang zu akademischer Bildung für alle möglich ist. Deshalb unterstützen wir die weitere Öffnung des Hochschulsystems und werden ein Landesprogramm zur Unterstützung der Kinder von Nichtakademiker*innen auf den Weg bringen. Wir garantieren das gebührenfreie Studium für alle – dazu gehört die Abschaffung des hessischen Verwaltungskostenbeitrags.

Anstelle starr getrennter Wege wollen wir akademische und Ausbildungsberufe durchlässiger zueinander machen. Dazu werden wir die Möglichkeiten, ohne Abitur zu studieren, erweitern, den Wechsel von Ausbildung zum Studium und andersherum und deren Verknüpfung erleichtern und fördern. Wir unterstützen akademische Angebote der Fort- und Weiterbildung für alle Bevölkerungs- und Altersgruppen und werden prüfen, wie sich bestehende finanzielle Zugangshürden, z. B. für duales Studium, beseitigen lassen. Damit mehr Menschen, etwa Berufstätigen und Alleinerziehenden, ein Studium möglich wird, werden wir die Möglichkeiten für das Teilzeitstudium erheblich ausweiten und flexibilisieren.

Wissenschaft braucht den internationalen Austausch. Angesichts des zunehmenden Fachkräftemangels liegt es im Interesse unserer Gesellschaft, mehr internationale Studierende und Promovierende erfolgreich zum Abschluss zu führen.

Damit ein Studium künftig tatsächlich allen gleichermaßen offensteht, benötigen Studierende Zugang zu bezahlbarem Wohnraum, bezahlbare Mensen, Mobilität und eine gute Beratungsinfrastruktur. Wir werden deshalb die Studierendenwerke stärker finanziell unterstützen. Das Semesterticket wollen wir durch Landeszuschüsse für alle bezahlbar und mit dem 49-Euro-Ticket kompatibel machen. Wir werden auch auf Bundesebene auf Reformen des BAföG, die insbesondere Anpassungen an die tatsächlichen Lebenshaltungskosten vorsehen, dringen.

Wir werden ein Hessen-Stipendium für Berufe mit dauerhaftem Fachkräftemangel einführen (z. B. Landärzt*innen, Lehrer*innen). Daneben werden wir Studienplatzkapazitäten ausbauen und den Rechtsanspruch auf das Masterstudium nach dem BA-Erwerb einführen.

Wir streben an, Hochschulstandorte stärker in der Fläche zu verankern. Unter anderem werden wir die Ansiedlung einer Hochschule in Limburg unterstützen.

DIE WOHNUNGSNOT FÜR STUDIERENDE SCHNELLSTMÖGLICH ANGEHEN

Nach Jahrzehnten CDU-geführter und schwarzgrüner Landesregierungen gibt es für nicht einmal jeden zehnten Studierenden in Hessen einen Wohnheimplatz – eine katastrophale Bilanz für Studierende ohne reiche Eltern. Um den akuten Mangel zu bekämpfen, wollen wir in der kommenden Wahlperiode 10.000 Wohnheimplätze auf den Weg bringen. Wir werden uns daneben für ein Bund-Länder-Programm für Ausbau und die Sanierung von Wohnheimen einsetzen und auf zusätzliche Wohnkostenzuschüsse für Studierende in besonders angespannten Wohnungsmärkten hinwirken. Langfristig streben wir eine Versorgungsquote von 20 % gefördertem studentischen Wohnraum an. Auch Promovierende, Postdocs und internationale Studierende wollen wir bei der Suche nach Wohnraum besser unterstützen.

FAMILIENFREUNDLICHE UND DISKRIMINIERUNGSFREIE HOCHSCHULEN

Unser Leitbild ist, dass an Hochschulen, alle Menschen unabhängig von Geschlecht, Hautfarbe, ihrer sozialen Herkunft und ihrer sexuellen Identität gleiche Chancen haben. Wir gehen konsequent gegen Diskriminierungen vor und werden flächendeckend Beratungs- und Beschwerdestellen/Diversitätsbeauftragte schaffen. Damit Menschen mit Beeinträchtigungen am gesamten Hochschulleben teilnehmen können, werden wir den barrierefreien Umbau der Hochschulen und barrierefreie Lehre stärker unterstützen.

Eine Familie zu gründen, darf nicht länger ein Hindernis für das Studium oder einen erfolgreichen Weg in die Wissenschaftsberufe sein. Deshalb werden wir neben dem Ausbau des Teilzeitstudiums und einer familienfreundlicheren Gestaltung aller Studiengänge besonders den Ausbau der Kitaplätze, auch zu Tagesrandzeiten, für alle Hochschulangehörigen mit Kind vorantreiben. Um den Frauenanteil in der Wissenschaft zu steigern, wollen wir ein eigenes Landesprogramm zur Unterstützung von Wissenschaftler*innen in frühen Karrierephasen auflegen.

DIE ARBEITSBEDINGUNGEN IN DER WISSENSCHAFT VERBESSERN

Wir wollen, dass mangelnde Absicherung und unzureichend geregelte Arbeitsbedingungen – auch für wissenschaftliche Hilfskräfte – an Hessens Hochschulen der Vergangenheit angehören. Wir werden den bisher unverbindlichen „Kodex für gute Arbeit“ an Hessens Hochschulen verbindlich ausgestalten und auf alle Gruppen ausweiten. Insbesondere wollen wir das Übermaß an Befristungen beenden. Dazu werden wir eine Mindestquote für verbindliche Anschlusszusagen (Tenure Track) für Postdocs schaffen, mehr Festanstellungen am Fachbereich fördern (Department-Modell) und staatlich finanzierte Drittmittel stärker an die Schaffung unbefristeter Beschäftigungsverhältnisse knüpfen. Für studentische Hilfskräfte wollen wir Tarifverträge schaffen, indem der TV-H auf Hilfskräfte ausgeweitet und ihnen eine Vertretung in den Personalräten geschaffen wird. Das Hessisches Personalvertretungsgesetz (HPVG) soll neben der Mitbestimmung von studentischen Beschäftigten die von wissenschaftlichen Beschäftigten regeln. Sofort nach einem Regierungswechsel werden wir mit einem Sofortprogramm für eine Erhöhung der Entlohnung von studentischen Hilfskräften um 15 % sorgen. Für Promotionsstellen wollen wir einen rechtsverbindlichen Rahmen schaffen, der Promovierenden garantiert, dass mindestens die Hälfte ihrer Arbeitszeit tatsächlich ihrer Promotion zugutekommt. Die Möglichkeiten der Promotion an den HAW wollen wir schrittweise und mit begleitender Evaluierung erweitern.

AUFWERTUNG UND MEHR WERTSCHÄTZUNG DER HOCHSCHULLEHRE

Gute Hochschullehre verkürzt die Studiendauer, senkt die Abbruchquoten und unterstützt diejenigen, die sich keine privaten Lehrangebote leisten können. Wir werden deshalb bessere Rahmenbedingungen für die didaktische Aus- und Fortbildung von Lehrenden schaffen. Die Überlastung vieler Lehrender durch im Bundesvergleich sehr hohe Lehrdeputate wollen wir abbauen. Stattdessen werden wir den zusätzlichen Vorbereitungsaufwand für neue und innovative Lehrinhalte und -methoden besser honorieren. Das in Hessen besonders schlechte Verhältnis zwischen der Anzahl der Studierenden und der Lehrenden werden wir verbessern. Digitale Lehrangebote (ELearning/Blended Learning) wollen wir durch verbindliche Standards weiterentwickeln. Wir wollen, dass auch Forschung und Lehre an unseren Hochschulen fit werden für eine digital geprägte Welt. Moderne Hochschulen müssen Wissen entwickeln und vermitteln, wie etwa KI, Algorithmen oder Datenökonomie funktionieren, welche wissenschaftsethischen sowie Innovationsfelder daraus entstehen und welche Veränderungen dies für die eigenen Berufsfelder bedeutet. Es braucht die Vermittlung von „digital literacy“. Gemeinsam mit den Hochschulen entwickeln wir dafür innovative Ansätze, die durch best-practice-Austausch, fachübergreifende Kurse und einen Austausch mit der beruflichen Praxis unterstützt werden. Das neue Zentrum für Bildung in der Digitalen Welt wird dies konzeptionell und wissenschaftlich begleiten.

„MEHR WUMMS“ BEI DER VERKNÜPFUNG VON FORSCHUNG UND PRAKTISCHER ANWENDUNG

Wir wollen die Schnittstellen zwischen Forschung, praktischer Anwendung, forschenden Unternehmen und innovativen Start-ups stärken. Wir werden deshalb hessische Forschungsregionen bei der Bewerbung um Förderung durch die zukünftige Deutsche Agentur für Transfer und Innovation (DATI) unterstützen. In Ergänzung dazu werden wir ein hessisches Pendant zum DATI einrichten, das die Bildung regionaler Netzwerke unterstützt. Wir werden analog zu anderen Bundesländern eine Beratungsinfrastruktur für EU-Mittel für hessische Unternehmen etablieren, damit dieses Potenzial für Innovation und Arbeitsplätze besser genutzt wird.

Um mehr Sichtbarkeit für den Raumfahrtstandort Hessen zu schaffen, mehr Menschen über „Europas Tor zum Weltraum“ zu informieren und das Interesse an naturwissenschaftlichen Fächern sowie den wissenschaftlichen Austausch unter Expert*innen stärker zu fördern, unterstützen wir den Bau eines Besuchs- und Kongresszentrums am Standort des ESOC der ESA in Darmstadt.

Um die Hochschulen bei der Digitalisierung als Querschnittsaufgabe für Forschung und Lehre besser zu unterstützen, werden wir die Mittel des Digitalpakts aufstocken.

THIRD MISSION: STÄRKUNG DER ROLLE DER WISSENSCHAFT FÜR NACHHALTIGKEIT UND DEN GESELLSCHAFTLICHEN DISKURS

Wir wollen das Verständnis für das wissenschaftliche Denken in der Gesellschaft stärken und Skeptizismus und Verschwörungsmythen den Boden entziehen. Wir werden Citizen Science-Projekte und flächendeckende niedrigschwellige Angebote der Wissenschaftsvermittlung an die breite Öffentlichkeit fördern und transdisziplinäre Forschung zur Überwindung der gesellschaftlichen Spaltungstendenzen fördern.

Wir wollen eine Vorreiterrolle unserer Hochschulen bei Nachhaltigkeit ermöglichen, die bei klimaneutralem Bau und Sanierung der Gebäude beginnt und sich in Bildung für nachhaltige Entwicklung sowie Lehre und Forschung fortsetzt. Wir werden ein Forschungsprogramm „Transformation hin zu einer nachhaltigen Gesellschaft“ auflegen. Außerdem wollen wir Zielvereinbarungen „Klimaneutrale Hochschule bis 2030“ mit allen Hochschulen abschließen.

MEHR DEMOKRATIE AN DEN HOCHSCHULEN WAGEN UND ENGAGEMENT FÖRDERN

Wir werden die Mitbestimmung von Studierenden, Mittelbau und nichtwissenschaftlichen Beschäftigten ausweiten. Wir werden uns dabei an Erfahrungen in Bundesländern mit Viertelparität orientieren. Wir wollen die studentische Mitbestimmung durch das allgemeinpolitische Mandat und eine landesweite Studierendenvertretung verbindlich festschreiben.

Wir werden studentisches ehrenamtliches Engagement in Hochschulgremien sowie das Ehrenamt in gemeinnützigen Vereinen und Verbänden auch außerhalb der Hochschulen besser mit dem Studium vereinbar machen, indem wir Urlaubssemester, die Auflockerung von Regelstudienzeiten und eine Aufwandsentschädigung in Hochschulgremien auf den Weg bringen.

FORSCHUNG UND LEHRE BRAUCHEN VERLÄSSLICHE FINANZIERUNG

Wir stehen für Verlässlichkeit und Planbarkeit in der Finanzierung. Wir werden dafür sorgen, dass die hessische Hochschul- und Wissenschaftsfinanzierung zukünftig nicht mehr hinter derjenigen von Bund-Länder-finanzierten Instituten zurückbleibt. Auch müssen künftig wieder die unterschiedlichen tatsächlichen Kosten pro Studienplatz berücksichtigt werden. Dem gestiegenen Preisniveau werden wir durch ein Sofortprogramm nach einem Regierungswechsel unmittelbar Rechnung tragen – hierauf können die Hochschulen nicht bis zum Ablauf des Hochschulpakts im Jahr 2025 warten.

Für Aufgaben im Bereich der „Third Mission“ werden wir eine eigenständige Finanzierung vorsehen, damit sie nicht zulasten von Forschung und Lehre gehen. Auch werden wir die notwendigen Mittel bereitstellen, um den „Kodex für gute Arbeit“ auszuweiten, verbindlich auszugestalten und mehr Dauerstellen einzuführen.

15.

EUROPA, INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN UND ENTWICKLUNGS-ZUSAMMEN-ARBEIT

15. EUROPA, INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN UND ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

Wir stehen für ein Europa, das den Menschen in den Mittelpunkt stellt, unabhängig von der Nationalität, dem Alter oder dem Geschlechts. Nicht zuletzt wegen seiner geografischen Lage in der Mitte Europas leben in Hessen Menschen aus ganz Europa. Wir werden der Europapolitik einen wesentlich höheren Stellenwert geben und uns stärker für europäische Belange im Bundesrat engagieren.

„HESSE IST, WER HESSE SEIN WILL“

Nichts kann unser Land besser beschreiben als ein wegweisendes Zitat des legendären sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Georg August Zinn: „Hesse ist, wer Hesse sein will“. Das Selbstbewusstsein und der Stolz unseres Landes haben nichts zu tun mit der dumpfen reaktionären Ausgrenzung „der Anderen“. Sie gründen vielmehr auf der ewig jungen Idee einer solidarischen Gesellschaft. Wo jede*rs einen Ort findet und gebraucht wird. Mit dieser Überzeugung wollen wir Hessen in die neue Zeit führen. Hessen, seine Unternehmen, seine Beschäftigten, seine Schulen und Hochschulen, haben das Potenzial, die großen vor uns liegenden Aufgaben zu meistern.

DER KRISE MIT INTERNATIONALER SOLIDARITÄT BEGEGNEN

Besonders in Krisenzeiten brauchen die Menschen Sicherheiten. Wir setzen uns aktiv für die Einhaltung der Europäischen Säule sozialer Rechte und der Charta der Grundrechte der EU ein. Ein starkes System der Sicherung, des Sozialschutz, ein Recht auf gute Arbeit mit fairen Löhnen, ein gemeinsames, humanitäres und funktionierendes Migrationssystem, den Rechten für Kinder und Jugendliche sowie der Kampf gegen jegliche Form von Diskriminierung dürfen nicht an Grenzen scheitern oder durch Krieg zunichtegemacht werden. Frieden und Freiheit sind keine Selbstverständlichkeiten mehr, umso wichtiger ist eine handlungsfähige und entschlossene Europäische Union mit klaren Werten und einer starken Haltung.

Das internationale Engagement Hessens werden wir verstärken und dabei auf Kooperation auf Augenhöhe setzen. Unser Kompass ist die Nachhaltigkeitsstrategie 2030 der Vereinten Nationen. Nachhaltige Entwicklung – im Norden wie im Süden, im Osten wie im Westen – ist Maßstab unserer Politik. Dabei etablieren wir eine verlässliche Unterstützung ziviler Organisationen im globalen Süden. Wir stärken das Entwicklungspolitische Netzwerk (EPN), das über 50 Nationen unterstützt. Die Länder Asiens, Lateinamerikas und vor allem auch Afrikas setzen auf eine stärkere Zusammenarbeit mit uns, um gemeinsam Fortschritt zu erzielen. Wir wollen Hessens internationales Engagement verstärken und dem in der Organisation der Regierungsarbeit prominent Rechnung tragen. Dazu müssen entwicklungspolitische Aktivitäten hessischer Nichtregierungsorganisationen in ihrer Inlands- und Auslandsarbeit unterstützt und gestärkt werden. Zur Unterstützung der ehrenamtlichen Strukturen wollen wir den Haushalttitel Entwicklungszusammenarbeit deutlich erhöhen. Wir wollen das Promotorenprogramm in Hessen ausweiten.

In der Agenda 2030 mit ihren zentralen Zielen für nachhaltige Entwicklung haben die Vereinten Nationen den Kommunen einen festen und zentralen Platz im Kampf gegen Ungerechtigkeit, gegen Armut und Hunger und für eine nachhaltigere Welt eingeräumt. Bereits heute gibt es Kommunen in Hessen, die sich dieser Herausforderung stellen und die Ziele zum Leitbild ihrer Arbeit machen. In den Kommunen entscheidet sich, ob wir die globalen Herausforderungen wie Klimawandel, Energie- und Mobilitätswende oder Migration schaffen. In Regierungsverantwortung werden wir es unterstützen, wenn Kommunen sich ihrer Verantwortung stellen.

Die SPD wird nach Regierungsübernahme eine Stelle in der Landesverwaltung einrichten, die Kommunen unterstützt, vernetzt und eigene Förderprogrammen entwickelt. Es kann nicht sein, dass der Antrag für Landesgelder komplizierter ist, als einen Antrag bei einer Bundesbehörde zu stellen. Wir werden dies verändern und die Antragstellung wieder in die Landesverwaltung zurückholen. Gemeinsam mit den Akteuren aus Kommunen und Zivilgesellschaft werden wir die Antragstellung entschlacken und an die Lebenswirklichkeit anpassen.

Die SPD wird aus der Umweltlotterie eine SDG-Lotterie machen. Kommunen und Zivilgesellschaft erhalten dort zusätzliche Mittel für Projekte im In- und Ausland.

Die SPD wird das Entwicklungspolitische Netzwerk finanziell stärken, so dass dieses seinem Hauptanliegen, der Vernetzung der Akteure, Arbeitsgruppen und der Umsetzung der SDGs in Hessen, wieder stärker nachkommen kann.

Mit unserem Zukunftsprogramm für Hessen werden wir unser Bundesland zu einer der nachhaltigsten und modernsten Regionen Europas machen.

GLOBAL DENKEN, LOKAL HANDELN

Unser Herz schlägt für Europa und damit für die Menschen, aber auch für unsere Städte, Gemeinden und Landkreise in Hessen. Um die hessischen Kommunen fit für Europa zu machen, werden wir Europabeauftragte als Schlüsselpersonen auf kommunaler Ebene aktiv unterstützen, um EU-Fördermittel stärker abrufen zu können. Für viele Projekte, die mit EU-Förderung finanziell unterstützt werden, brauchen Kommunen, Einrichtungen und Kooperationen die Ko-Finanzierung des Landes Hessen. Diese europäische Förderung braucht eine verlässliche Landesregierung als Partner, die solche Projekte, sofern sie bereits von der EU ausgewählt wurden, ohne Verzögerung bewilligt und mit entsprechender Ko-Finanzierung ausstattet.

WISSENSCHAFTS- UND WIRTSCHAFTSSTANDORT IM HERZEN EUROPAS

Frankfurt mit der Region Rhein-Main gehört zu den pulsierenden Finanzplätzen und Wirtschaftsstandorten Europas. Wir werden die Europastadt Frankfurt, den Sitz der Europäischen Zentralbank, wichtiger Geldinstitute wie Zentrale bedeutender Gewerkschaften zu dem Ort machen, an dem die führenden Debatten um eine nachhaltige und gerechte Globalisierung stattfinden. Dazu werden wir in Zusammenarbeit mit den bestehenden Lehr- und Forschungsstätten ein Institut für globale und nachhaltige Finanzwirtschaft aufbauen.

Unsere Hochschulen wollen wir stärken. Wir fördern Partnerschaften zur „energetische Transformation und Kooperation“, insbesondere auch mit Osteuropa und dem afrikanischen Kontinent.

Dass die hessische Hochschullandschaft nur unterproportional an europäischen Fördermitteln partizipiert, werden wir ändern. Wir werden hessische Hochschulen dabei unterstützen, sich an europäischen Hochschulallianzen zu beteiligen.

Die Unternehmensberatung, -förderung und -finanzierung werden wir überprüfen und nach europäischen Standards modernisieren. Insbesondere unsere mittelständischen Unternehmen brauchen Unterstützung, wenn sie ihre Geschäftsmodelle an den Anforderungen des „Green Deals“ und des nachhaltigen Wirtschaftens ausrichten sollen. Der von der SPD Hessen vorgeschlagene Transformationsfonds wird dabei eine wichtige Rolle spielen.

In der beruflichen Bildung wollen wir den jetzt schon möglichen Aufenthalt im europäischen Ausland erleichtern und damit zu einer Kernerfahrung der Ausbildung machen. Mehrsprachigkeit, Austauschprogramme und Schulpartnerschaften werden wir engagiert fördern. Wir setzen uns dafür ein, dass das europapolitische Bildungsangebot noch weiter ausgebaut wird. Die Bereitschaft unserer Landesbediensteter, Zusatzqualifikationen durch Auslandsaufenthalte zu erwerben, werden wir gezielt fördern.

NACHHALTIGES EUROPA

Die SPD Hessen sieht sich den Ergebnissen der 15. UN-Weltnaturkonferenz verpflichtet und unterstützt die Schutzmaßnahmen für die von menschlichem Handeln bedrohten Arten im Wasser, auf der Erde und in der Luft.

Hessen ist Verkehrsknotenpunkt für Deutschland und Europa. Das zahlt sich dann für alle aus, wenn wir auch in der Fläche Mobilität für alle sicherstellen. Deswegen werden wir uns zusammen mit den Kommunen stark machen für eine sozialverträgliche Mobilitätswende, sicher, klimafreundlich und bezahlbar.

Wir wollen Fortschritt organisieren und das Erreichte auch bemessen können. Deshalb werden wir in Übereinstimmung mit dem „Europäischen Semester“ der EU und dem Nachhaltigkeitsprogramm 2030 der Vereinten Nationen zusammen mit unserem Landesetat einen Index ausweisen, mit dem für die Bevölkerung relevante Wohlfahrtsindikatoren erhoben werden („Beyond GDP“).

DIE BESTEN KRÄFTE FÜR HESSEN.

SPD

Herausgeber

SPD-Landesverband Hessen
Generalsekretär Christoph Degen
Rheinstraße 22
65185 Wiesbaden

www.spd-hessen.de